Nr. 284. 25. Jahrg.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 4. Dezember 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Geschobenen.

Der Reichstag hat die Anträge zur Abänderung der Verfassung und der Geschäftsordnung nach dem Vorschlag der Freisinnigen der auf 28 Mitglieder verstärkten Geschäftsordnungskommission überwiesen. Die Abstimmung zeigte ein interessantes Bild. Für die Ueberweisung erhob sich der gesamte Reichstag, nur die Konservativen blieben sitzen. Die Partei, die gewohnt ist, daß ihr Wille für dieses schwache Haus Gesetz ist, blieb vollständig isoliert. Ob aber diese Isolierung wenigstens in dieser wichtigen Lebensfrage des deutschen Volkes eine dauernde bleiben wird, ob den Feinden des Reichstages gezeigt werden wird, daß ihr Wille ohnmächtig bleibt gegenüber dem Entschluß, die Rechte der Volksvertretung zu erweitern, das ist eine Frage, die man noch lange nicht bejahen kann. Denn was schon in der gestrigen Debatte so überaus deutlich hervortrat, zeigte sich heute in weit verstärkterem Maße. In diesem Hause fehlt der Wille zur Macht, fehlt das Gefühl für die eigene Würde, fehlt das politische Verständnis und vor allem der lebendige Zusammenhang mit den Strömungen im Volke.

Der deutsche Reichstag ist trotz des angeblich gleichen Wahlrechts ein schlechter Ausdruck des Volkswillens. Die wachsende Ungleichheit der Wahlkreise, die die Versteinerung der Wahlkreiseinteilung bedingt, fälscht den parlamentarischen Ausdruck des Volkswillens zugunsten der ökonomisch und politisch rückständigen Parteien. Kein Reichstag aber ist weniger Ausdruck der Volksstimmung als dieser, der aus der schmählichen Irreführung der Hottentottenwahlen hervorgegangen ist und dessen Majorität nur eine Minderheit der Wählerzahl repräsentiert.

Niemals aber hat sich selbst dieser Reichstag stärker im Widerspruch mit den Forderungen des deutschen Volkes befunden, wie seit den Tagen des Zusammenbruchs des persönlichen Regiments. Sein feiges Zagen, sein Bemühen, jeder Entscheidung auszuweichen, hat auch die Kreise enttäuscht, die diesen Reichstag mit überschwenglichen Hoffnungen begrüßt hatten. Der Absolutismus ist endlich zusammengebrochen; aber dieser Reichstag ist der Situation nicht gewachsen. Er steht vor der Aufgabe, an Stelle des zerbrochenen Regierungssystems ein neues zu setzen, an Stelle des Scheinkonstitutionalismus selbst die Regierung zu übernehmen, aus dem Diener der Bureaukratie ihr Gebieter zu werden. Aber in diesen Abgeordneten lebt eine Knechtsgesinnung, die unaustilgbar scheint, und nur mit größter Mühe und Anstrengung gelingt es den drängenden Volksmassen, die Herren einen halben Schritt vorwärts zu treiben. Die Sozialdemokraten beantragten, die Anträge, die nur ein Zufall der parlamentarischen Geschäftsbehandlung zusammengekoppelt hat, für die weitere Beratung sinngemäß zu trennen, nur die Geschäftsordnungsanträge dem Geschäftsordnungsausschuß, die Verfassungsanträge aber einem eigenen Ausschuß zu überweisen. Schlagend wies Singer die Notwendigkeit dieses Vorgehens nach. Für die Abänderung der Geschäftsordnung ist der Reichstag absolut souverän, der Bundesrat hat ihm nichts dreinzureden. Die Ausgestaltung des Interpellationsrechts ist zudem eine so klare und einfache Sache, daß sie in kürzester Frist in der Kommission erledigt und dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Mit der Schaffung eines Interpellationsrechtes aber hätte der Reichstag bereits ein wichtiges Stück Arbeit für die Verwirklichung parlamentarischer Kontrolle geleistet, während die Verkoppelung mit den Verfassungsanträgen nicht nur die Kommissionsberatungen sehr zu verlängern droht, sondern auch der Regierung die Möglichkeit gibt, mittelbar oder unmittelbar die Verhandlungen über die Geschäftsordnung zu beeinflussen. Doch bei der Abstimmung wurde der Antrag unserer Fraktion von allen anderen Parteien abgelehnt und so der Beweis geliefert, wie gering der Eifer und die Entschlossenheit ist, dem deutschen Reichstag Bewegungsfreiheit zu erkämpfen. Die Ablehnung ist um so unverzeihlicher, als alle Gründe der Logik auf seiten des sozialdemokratischen Antrages standen, und es ist nur zu hoffen, daß es den Bemühungen unserer Vertreter in der Kommission doch noch gelingen wird, die Geschäftsordnungsanträge vor allen Verschleppungsversuchen zu bewahren, ihnen zu rascher Durchberatung zu verhelfen und sie vor die Entscheidung des Hauses zu bringen.

Zeigte so die Abstimmung, wie schwer es den Sozialdemokraten gemacht wird, positive Arbeit für das deutsche Volk zu leisten, so bewies die Debatte aufs neue die Armseligkeit von Abgeordneten, die sich nur als Handlanger der Bureaukratie fühlen. Zuerst trieb ein Antisemit namens Graef die Zuhörer mit einer Rede, der er vergeblich durch einige Unverschämtheiten gegen Ledebour etwas Aufmerksamkeit zu gewinnen suchte, in die Flucht. Dann sprach Naumann. Wir gestehen, ein solches Mißverständnis der politischen Situation, ein so absolutes Verkennen alles dessen, worauf es wirklich ankommt, nicht erwartet zu haben, obwohl wir wirklich nie zu den Bewunderern dieses so merkwürdig überschätzten Mannes gehört haben. An Stelle einer politischen Auseinandersetzung, die die Notwendigkeit parlamentarischer Machterweiterung nachwies und die Mittel angab, sie zu erringen, hörten wir bewegliche Klagen über den Gang der deutschen Entwickelung, erschreckend oberflächliche Auseinandersetzungen über die Gründe der Einflußlosigkeit der Volksvertretung, unklares Gerede über die Stärkung der Stellung des Reichstagspräsidiums, aber auch nicht ein Wort der Entschlossenheit, den Kampf um die Verfassung auszufechten. Liest man die Rede, so wird man den Verdacht nicht los, daß Naumann die Ohnmacht des Reichstages nur deshalb so grell gemalt hat, um zu verhüllen, daß gerade in dem jetzigen Moment beim Reichstag alle Macht liegt, wenn er von ihr nur Gebrauch machen will. Und der Verdacht, daß die Rede nur ein Versuch ist, sich schon jetzt der Verantwortung zu entziehen, wurde bestärkt, als man hörte, wie Naumann gerade jetzt eine Polemik mit der Sozialdemokratie, die inner- und außerhalb des Reichstages mit aller Energie den Kampf um die Verfassung führt, vom Zaune brach, um sie im vornhinein für einen Mißerfolg verantwortlich zu machen. Unter Zitierung der unvermeidlichen „Sozialistischen Monatshefte" wollte er den Blockverrat des Freisinns rechtfertigen mit der prinzipiellen Haltung unserer Fraktion in der Budgetfrage, die es dem Freisinn erschwere, die Bewilligung der neuen Steuern von der Gewährung neuer Rechte abhängig zu machen. Man merkt die Absicht: Herr Naumann sucht bereits den Vorwand für die Desertion, wenn der Kampf ernst wird. Daß Naumann prinzipielle Politik nicht begreift, er, dessen politischer Charakter die Prinzipienlosigkeit ist, ist verständlich. Daß er sich gerade die Finanzreform auserwählt, um seine Verständnislosigkeit zu demonstrieren, ist aber besonders unglücklich. Denn die Sozialdemokratie verweigert durchaus nicht ihre Mitarbeit bei der Finanzreform. Sie verweigert allerdings eine Reform, die alle Lasten den Besitzlosen auflädet und den Junkern neue Profite liefern soll. Irren wir aber nicht, so findet sich unter den vielen von Naumann abgelegten politischen Ueberzeugungen auch eine, die ihm die Mitarbeit an der Sydowschen Reform ebenfalls verboten hätte, und wenn wir von Herrn Naumann auch kein Verständnis für sozialdemokratische Ueberzeugungen erwarten können, so müssen wir schon unsere Verwunderung ausdrücken, daß er sich nicht einmal für seine eigenen früheren politischen Ueberzeugungen Verständnis bewahrt hat.

Nach der Bußpredigt Naumanns, die mit einem Pathos vorgetragen wurde, der mit ihrer Inhaltlosigkeit unangenehm kontrastierte, kam Singer zu Worte, und es war ein Genuß, zu hören, wie er in seiner scharfen und klaren Art Herrn Naumann abfertigte und die Verantwortlichkeit des Freisinns für die Aufrechterhaltung des reaktionären Regierungssystems feststellte. Dann wies Singer nochmals mit großem Nachdruck auf die unwürdige Stellung des Parlaments hin und auf die Notwendigkeit ernsthafter konstitutioneller Garantien. In unwiderleglicher Weise bewies er, daß es nicht mangelnde Kraft wäre, die den Reichstag verhinderte, die Verfassungsreform beiseite zu legen, sondern der böse Wille der Reichstagsmehrheit. Denn alle Bedenken, die gegen die sozialdemokratischen Anträge vorgebracht würden, seien nichts anderes als ein Deckmantel für diesen bösen Willen. Der Reichstag dürfe sich nicht beirren lassen, und bevor nicht die Frage der konstitutionellen Garantien nach seinem Wunsche entschieden sei, dürfe weder die Finanzreform noch das Budget bewilligt werden. Die Majorität müsse zeigen, ob es ihr ernst wäre.

Dann sprach als Vertreter der Konservativen Dietrich. Er lehnte alle Anträge rundweg ab. Die Konservativen sind mit dem Bestehenden zufrieden. Hierauf folgten die Schlußworte. Für die Freisinnigen sprach Herr v. Payer, der sehr optimistisch war. Er gab wenigstens den Zusammenhang zwischen Finanzreform und Verfassungsfragen zu und machte die richtige Bemerkung, daß in der Verfassungsfrage die Reichstagsabgeordneten nicht die Schiebenden sind, sondern die vom Volke Geschobenen. Ein Vertreter der Polen trat nochmals für deren Antrag ein, daß der Reichstag auf Verlangen von einem Drittel seiner Mitglieder einberufen werden müsse. Für die Sozialdemokraten sprach Heine. In glücklich pointierter Form wies er die überhebende Kritik zurück, die die Herren Junck und Dirksen gegen unsere Anträge vorgebracht. Schlagend überführte er diese Herren ihrer staatsrechtlichen Unwissenheit und begründete nochmals die Notwendigkeit einer parlamentarischen Regierung. Mit allem Nachdruck forderte er die Entscheidung über Krieg und Frieden für die Volksvertretung und Herrn Naumann hielt er noch ein Privatissimum über den Unterschied der Stellung der parlamentarischen Mehrheit und Minderheit. Als letzter Redner sprach Spahn für das Zentrum vorsichtig und zurückhaltend. Seine Sorgen galten mehr juristischen Detailfragen, als dem politischen Problem der Machtgewinnung für die Volksvertretung. So wird von dem Zentrum auch diese Frage nur unter dem Gesichtspunkt der Stärkung seines eigenen Einflusses betrachtet. Von seiner Initiative ist für wirkliche Vermehrung der Volksrechte sehr wenig zu erwarten. Dann folgte die Abstimmung und vor dem Schluß der Sitzung gelang es noch, einen Versuch, die Gewerbenovelle zu verschleppen, abzuschlagen.

Die Debatten des zweiten Tages boten kein erhebendes Bild. Außer in den Reden der beiden Sozialdemokraten war kein Hauch der Leidenschaft, kein Hauch der Begeisterung zu spüren. Die Abgeordneten waren wirklich nur die Geschobenen. Und so hängt der Ausgang des Verfassungskampfes auch nicht von ihnen ab. Sie werden keinen Schritt machen, zu dem sie nicht gezwungen sind. Zwingen aber muß sie die Volksbewegung, an deren Beginn wir stehen und die nicht abflauen darf, bis nicht auch in Deutschland das Recht der Selbstregierung erkämpft ist.

## Konservativ-agrarisch-mittelständlerische Wahlrechtsverschandelung in Sachsen.

Dresden, 2. Dezember.

Was bereits nach den Abstimmungen am zweiten Tage der sächsischen Wahlrechtsverhandlungen im sächsischen Landtage vorauszusehen war, ist, wie schon telegraphisch gemeldet wurde, eingetroffen, die konservative Mehrheit hat das Eventualschenfal mit einer lächerlich geringen Mehrheit von drei Stimmen durchgedrückt. Recht wohl wird der Mehrheitsclique bei alledem aber nicht sein. Es herrschte in ihr auch nichts weniger als Siegesstimmung. Eisige Ruhe war auf der rechten Seite, als das Resultat der Schlußabstimmung, die natürlich namentlich war, verkündet wurde. Die Herren fühlten und wußten, daß das eine geradezu unmögliche Mehrheit für ein Wahlgesetz ist und daß die Erste Kammer jedenfalls noch ein gewichtiges Wort mitreden wird, das ihren Sieg leicht zunichte machen kann. Die unmögliche Miniaturmehrheit wird aber noch unmöglicher, weil sie nur auf einen Zufall beruht, denn wäre die Linke vollzählig gewesen, so wäre diese Mehrheit in nichts zerronnen. Nur die Krankheit zweier Abgeordneten der Linken (darunter der sozialdemokratische Vertreter Genosse Goldstein) und der Tod des Nationalliberalen Rühlmann retteten die Eventualvorlage vorläufig.

Beim § 10 des Entwurfs, der insofern von grundsätzlicher Bedeutung ist, als er die Zusammensetzung der Privilegiertenklasse regelt und bestimmt, daß jede Stimme dieser Klasse vierfach gezählt wird, kam es noch zu einer langen und erregten Debatte, in der die Nationalliberalen in der schärfsten Weise gegen die Regierung und die Konservativen vorgingen. Der Geheimerlaß an die Amtsblätter, die widerspruchsvolle Haltung der Regierung, ihre gewagten Operationen mit statistischen Angaben wurden mit einer Rücksichtslosigkeit festgenagelt, die man bei den Nationalliberalen sonst nie bemerkt hat. Die nationalliberalen Redner betonten mehrfach, die Eventualvorlage sei schlechter als die des Dreiklassenwahlrechts, es sei ausgeschlossen, daß die Arbeiter eine Vertretung erlangen könnten, die Erbitterung im Lande werde dadurch auf das ärgste steigen und dergleichen mehr. Von konservativer Seite wurde der nationalliberalen Entrüstung entgegengehalten, daß dasselbe doch auch von dem Kompromißentwurf gelte, auf dem die Nationalliberalen immer noch beharrten. So wurde stundenlang herüber und hinüber geredet. Schließlich wurden die Anträge der nationalliberalen Minderheit, die zwei, im Eventualfalle höchstens drei Zuschlagsstimmen mit Abstufungen auf Grund des Kompromisses forderten, mit geringer Mehrheit abgelehnt. Alsdann gelangte der Antrag André zur Annahme, der eine Altersstimme für alle Wähler der zweiten (entrechteten) Klasse vom 50. Jahre ab fordert und nur den selbständigen Gewerbetreibenden vier Stimmen verleiht, die wenigstens 1000 M. Jahreseinkommen haben. Schließlich wurde auch der so geänderte § 10 mit sehr wenig Stimmenmehrheit angenommen.

Eine diabolische Schiebung unternahmen die Konservativen beim § 38, der die Verhältniswahl für die fünf Großstädte des Landes fordert. Der Passus war, nachdem die Heinksche Wahlkreiseinteilung und die Integralerneuerung der Kammer gefallen war, in der vorliegenden Form unmöglich geworden, da halfen sich die Konservativen durch einen Beschluß, der die Einführung der Verhältniswahl bis zum Jahre 1910 vertagt und von der Regierung bis dahin eine Vorlage für Vermehrung der großstädtischen Wahlkreise fordert. Offenbar rechnen die Konservativen darauf, daß ihnen das neue Wahlunrecht bis zu diesem Zeitpunkt zu einer Zweidrittelmehrheit verhilft, auf die gestützt sie dann die Wahlkreisänderung durchführen wollen.

Die Folge der gefaßten Beschlüsse — die Annahme des Eventualentwurfes durch die Erste Kammer vorausgesetzt — würde sein, daß die nächsten Wahlen ohne jede Verhältniswahl vorgenommen werden würden. Dadurch würde der Sozialdemokratie jede Aussicht verloren gehen, Vertreter zu erlangen. Da auch der Passus gestrichen wurde, daß die jetzige Kammer nur bis Ablauf dieser Session bestehen soll, bleibt die Frage offen, ob bei der nächsten Wahl nur ein Drittel der Wahlkreise zur Neuwahl gestellt werden soll, oder ob eine Auflösung der Kammer erfolgen wird.

Aus dem ganzen Verhalten der Regierung geht hervor, daß sie entschlossen ist, ohne jede Rücksicht auf die Nationalliberalen allein mit den Konservativen zu regieren, denen sie durch Ausrüstung der Mittelständler mit dem Vierstimmenrecht eine dauernde Mehrheit sichern will. Hohenthal kann nicht darüber im Zweifel sein, daß unter der Herrschaft des Eventualgesetzes die reichliche Hälfte der nationalliberalen Vertreter aus der Kammer verschwinden und dafür, um mit dem Abg. Müller-Leipzig zu reden, antisemitisch-konservative Gemüsehändler einziehen werden. Seinen ehemaligen scheinliberalen Allüren hat Hohenthal Valet gesagt; er glaubt mit den Konservativen besser als mit den Nationalliberalen regieren zu können. Für die Arbeiterschaft aber kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Eventualscheusal nicht besser ist als die Dreiklassenschmach.

## Die Ursache des Reichsdefizits.

In den Debatten über die sogenannte Reichsfinanzreform, das heißt die Steuerschröpfung des Volkes um neue 500 Millionen, ist zwar von den Rednern der bürgerlichen

Parteien allerhand von Sparsamkeit gesprochen worden, aber auf die Grundursache der maßlosen Steuerausplünderung der Massen haben mit dem gebotenen Nachdruck einzig die sozialdemokratischen Redner hingewiesen: **Auf das uferlose Anwachsen der Ausgaben für Militarismus und Weltpolitik!**

Auf welch enorme Höhe die Ausgaben für Heer, Marine und Kolonialpolitik angewachsen sind, beweisen die Zahlen des Etats für 1909, der soeben dem Reichstag zugegangen ist.

Die Ausgaben betragen für

| | | |
|---|---|---|
| das Heer . . . . . | 816 | Millionen Mark |
| die Marine . . . . . | 411 | „ „ |
| die Kolonien . . . . . | 34 | „ „ |
| die Reichsschuld . . . . . | 167 | „ „ |
| den Reichsinvalidenfonds . . . | 35 | „ „ |
| den allgemeinen Pensionsfonds . | 115 | „ „ |
| Insgesamt . . . | 1578 | Millionen Mark. |

Im Jahre 1892/93 betrugen die Ausgaben für alle diese Zwecke zusammen **nur 790 Millionen Mark**, so daß sich also binnen anderthalb Jahrzehnten die Ausgaben für den Militarismus **verdoppelt, d. h. um annähernd 800 Millionen erhöht haben!**

Während die Ausgaben allein für militärische Zwecke sich auf 1578 Millionen belaufen, betragen die wirklichen Einnahmen des Reiches nur 1420 Millionen Mark. Die Gesamteinnahme des Reiches bleibt also hinter den Ausgaben allein für militärische Zwecke um fast 150 Millionen zurück!

Die Gesamtnettoausgaben des Reiches belaufen sich auf **1830 Mill., so daß ein Defizit von 410 Mill. entsteht,** das durch eine **Anleihe** von 203 Millionen und durch weitere Inanspruchnahme von Krediten, also auch nur einen **Pump in anderer Form,** in Höhe von 207 Millionen für ungedeckte Matrikularbeiträge gedeckt werden muß! Rechnet man dazu die künftigen Ausgaben für die Beamtenbesoldungsreform, so kommt bereits die halbe Milliarde heraus, die man durch neue Steuern decken will, wobei dann immer noch keine Deckung für die mindestens 50 Millionen weiterer Marineausgaben gegeben wäre, die uns die Marine bereits im Jahre 1911 kosten wird! Soll doch der Marineetat dann die Höhe von 462 Millionen Mark erreichen!

Die Ursache des Reichsdefizits, der bisherigen Schuldenwirtschaft und aller früheren und künftigen Steuerschröpfungen des Volkes liegt also einzig in dem **ungeheuren Anschwellen der Ausgaben für das Heer und unserer von Blamage zu Blamage taumelnden „Weltpolitik"!**

## Prager Krieg.

Aus Wien wird uns vom 2. Dezember geschrieben:

In Prag ist der Galgen aufgerichtet worden. Am 2. Dezember, dem Jubiläumstage des alten Kaisers, hat sich die Regierung veranlaßt oder gezwungen gesehen, in der Stadt Prag und ihren Vororten das Standrecht zu verkünden. Das ist ein „Gerichtsverfahren", das wirklich nur für den wildesten Bürgerkrieg gedacht ist und in seinen Anordnungen an das Mittelalter gemahnt. Das standrechtliche Verfahren, wie es über Prag verhängt worden ist, bezieht sich auf das Verbrechen des Aufruhrs, das jeder Teilnehmer einer „Zusammenrottung" begeht, bei der es durch die „Widerspenstigkeit" gegen die Behörde und „durch die Vereinigung wirklich gewaltsamer Mittel soweit kommt, daß zur Herstellung der Ruhe und Ordnung eine außerordentliche Gewalt angewendet werden muß"; und das gerichtliche Verfahren besteht darin, daß der Schuldige nach kurzer Prozedur aufgehängt wird. Es ist auch schon vorgesorgt worden, daß alles klappt: der Wiener Scharfrichter ist bereits unterwegs nach Prag. Auch ist es wahrscheinlich, daß mit der Verhängung des Standrechtes die außerordentlichen Maßregeln, womit die Ruhe in Prag hergestellt werden soll, nicht erschöpft sind: voraussichtlich dürfte heute noch die Suspension der staatsbürgerlichen Rechte erfolgen, der Ausnahmezustand verhängt werden. Das letztemal hat die böhmische Hauptstadt diese traurigen Ausnahmemaßregeln nach dem Sturze Badenis erlitten, als dort, als Folge des deutschen Obstruktionskampfes gegen die Sprachenverordnungen, ein wilder Aufruhr losbrach, der die Deutschen dieser Stadt in die schwerste Bedrängnis brachte. Aus einem ungleich nichtigeren, geradezu erbärmlichen Anlaß sind die diesmaligen Unruhen entstanden, zu deren Bekämpfung bisher eine ganze Armee von Polizisten, Gendarmen und Soldaten nicht ausgereicht hat. Nun greift man, im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechtes, wieder zu den Hilfsmitteln, die außerhalb des verfassungsmäßigen Lebens stehen.

Seit acht Wochen währen diese Exzesse, die immer leidenschaftlicher und gewalttätiger werden. Und was ist ihr Anlaß? Wer nicht mit den österreichischen „Sachen" wohlvertraut ist, der wird es gar nicht begreifen, daß ein harmloser Studentenaufzug, in Zeit und Raum begrenzt, und seit Menschengedenken üblich, zu diesen Unruhen führen konnte, die nicht allein zur Sistierung der verfassungsmäßigen Freiheiten in Prag geführt haben, sondern in ihren traurigen Folgen auch das gesamte politische Leben in Oesterreich ergreifen und die Ruinierung des demokratischen Parlamentes, wie die Dinge nun stehen, unschwer herbeiführen können. Die böhmische Landeshauptstadt ist auch der Sitz der deutschen Universität, der ältesten Hochschule der deutschen Nation, die dort lange bestanden hat, bevor eine tschechische Universität begründet wurde. Zu den überlieferten Gewohnheiten dieser Universität gehört nun auch der sogenannte „Bummel", der darin besteht, daß die deutschen Studenten an jedem Sonntag Vormittag auf dem Graben, einer der Hauptstraßen des Prager bourgeoisen Lebens, mit ihren Abzeichen, den farbigen Bändern und Kappen, versehen, auf- und abgehen — er ist also eine wirklich unbeträchtliche Demonstration, die die Tschechen nicht beunruhigen kann, für die Deutschen aber die Bedeutung besitzt, ein letzter Ausdruck ihrer Existenz in der nunmehr überwiegend tschechischen Stadt zu sein, deren Kultur in nicht geringem Maße eine Frucht deutschen Wesens ist. Es ist leicht zu fordern, daß dieser „Bummel", der angeblich die tschechische Bevölkerung „provoziere", verboten werde, aber unmöglich ist's, es zu begründen. Denn wenn Prag die Landeshauptstadt des ungeteilten Landes sein und bleiben soll, was niemand so stürmisch fordert wie die Tschechen, die die Forderung der Deutschböhmen nach nationaler Selbständigkeit als „Landeszerreißung" schelten, so muß der deutschen Universität in Prag die volle Freiheit ihres Lebens verbürgt werden und sie darf, weil sie in einer tschechischen Stadt steht, keinen Beschränkungen unterworfen sein, denen sie in einer deutschen Stadt nicht unterworfen werden müßte; daß aber in einer deutschen Stadt der Studentenspaziergang keine Ungelegenheiten schaffen würde, liegt auf der Hand. Es ist auch einfach lächerlich und nur zur Bemäntelung des Deutschenhasses, der den Tschechisch bürgerlichen eingeboren ist, ersonnen, daß in den farbigen Kappen etwas provozierendes wäre; provoziert wird durch sie nur der, der sich provoziert fühlen will. Was im tschechischen Prag bei ihrem Anblicke die Wut erregt, ist nichts anderes, als daß sie ein äußerliches Zeichen des Deutschtums sind: wie sie ebenso die deutsche Firmatafel, das deutsche Wort erregt, so daß die Exzesse, die mit der Verfolgung der kappengeschmückten Studenten beginnen, mit der Mißhandlung aller Studenten sich fortsetzen, die Deutsche sind, auch wenn sie keine Kappen tragen, und schließlich in Gehässigkeiten gegen jeden umschlagen, der in den Straßen Prags ein deutsches Wort zu sprechen wagt. Daß die Aufregung nicht verrauchte, sondern, entgegen allen Erfahrungen, immer ärger wurde, ist vor allem aus der Psyche der böhmischen Stadt zu erklären, die halb Großstadt, halb Kleinstadt, die Erregungsmöglichkeit einer großen mit der Engstirnigkeit einer kleinen Stadt in sich vereinigt. Dann freilich aus dem österreichischen Leben selbst, das immer neue Blasen aufwirft und jeden Tag einen neuen Konfliktsstoff hervorruft; so wie die Hetze gegen die Studenten eine Wirkung der von den Deutschen mutwillig heraufbeschworenen Erdrosselung des böhmischen Landtages war, so nährte sie sich von den Konflikten in anderen Ländern und Städten und hatte überdies an dem sich immer wiederholenden Bummel, der dadurch naturgemäß zu einer Art Ehrensache für die Deutschen wurde, einen ewigen Anlaß, gegen den zu „demonstrieren" ein billiges Sonntagsvergnügen ward. Seit dem letzten Sonntag sind die Demonstrationen über eine bloße Studentenhatz weit hinausgediehen und haben einen ungemein wilden, bösartigen Charakter angenommen. Gestern lieferte die Menge, zu der das an Zahl nicht geringe Lumpenproletariat, das von gewissen Intellektuellen förmlich organisiert wird, das größte Kontingent stellt, der Polizei, die durch eine ganze Armee von Gendarmen und Militär verstärkt wurde, wahre Straßenkämpfe, wobei es Verletzte und Verwundete in hoher Zahl auf beiden Seiten gab. So mußte es enden, wie es nun geendet hat: daß an Stelle der verfassungsmäßigen Rechte das Gesetz des Büttels und Galgens tritt. Und eine blutige Ironie ist es, daß die Verkündigung des Standrechtes, mit der man wegen des Regierungsjubiläums so lange zögerte, nun an dem Festtage, der alle patriotischen Herzen zu so lautem Schlagen bringt, erfolgen mußte. Aber es ist nicht bloß das Jubiläum, es ist auch die Reife des Volkes durch dieses gewissenlose Rasseswüten kompromittiert worden.

Vielleicht wird nun mit der Erschlaffung die Besinnung einkehren und Ruhe werden in den Gemütern, nachdem auf der Straße Ruhe geworden ist. Aber die Hoffnung ist gering, und viel größer ist die bittere Wahrscheinlichkeit, daß das mit so viel Hoffnungen begrüßte Volksparlament die Zeche dieser Entartung des nationalen Gefühles zum haßerfüllten Chauvinismus mit dem Verluste seiner Arbeitsfähigkeit bezahlen wird. Aber dann muß das Volk über jene richten, die ihm das rauben, was sein bestes Besitztum: das Volkshaus, das die Hut seiner Rechte und der Mehrer seiner Wohltaten werden sollte.

* * *

Die neuesten Meldungen aus Prag sagen, daß sowohl während der Nacht, als auch während des Vormittags vollständige Ruhe herrschte. Dagegen sind in anderen Orten Böhmens am Mittwoch tschechische Kundgebungen vorgekommen. In Dux kam es während des Jubiläumsfestgottesdienstes auf dem Marktplatz vor der Kirche zu Demonstrationen der tschechischen Schulkinder. Die Kinder zogen johlend und schreiend auf dem Platze hin und her, so daß der Gottesdienst gestört wurde. Die Wache drängte die Kinder in die Seitengassen. In Jung-Bunzlau kam es zu großen Ausschreitungen der Tschechen. Die Menge zog durch die Straßen der Stadt und zertrümmerte an den Häusern der jüdischen Bevölkerung sämtliche Fensterscheiben. Sie unternahm hierauf ein Bombardement gegen das Militärkasino, so daß die Offiziere durch Seitentüren in ein benachbartes Restaurant flüchten mußten. Die Wache war gegen die Kundgebungen vollständig machtlos.

* * *

Ueber die Einwirkungen der Prager Affäre auf die Reichspolitik läßt sich zurzeit noch nichts bestimmtes sagen. Der tschechische Landsmannsminister Zacek ist vorläufig im Kabinett geblieben, da die Regierung von der Verhängung des Ausnahmezustandes (neben dem Standrecht) über Prag abgesehen hat. Ministerpräsident Bienerth erklärte in einer Unterredung, daß das Standrecht wieder aufgehoben werde, wenn vollständige Ruhe in Prag eingezogen ist.

Im Reichsrat machten am Mittwoch bei der Eröffnung der Sitzung die Tschechisch-Radikalen den Versuch zu obstruieren. Der Abg. Choc forderte die wörtliche Verlesung des Einlaufs. Ehe der Präsident auf wiederholtes Verlangen Chocs die Verlesung für den Schluß der Sitzung zusagte, fragte er den Abgeordneten, ob er die fluchbeladene Verantwortung für eine Verzögerung der Beratung der Sozialversicherung vor dem hungernden Volke auf sich nehmen wolle. Diese Frage rief stürmischen Beifall im ganzen Hause und Lärm bei den Tschechisch-Radikalen hervor. Auch nachdem der Redner der Sozialdemokraten Dr. Adler zum Budgetprovisorium das Wort ergriffen hatte, lärmten die Tschechen weiter; der Abgeordnete Lisy zeigte ein blutgetränktes Tuch. Beim Erscheinen der Regierungsvertreter erneuerte sich der Lärm, und erst nach längerer Zeit trat im Verlauf der Rede Adlers Ruhe ein. Abg. Dr. Adler (Soz.) erklärte: Vor allem müsse gegen die in Prag verhängte Maßregel protestiert werden. (Lebhafter Beifall.) Das Standrecht sei der vollständige Bankrott der alten österreichischen Regierungsmethoden, ein Beweis für die vollkommene Unfähigkeit der heute herrschenden Parteien zu herrschen. Die Sozialdemokraten verurteilen die Exzesse in Prag, aber auch die in Deutsch-Böhmen. (Beifall.) Der Redner bestreitet die Fähigkeit des Ministerpräsidenten, eine Konzentration der staatserhaltenden Parteien herbeizuführen, wofür die Chance niemals geringer gewesen sei als jetzt, und wendet sich gegen die Drohung mit der Auflösung des Parlaments. Die Sozialdemokraten werden nur für die Dringlichkeit der ersten Lesung des Budgetprovisoriums stimmen, aber alles daran setzen, um die normale Fertigstellung des Budgets durchzusetzen. Zur bosnischen Vorlage bemerkte Adler, es sei unzweifelhaft, daß die Annexion für Oesterreich die größte Gefahr gebracht habe, da Oesterreich vor einer schweren Bedrohung des Friedens stehe. Unabweislich sei die Erkenntnis, daß Oesterreich von Grund aus umgestaltet werden müsse, und daß dem deutschen Volk die volle Selbstregierung nur dann zuteil werden kann, wenn sie alle Völker besitzen. Die Rede schloß mit der Forderung nach nationaler Autonomie für Tschechen und Deutsche und klang in die Worte aus: „In unserem und nur mit unserem Lager ist das Oesterreich der Zukunft."

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Dezember 1908.

### Steuerreform in Preußen.

Die Absicht der Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen, die Aenderungen der Steuergesetze rundweg abzulehnen, haben in der Budgetkommission keine Mehrheit gefunden. Mit den Konservativen und dem Zentrum stimmte auch der Vertreter der Sozialdemokratie dagegen, um sich die Möglichkeit offen zu halten, im Interesse der Minderbemittelten Steuererleichterungen, namentlich um Befreiung der Zensiten mit weniger als 1200 M. Einkommen von der Einkommensteuer durchzusetzen. Es werden also nunmehr die einzelnen Bestimmungen des Einkommen- und des Ergänzungssteuergesetzes beraten werden. Noch nicht entschieden ist die Frage, ob die Kommission sich auf einige besonders wichtige Punkte beschränken oder ob sie eine organische Regelung des Steuerwesens vornehmen wird. Auch die Wahlrechtsfrage spielt hier hinein. Wie bereits mitgeteilt, hat der Vertreter der Sozialdemokratie einen Antrag eingebracht, der wenigstens eine weitere Hervorkehrung des plutokratischen Charakters des Dreiklassenwahlsystems hintanhalten soll. Aehnliche Anträge liegen seitens der Konservativen vor. Auch sie wollen, daß die Zensiten, die wegen des Vorhandenseins einer bestimmten Kinderzahl in eine niedrigere Steuerstufe kommen, deshalb in ihrem Wahlrecht nicht noch mehr gekürzt werden. Ferner beantragen sie, daß die beabsichtigten Steuerzuschläge bei der Bemessung des Wahlrechts außer Betracht bleiben. Voraussichtlich wird es bei der Erörterung dieser Anträge zu einer Wahlrechtsdebatte kommen. Ist doch bereits von freikonservativer Seite angekündigt, daß diese Anträge mit dem Wesen des Dreiklassenwahlsystems unvereinbar sind! Uns kann es nur recht sein, wenn die Wahlrechtsfrage recht eingehend erörtert wird.

Nach dem Exposé des Finanzministers haben sich die Ausgaben der Staatsverwaltung in den Jahren 1898 bis 1907 durchschnittlich um 5,09 Proz., die Reinerträge der Steuern und Betriebsverwaltungen dagegen nur um 1,89 Proz. vermehrt. Läßt man die Jahre, die besonders große einmalige Ausgaben erforderten, außer Betracht und berücksichtigt man lediglich die Steigerung, mit der regelmäßig zu rechnen ist, so steigern sich die Ausgaben um 4,55 Prozent, die Einnahmen um 2,64 Proz. durchschnittlich. Der Minister nimmt an, daß der Staatshaushalt auch nach Bewilligung der neuen Steuern und nach Aufzehrung der im Etat enthaltenen Reserven (Verweisung von Ausgaben für werbende Zwecke auf Anleihe) immer noch ein dauerndes Defizit von anfänglich rund 80 Millionen Mark aufweisen wird, das durch Ersparnisse namentlich im Extraordinarium der Staatsverwaltungsausgaben eingebracht werden muß.

### Kaiser oder Kaisertum.

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", das Organ der rheinisch-westfälischen Großindustrie, einen Leitartikel, der sich mit den Verfassungsdebatten im Reichstag beschäftigt und noch einmal die ganze Frage des persönlichen Regimentes aufrollt. In der Charakteristik Wilhelms II. heißt es:

„Die Begabung Wilhelms II. ist aus seinen Handlungen und Reden nach 20 Jahren wohl erkennbar. Er ist breit, aber oberflächlich begabt, er beschäftigt sich mit vielen Dingen, Politik, Heer und Flotte, mit Sprachen und Literatur, mit Ausgrabungen und Altertumsforschungen, er predigt, komponiert und malt. An solcher Vielseitigkeit würden selbst Goethe und Michel Angelo scheitern. Es fehlt Wilhelm II. an Tiefe des Geistes, die Fähigkeit logisch zu denken und scharf zu verbinden. Zweitens ist ihm ein eigenartiger Standort des geistigen Schauens eigen; er sieht wie Friedrich Wilhelm IV. alles wie aus einer schiefgestellten und verdrehten Kamera. . . . Was ihm fehlt, ist der nüchterne, klare, hausbackene Verstand, der ohne weiteres und instinktiv zwischen allem Nebenbeiwerk Phrasen und Verzierungen den Kern der Sache logisch begreift und danach handelt. Schließlich scheint er von englisch-welfischer Seite das Selbstbewußtsein Georgs III. (von England) und Georgs V. (von Hannover) geerbt zu haben, das sich mit dem 20. Jahrhundert nicht verträgt. Bei einem solchen Charakter setzte nun die Erziehungsmethode Hinzpeters ein. Dieser Lehrer, den Wilhelm II. augenscheinlich für einen Genius hielt und ihn mit sympathievoller Dankbarkeit behandelte, hat zu einem unserer Bekannten einmal geäußert: „Diesen Jungen (Wilhelm II.) habe ich gut erzogen. Ich habe ihn gezwungen, sich sofort über alles ein Urteil zu bilden. Den habe ich geschult." Wilhelm II. wurde also als Knabe von seinem Lehrer veranlaßt, alles, was überhaupt in der Welt um ihn sich ereignete, sofort zu beurteilen, sei es nun ein fliegender Vogel oder eine Lokomotive, ein historisches Ereignis oder ein Charakter. . . .

Zunächst brach sich das Innenleben des Kaisers in Aeußerungen selbstherrlicher Natur dem eigenen Volke gegenüber durch: „Ich allein bin der Herr; wem es nicht paßt, mag den Staub von seinen Pantoffeln schütteln, ich habe von meinem Ahnen, dem Großen Kurfürsten, die Gabe der Stetigkeit. Ich werde die Sozialdemokratie zermalmen. Des Königs Wille ist das oberste Gesetz." Das Volk wurde offiziös darüber beruhigt mit dem Bemerken, noch niemals habe Wilhelm II. die Verfassung verletzt. Das ist richtig; aber ebenso richtig, daß das Volk einerseits unnötig gereizt wurde, und daß das Ausland durch solche in die Welt gedrahteten Aussprüche des kaiserlichen Wollens eine ganz falsche Ansicht über den Kulturstand Deutschlands erhielt. . . .

Und das Ergebnis? Nach 20 Jahren allgemeines Mißtrauen der Völker gegen Wilhelm II. und das Deutsche Reich, Verlassenheit, Vereinsamung, Einkreisung."

In einem Schlußresumé erörtert das Blatt die Frage, was nun werden soll. Das Ergebnis ist ziemlich pessimistisch. Solange der Kaiser regiert, ist an eine Aenderung und Besserung nicht zu denken. Den Vorschlägen einer Verfassungsänderung stimmt es auch nicht zu. Das einzige sei, daß sich der Reichstag mannhaft gegen jedes persönliche Regiment wende. Er habe die Macht dazu, und es bedürfe nur eines durch Jahre hindurch erworbenen Vertrauens, dann werde er reif sein, als voll mitbestimmender Faktor neben dem Kaisertum aufzutreten.

### Wer regiert in Deutschland?

Eine bemerkenswerte Mitteilung machte der preußische Geheime Oberregierungsrat Frick in der Gewerbeordnungskommission. Frick ist im preußischen Handelsministerium und verteidigte seinen Chef gegen die Vorwürfe, die dem Handelsminister wegen des Erlasses vom August 1907 gemacht sind, in dem den Gewerbeinspektoren mitgeteilt wird, daß nach Erkenntnissen von Oberlandesgerichten die Gewerbeordnung auf Eisenbahnwerkstätten keine Anwendung findet und deshalb die Gewerbeaufsichtsbeamten die Eisenbahnwerkstätten nicht mehr zu inspizieren hätten. Frick teilte nun mit, daß der Handelsminister keineswegs dem ersten Erkenntnis Folge gegeben habe. Im Gegenteil habe der Handelsminister in einem Erlaß an die Aufsichtsbeamten gesagt: sie sollen sich nicht fügen und sich hinauswerfen lassen, die Sache dann zur Anzeige bringen, um erneut Erkenntnisse höchster Gerichte herbeizuführen. Erst als die übereinstimmenden Erkenntnisse von fünf verschiedenen Oberlandesgerichten — zwei Erkenntnisse rührten vom Kammergericht her — vorlagen, sei der für die Eisenbahnwerkstättenarbeiter so verhängnisvolle Erlaß herausgegeben. Frick teilte ferner mit, daß der Widerstand nicht von den Leitern königlicher Eisenbahnwerk-

stätten, sondern von Privatbahnen ausgegangen sei. Diese hätten den Gewerbeinspektoren den Zutritt verwehrt und seien dann freigesprochen.

Wir haben keinen Grund, an der Richtigkeit dieser Mitteilung zu zweifeln. Aber es taucht nun die Frage auf: Weshalb wurde die Lücke der Gewerbeordnung, die durch die Rechtsprechung klargelegt wurde, nicht ausgefüllt durch die Novelle, die im Dezember 1907 dem Reichstag zuging? Der Handelsminister hielt doch das erste Erkenntnis für einen Fehlspruch, sonst hätte er die Anweisung zum Widerstand und Herbeiführung neuer Erkenntnisse nicht gegeben. Es waren also in der preußischen Regierung oder im Bundesrate solche mächtige Widerstände vorhanden, die der Handelsminister nicht überwinden konnte. War der Gegner des Arbeiterschutzes im Eisenbahnministerium zu suchen oder war es der einflußreiche Leiter eines großen Straßenbahnunternehmens, der seinen Willen durchsetzte? Auf jeden Fall beweist der Vorgang, welche Macht die Kapitalisten haben. Die Gerichtserkenntnisse können aus juristischen Spitzfindigkeiten geboren werden. Aber als die Gerichte erkannt hatten, daß die Gewerbeordnung eine Lücke habe, die die Regierungen nicht haben wollten, da lag es auf der Hand, daß die Regierungsvertreter für Ausfüllung dieser Lücke sobald als möglich durch einen Gesetzesvorschlag einzutreten hatten. Der Umstand, daß sie bei Ausarbeitung der Gewerbeordnungsnovelle eine solche Ansicht nicht durchsetzen konnten, beweist, daß es in Deutschland doch noch mächtigere Personen gibt als preußische Minister.

### Theodor Barth gegen Friedrich Naumann.

Herr Friedrich Naumann hat sich allmählich auf seinem eigenartigen Entwickelungswege zum Spezialtheoretiker der konservativ-liberalen Blockbildung gemausert. Er hat deshalb jüngst in einem „Liberale Politik" überschriebenen Artikel der „Neu. Hambg. Ztg." den Austritt der Barthianer aus der „Freisinnigen Vereinigung" als einen schweren Fehler bezeichnet, denn, so behauptet Naumann: „Politik ist Mehrheitsbildung". Barth antwortet auf diese Opportunitätstheoretik in demselben Blatt mit folgender Abführung Naumanns:

„In der Mittwoch-Abendausgabe Ihrer geschätzten Zeitung (so schreibt Dr. Barth an das Hamburger Blatt) kommt Friedrich Naumann in einem Artikel über „liberale Politik" auf mein Ausscheiden aus der Freisinnigen Vereinigung zu sprechen und knüpft daran einige grundsätzliche Erörterungen, die er mit dem Axiom bekräftigt: „Politik ist Mehrheitsbildung".

Der Satz ist, meines Erachtens, nicht nur in seiner Allgemeinheit falsch und irreführend, sondern auch gegenwärtig, da das Fiasko der Bülowschen Blockpolitik auch blöden Augen allmählich erkennbar wird, höchst gefährlich. Nichts tut uns heute mehr not, als klare politische Begriffe.

Selbst wer zugeben wollte, daß die Politik sich in der Mehrheitsbildung erschöpfte, würde doch wohl einräumen müssen, daß es nicht darauf ankommt, überhaupt eine Mehrheit zu bilden. Die Mehrheitsbildung kann immer nur ein Mittel zum Zweck sein. Entscheidend ist deshalb, mit wem und wofür man eine Mehrheit bildet.

Man kann eine Mehrheit bilden, indem man auf die Geltendmachung seiner eigenen Ueberzeugungen verzichtet, oder solche Geltendmachung zurückstellt. Man kann eine Mehrheit bilden, indem man mit grundsätzlichen Gegnern paktiert, um kleine Opportunitätsvorteile zu erlangen. Die Hauptursache, weshalb wir Demokraten uns aus dem alten Parteiverbande gelöst und dem freisinnigen Fraktionsverbande den Rücken gekehrt haben, beruhte recht eigentlich darin, daß wir erkannten, wie der Bülowsche Block in steigendem Maße die Freisinnigen auf den Weg solcher Mehrheitsbildung drängte. Die politische Verbindung, die mich im Jahre 1903 mit Naumann und seinem Anhang in eine Parteigemeinschaft brachte, ging ebenfalls aus dem Streben hervor, eine Mehrheitsbildung vorzubereiten. Nur handelte es sich damals nicht um eine Kooperation mit Konservativen und anderen Reaktionären, sondern um ein Zusammenwirken mit der in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiterschaft."

Barth wendet sich dann energisch gegen die „Mehrheitsbildung um jeden Preis" und sagt zum Schluß unter Bezugnahme auf das Verhalten der Freisinnigen zur Frage der konstitutionellen Garantien:

„Und jetzt, da eine große konstitutionelle Streitfrage auftaucht, die wie dazu geschaffen wäre, den Freisinn wieder in die demokratische Front zu bringen, erscheint die freisinnige Fraktionsgemeinschaft unsicher und schwankend. Trüge sie nicht die Blockfesseln, so hätte sie nie darüber im Zweifel sein können, daß es ihre politische Aufgabe war, dem Fürsten Bülow, dessen staatsmännische Unzulänglichkeit alle Vorhersagungen übertraf, den Gnadenstoß zu geben. Statt dessen brachte Herr Wiemer als freisinniger Hauptredner in der Interpellationsdebatte dem agrarischen Kanzler auch jetzt ein — wenn auch verschämtes — Vertrauensvotum entgegen.

„Politik ist Mehrheitsbildung", lehrt Friedrich Naumann. Im Bülowschen Block sehen wir die Früchte dieser Politik. Aus dem „Willen zur Macht", der auf Eingang des Blockparadieses aufgepflanzt war, ist eine unklare politische Haltlosigkeit geworden. Und wenn Naumann meint, das beste, was der Liberalismus in den letzten Jahren gewonnen habe, sei die freisinnige Fraktionsgemeinschaft gewesen, so tut man jedenfalls gut, nicht nach den Früchten dieses „Besten" zu forschen."

### Eine Aenderung der Reichssteuerpläne.

Eine Umgestaltung der Finanzreformvorlage kündigt bereits die „Kreuz-Zeitung" an. Das Blatt hat erfahren, daß die Bestrebungen, die in Preußen vorgeschlagene Einführung der Gesellschaftssteuer auf das Reich zu übertragen und zur Reform der Reichsfinanzen zu benutzen, voraussichtlich von Erfolg begleitet sein werden. Da ferner der Entwurf einer Nachlaßsteuer für Kinder und Ehegatten schon nach Verlauf der ersten Lesung als gescheitert zu betrachten sei, so würden im Reichsschatzamt Ersatzvorschläge vorbereitet, um in anderer und besserer Weise die Heranziehung des Besitzes zur Ordnung der Reichsfinanzen zu ermöglichen. Die meiste Aussicht hätte die von den Konservativen vorgeschlagene und vom Zentrum unterstützte Erhöhung der Matrikularbeiträge von 80 Pf. auf etwa 2 M. pro Kopf der Bevölkerung.

### Der Bund der Landwirte in der Rheinprovinz.

Die Bündler machen seit lange große Anstrengungen, im westlichen Deutschland, namentlich in der Rheinprovinz, Anhang zu gewinnen. Sie haben unausgesetzt versucht, den rheinischen Bauernverein auf ihre Seite zu bringen, den Zentrumseinfluß darin zu beseitigen und aus ihm eine reine Interessenvertretung mit dem Programm der Bündler zu machen. Aber an der festen Organisation der rheinischen Zentrumsbauern sind ihre Bemühungen bisher gescheitert und ihre sonstige Agitation kam nicht auf gegenüber dem Einfluß der Zentrumspresse und dem Wirken des katholischen Volksvereins, die beide die rheinischen Bauern im ultramontanen Parteiinteresse mit Erfolg bearbeiten. Jetzt hat es den Anschein, daß die Bündler einen umfassenden Feldzug aufs Rheinland vorbereiten. Am 1. Januar 1909 soll ein Bundesorgan für die Rheinprovinz erscheinen; eine Druckereigenossenschaft ist zu diesem Zwecke bereits gegründet worden. Die finanzielle Sicherung ist dadurch gegeben, daß es den Bündlern gelungen ist, den landwirtschaftlichen Verein in Rheinpreußen, den Verband rheinischer Genossenschaften und die rheinische Landwirtschaftskammer zu verpflichten, daß sie der bündlerischen Genossenschaftsdruckerei ihre umfangreichen Druckaufträge zuwenden.

Die „Kölnische Volkszeitung" erblickt in dem neuen Unternehmen ein „Kesseltreiben gegen das Zentrum", an dem auch die „deutsche Vereinigung", die Organisation der sogenannten Nationalkatholiken hervorragend beteiligt sei — schon aus dem Grunde, weil es sich beim Bund der Landwirte und der deutschen Vereinigung vielfach um dieselben Personen handele. —

### Das Zehnpfennigporto mit Amerika.

Die Reichspostverwaltung hat mit dem Generalpostmeister der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Vereinbarung vorbereitet, wonach vom 1. Januar 1909 ab das Porto für Briefe im direkten Seeverkehr zwischen Deutschland und Amerika auf 10 Pfennig für je 20 Gramm festgesetzt wurde.

### Kein Geld!

Gestern abend wurde in der Bremer Bürgerschaft ein Antrag, 10 000 Mark für die Hinterbliebenen der Opfer auf Zeche Radbod zu bewilligen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Man verwies die Hinterbliebenen auf die private Wohltätigkeit.

### Unter dem „liberalen" Vereinsgesetz.

Am letzten Sonntag erschienen in der Zahlstellen-Versammlung des Bergarbeiterverbandes in Altenbögge zwei Gendarmen, um die Versammlung zu überwachen. Als sie sich trotz Aufforderung nicht entfernten, schloß der Bezirksleiter die Versammlung. Einige Stunden später sollte im gleichen Orte die Filialversammlung des sozialdemokratischen Vereins stattfinden. Auch hier erschienen die Gendarmen, und als ihnen kein Platz angewiesen wurde, lösten sie die Versammlung auf. Sie erklärten, Mitgliederversammlungen sozialdemokratischer Vereine würden als öffentliche Versammlungen angesehen!

Am 8. September fand in Altenburg eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins statt, zu der ein Polizeibeamter als Ueberwachung erschien. Er erklärte, die Versammlung sei eine öffentliche, weil sie nicht ausdrücklich als Vereinsversammlung bezeichnet war. Der Vorsitzende des Vereins erhielt ein Strafmandat wegen Nichtanmeldung einer öffentlichen Versammlung. Das Gericht hat die auf 5 Mark lautende Strafe bestätigt!

### Wieder eine geborstene Reichsverbandssäule.

Aus Chemnitz wird vom 3. Dezember berichtet:

Dr. med. Boesser, der Vorsitzende der Chemnitzer Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, wurde heute vom Schöffengericht in Chemnitz wegen Beihilfe zur versuchten Nötigung zu 200 Mark Geldstrafe, eventuell zu 40 Tagen Gefängnis, verurteilt.

Die Vorgeschichte zu dem Prozeß ist folgende:

Gelegentlich des im September verhandelten Prozesses gegen die Erpresserkumpanei Amandus Schubert und Genossen trat es an den Tag, daß Dr. Boesser der Hauptmacher der Hetze gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse war. Vor allem aber wurde klar, daß Boesser Artikel gegen die Ortskrankenkasse in der „Allgemeinen Zeitung" schrieb und auch stark an der von dem damaligen Kassenbeamten Amandus Schubert gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse herausgegebenen Schmähschrift mitgearbeitet hat.

Die Grundlage zu dem Prozeß gegen den ehemaligen Kassenarzt Dr. Boesser bildete ein Brief, den seinerzeit Amandus Schubert an den Vertrauensarzt der genannten Ortskrankenkasse, Dr. Kröber, gerichtet hat. Das Manuskript zu dem Briefe hat der famose Dr. Boesser geliefert.

Als Zeugen waren in dem Prozeß erschienen: Amandus Schubert, der aus dem Zwickauer Gefängnis vorgeführt wurde, und Raabe. Auf das Zeugnis des Dr. Kröber wurde verzichtet. Dr. Boesser erklärte bei seiner Vernehmung, daß er das Manuskript des Briefes auf Veranlassung des Amandus Schubert geschrieben habe; den Dr. Kröber wollte er nur warnen. Als Dr. Boesser weiter befragt wurde, wie er denn mit dem Amandus Schubert zusammengekommen sei, ging er heftig gegen den Vertrauensarzt Dr. Kröber los, den er beschuldigte, gegen die Ortskrankenkasse gearbeitet zu haben, und ihm, dem Dr. Boesser, aus den Büchern der Kasse das Material zu den Artikeln in der „Allgemeinen Ztg." geliefert zu haben.

In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß Dr. Boesser offenbar von Feindseligkeiten gegen den Dr. Kröber erfüllt war und ist. Der Tatbestand der Beihilfe zur versuchten Nötigung liege vor. Mit zweifelhaften Elementen wie Schubert habe er sich verbunden und in gedeckter Stellung und ohne sein Visier zu öffnen, seine Pfeile versandt. —

### Die Balkankrise.

Oesterreich-Ungarn hat abermals eine Verstärkung seiner Streitkräfte in Bosnien vorgenommen. Vom Budapester vierten Armeekorps werden zehn Bataillone zur Ergänzung bosnischer Garnisonen entsandt. Eine ähnliche Verfügung ist an das Temesvarer Armeekorps erlassen worden. Der österreichische Botschafter in Konstantinopel hat abermals Vorstellungen wegen des Boykotts der österreichischen Waren bei der Pforte erhoben. Bisher haben alle diese Schritte nichts genützt. Im Gegenteil wurde der Boykott verschärft. Sämtliche Geschäftshäuser Konstantinopels haben sich der Boykottbewegung angeschlossen, das Komitee hat die Erneuerung von Abschlüssen mit österreichischen Firmen streng untersagt. Türkische Schiffsleute griffen am Mittwoch eine Anzahl Griechen an, die österreichische Passagiere und Waren gelandet hatten. Sie wurden schwer mißhandelt und mußten schließlich vor dem Boykottkomitee den Schwur leisten, sich der Bewegung anzuschließen. Abends fand eine große Versammlung statt, in welcher eine energische Fortbewegung des Boykotts gegen Oesterreich beschlossen wurde.

### Ein Grenzzwischenfall?

Budapest, 3. Dezember. Wie dem hiesigen Blatte „Alkotmany" aus Bilek gemeldet wird, soll an der montenegrinischen Grenze eine unter dem Kommando des Leutnants Breitner vom 38. Infanterieregiment stehende Streifpatrouille von acht Mann durch eine montenegrinische Bande angegriffen worden sein. Der Offizier und ein Teil der Mannschaften seien im Kampfe gefallen, die übrigen Gefangenen aufgehangen worden.

Die Nachricht bedarf der Bestätigung.

## Frankreich.

### Das Casablanca-Schiedsgericht.

Paris, 2. Dezember. Es bestätigt sich, daß Frankreich zu Schiedsrichtern über die Casablanca-Angelegenheit Louis Renault und Sir Edward Fry ernannte. Von Deutschland wurde der Wirkliche Geheime Legationsrat Dr. Kriege ernannt; der Name des fremden Schiedsrichters, den Deutschland zu ernennen hat, ist noch unbekannt. Der fünfte Schiedsrichter, den beide Mächte gemeinsam wählen, wird ein Schwede sein. —

## Dänemark.

### Im Dienste des Zaren.

Kopenhagen, 1. Dezember.

In der vorigen Woche verhaftete die Polizei plötzlich zehn hier wohnende Russen; vier von ihnen wurden jedoch anderen Tages auf Veranlassung des Untersuchungsrichters wieder entlassen. Sonderbarerweise nahm aber die Polizei zwei dieser Entlassenen sofort wieder in Haft, angeblich, weil sie ohne Arbeit und Existenzmittel waren. Diese beiden, die sich weder in Dänemark noch in Rußland eines Verbrechens schuldig gemacht haben, wohl aber politische Flüchtlinge sind, wurden nun am Dienstag von der Polizei nach ihrem Heimatlande gesandt, also der russischen Despotie und ihren Bütteln überantwortet. Die Sache war in aller Heimlichkeit vorbereitet, um jedes Aufsehen zu vermeiden, gleichwohl hatten unsere dänischen Parteigenossen davon erfahren und die Folkethingsmänner Sigwald Olsen und Stauning hatten auch alles getan, die Russen zu retten. Aber der Polizeiinspektor Henrik Madsen, der die Angelegenheit leitete, wollte nicht einmal einen einzigen Tag Aufschub gewähren. Unsere Genossen wollten sich zuerst an den Justizminister Högsbro wenden. Der war aber nicht sogleich aufzufinden, und als sie seiner endlich habhaft wurden, erklärte er zwar, daß er dem Verlangen nach Aufschub entgegenkommen wolle. Zur selben Zeit war das Schiff mit den beiden Russen schon unterwegs. Nach dem dänischen Fremdengesetz lag durchaus kein Grund vor, die beiden Russen nach Rußland zu senden, zumal sie jederzeit von ihren Landsleuten und Gesinnungsgenossen mit Reisegeld und Existenzmitteln versehen worden wären. Es handelt sich also um nichts anderes als einen Liebesdienst für die russische Despotie. Merkwürdig ist es auch, daß einer der noch verhafteten Russen deswegen festgehalten wird, weil man eine größere Summe Geldes bei ihm fand. Es ist ein Landmann, der politischer Verfolgung wegen sein Gut in Rußland verkaufen mußte und sich nun in Dänemark als Landwirt ansässig machen wollte. Ein Russe macht sich also in Kopenhagen gleicherweise verdächtig, ob er Geld hat oder keins.

Diese neuesten Russenverfolgungen hängen offenbar damit zusammen, daß jüngst einige russische Landarbeiter, aufgebracht über Vorenthaltung verdienten Lohnes, nicht weit von Kopenhagen einen Landmann auf seinem Hofe überfielen, ihn erschossen und beraubten. Diese Leute sind festgenommen, aber die Polizei vermutet oder gibt vor, zu vermuten, daß jene anderen Russen einen Plan, sie gewaltsam zu befreien, vorbereitet haben. Ein reaktionäres Blatt, „Nationaltidende", faselt auch bereits von einer explodierten Bombe, obwohl es sich dabei nur um etwas Feuerwerkerei handelt, die von spielenden Kindern herrührte.

Uebrigens sind am Dienstag mit einem zweiten Schiff noch elf Russen heimgesandt worden, man weiß jedoch nicht, ob auch unter ihnen politische Flüchtlinge sind. — Diese ganzen Russenverfolgungen legen die Frage nahe, ob Dänemark vielleicht einen heimlichen Polizeivertrag mit Rußland abgeschlossen hat. Darüber wird die dänische Regierung demnächst wohl im Folkething Auskunft geben müssen. Unsere Fraktion hat bereits Vorbereitungen getroffen, eine Interpellation über die Angelegenheit so schnell wie möglich zur Verhandlung zu bringen. Uebrigens sind die Russenverhaftungen auch in echt russischer Manier vorgenommen worden. Man setzte den nichtsahnenden Menschen den Revolver vor die Brust mit dem Kommando „Hände hoch"!

## Rußland.

### Die Moskauer Polizei.

Daß das russische Beamtentum, speziell die Polizei, zu den korruptesten gehört, ist eine fast sprichwörtlich gewordene Tatsache. Die vom Senat angeordneten Untersuchungen in den mittelasiatischen Gouvernements, in Kiew und in einigen anderen Städten haben einen wahren Abgrund von Bestechlichkeit und Käuflichkeit der Polizeibehörden aufgedeckt. Ihren Höhepunkt scheinen aber die skandalösen Vorgänge in Moskau, dem „Herzen Rußland", erreicht zu haben. Alles, was ins Machtbereich der Polizei fiel, war zu ihren Gunsten besteuert, wobei einer besonderen Aufmerksamkeit sich die Bordelle und die Spielklubs erfreuten, die nie in so üppiger Blüte gestanden haben, wie unter der Herrschaft des letzten Stadthauptmanns, des Generals Reinbot. Die Tribute, die einzelnen höhergestellten Beamten gezahlt wurden, beliefen sich in die Tausende, und es war stadtbekannt, daß z. B. der Polizeimeister Korotkn in weniger als einem Jahre das hübsche Vermögen von 100 000 Rubel „erspart" hatte. Doch der Ehrgeiz der Moskauer Polizei erlaubte ihr nicht, sich mit so kleinen Geschäften zu begnügen. Als die Aera der „Expropriationen" kam, hat sie es vorgezogen, statt die Räuber an die Gerichte auszuliefern, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. Es begann mit der polizeilichen Schonung der „Expropriateure" und endete mit der Organisation der „Expropriationen" gemeinsam durch Polizei und Räuber. Bezeichnend für diesen edlen Bund der Polizei mit diesen Elementen ist die Art und Weise, wie ihre Machinationen ans Licht gekommen sind. Im benachbarten Gouvernement Rjäsan fand eine „Expropriation" statt und die Moskauer und die Rjäsaner Polizei übernahmen gemeinsam die Suche nach den Verbrechern. Ein Rjäsaner Agent kam der Verbrecherbande bald auf die Spur und entdeckte auch in Moskau ihren Zufluchtsort. Als er aber die Moskauer Polizei aufforderte, das Nest auszuheben, wurde ihm das zunächst durch den wachthabenden Beamten L. verweigert. Als nun die Ueberrumpelung der Verbrecher durch einen Vorgesetzten Ls., Stefanow, vorgenommen werden sollte, erwies sich, daß die Wohnung, wo die Bande versammelt war, niemand anderem als dem L. selbst gehörte. Kurz, es stellte sich heraus, daß er an der Rjäsaner „Expropriation" mitbeteiligt war. L. versuchte nun seinen Vorgesetzten zu bestechen. Dieser weigerte sich aber, die ihm angebotene — nicht allzu geringe — Summe anzunehmen, und meldete die ganze Sache dem Chef der Kriminalpolizei, Mojsenko. Aber hier wartete seiner eine neue Ueberraschung: Der Chef der Kriminalpolizei hatte seinen Beuteanteil bereits in der Tasche und wollte daher aus leichtbegreiflichen Gründen nicht einschreiten. Dafür aber wurde Stefanow am nächsten Tage durch den General Reinbot kurzerhand entlassen! Erst als Stefanow persönlich in Petersburg Bericht erstattete, kam die ganze Sache und mit ihr noch viele andere ähnliche Dinge zur Sprache, und das Resultat davon war die Einsetzung einer Untersuchung durch Senator Garin. Von den Resultaten der Untersuchung ist verhältnismäßig wenig an die Oeffentlichkeit gelangt — man will die Achtung vor der Polizei nicht untergraben. Daß aber bereits vor längerer Zeit der General Reinbot aus „Gesundheitsrücksichten" seinen Posten verlassen mußte, läßt darauf schließen, daß die Moskauer Vorgänge etwas in ihrer Art Einziges darstellen.

Wenn solche Dinge aber in Moskau, einer Großstadt, einer Residenz, vorgehen, kann man sich lebhaft denken, was sich in den Tausenden kleiner Nester Rußlands abspielt, wo die Einwohner der Polizei auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind.

* * *

Moskau, 3. Dezember. Senator Garin hat die Untersuchung der Moskauer Polizeizustände beendet. Das Ergebnis ist für die Geheimpolizei schwer belastend. Es ist festgestellt worden, daß die Geheimpolizei seit Jahren in Verbindung mit dem Moskauer Verbrechertum arbeitete und gemeinsam mit den Verbrechern Morde, Raubüberfälle und Erpressungen ins Werk setzte. Die Stadt war hierzu in besondere Bezirke eingeteilt, in denen den einzelnen Verbrecherbanden gegen Abgabe eines bestimmten Prozentsatzes ihrer Beute volle Freiheit gesichert war. Der ehemalige Stadthauptmann Reinbot wird wegen Fälschung, Bestechlichkeit.

Wucher und Erpressung usw. vor Gericht gestellt werden.

**Odessa**, 3. Dezember. Auf Befehl des Kaisers ist Generaladjutant Pentelejew zur Untersuchung der hiesigen Polizeizustände hier eingetroffen.

**Warschau**, 3. Dezember. Die Untersuchung in Angelegenheit der Mißstände in der Warschauer Stadtverwaltung nimmt große Dimensionen an. Ein Obermagistratsrat hat sich erschossen. Bei sämtlichen übrigen Kanzleichefs wurden strenge Haussuchungen vorgenommen, an denen sich sieben Staatsanwälte und sieben Untersuchungsrichter beteiligten.

### Polenfurcht.

**Warschau**, 3. Dezember. Wegen des Verdachtes, daß die Führer der allpolnischen Partei eine geheime Versammlung abgehalten haben, an welcher auch der Führer des Polenklubs im deutschen Reichstage, Fürst Radziwill, teilgenommen haben soll, fand in der Redaktion und an der Druckerei des Polenblattes „Slowo" eine strenge Haussuchung statt.

## Türkei.

### Ein Oberspitzel erschossen.

**Konstantinopel**, 3. Dezember. Gestern abend erschien beim Divisionsgeneral Ismail Mahir-Pascha ein Mann mit einem Brief des Kriegsministers, in dem der General gebeten wurde, zum Minister zu kommen. Auf dem Wege dahin wurde Ismail Mahir von einem Offizier erschossen. Der Mörder ist entflohen.

Mahir-Pascha war als einer der hervorragendsten Träger des Spitzel- und Spionagesystems der verstossenen reaktionären Aera sehr verhaßt.

### Die Wahlen.

**Konstantinopel**, 3. Dezember. Eine gewaltige Wahlmanifestation, woran gegen 100 000 Menschen teilgenommen haben mögen, vollzog sich heute in musterhafter Ordnung.

## Persien.

### Neue Aufstände.

**Teheran**, 3. Dezember. Aus Asterabad wird der Ausbruch von Unruhen gemeldet. Der Gouverneur hatte die Bevölkerung um Ausfertigung einer Petition ersucht, in der dem Schah der Dank der Bewohner für die Abschaffung der Konstitution ausgesprochen werden sollte. Die Bevölkerung lehnte sich dagegen auf, schloß die Basare und erklärte, sie bereite sich darauf vor, für die Konstitution zu sterben. Die Bewohner der umliegenden Dörfer bewaffneten sich und schlossen sich der Bevölkerung der Stadt an. —

Der Schah wagt jetzt angesichts der Fortschritte der Revolution und des englisch-russischen Protests nicht, seine Absicht, die Verfassung zu beseitigen, offen zuzugeben. Die englische und die russische Gesandtschaft haben amtliche Erklärungen erhalten, daß das Anschlagen der Proklamation, die die Abschaffung des Parlaments verkündete, nicht mit Genehmigung des Schahs erfolgt sei. Dieser habe den Gouverneur von Teheran zur Verantwortung gezogen und ihm befohlen, die schuldigen Unterbeamten zu bestrafen.

## Haiti.

### Sieg der Rebellen.

**Port au Prince**, 2. Dezember. Präsident Nord Alexis hat sich an Bord des französischen Schulschiffes „Dugay-Trouin" geflüchtet. Die Flucht vollzog sich unter dem Schutze des französischen Gesandten. Der Präsident war auf dem ganzen Wege dem Hohn und Spott der Volksmenge ausgesetzt. Alle zum Kampfe gegen die Rebellen ausgesandten Truppen sind nach Port au Prince zurückgekehrt und haben die Waffen niedergelegt.

# Gewerkschaftliches.

### Der Streik ums Leben.

Graf v. Zeppelin-Aschhausen, Bezirks- und Regierungspräsident von Lothringen, weilte am 29. November im Streikgebiet und hatte eine längere Unterredung mit dem Generaldirektor Flake, über deren Ergebnis die Streikenden nichts erfahren haben. Der Herr Regierungspräsident hielt es anscheinend unter seiner Würde, mit den Streikenden zu verhandeln, noch auch die Arbeitervertreter zu hören. Denn an diese hat er sich nicht gewandt. Ungeachtet dessen wird er später ein „objektives" Urteil abgeben. So viel von seiner Unterhandlung mit dem Direktor in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, soll er den Wunsch geäußert haben, daß dem Streik recht bald ein Ende gemacht werden müßte. Das würde allerdings sofort geschehen, wenn der Herr Bezirkspräsident die Direktion veranlassen wollte, von ihrem absolutistischen Standpunkte abzusehen und mit den Arbeitern zu verhandeln.

Wenn die Kohlenbarone und Schlotjunker so wütend gegen das persönliche Regiment im Staate ankämpfen und Sturm laufen, so sollten sie auch das persönliche Regiment in Hütte und Grube aufgeben, sollten auch hier dem Volk, der Arbeiterschaft Mitbestimmungsrechte einräumen. Wird die Direktion das hohe Pferd weiter reiten, wird auch der Kampf weitergeführt. Alle entgegengesetzten Meldungen, auch diejenigen von Wolffs Telegraphenbureau, entsprechen nicht den Tatsachen. So ist es unrichtig, daß die Führer der freien Gewerkschaften erklärt hätten, sie könnten die Verantwortung für die Fortführung des Streiks nicht übernehmen. Wenn je ein Streik berechtigt war, so dieser, und denjenigen Gewerkschaftsführer möchten wir kennen lernen, der hier die Verantwortung ablehnen wollte. Von den Kartellen freier Gewerkschaften erhalten die Streikenden Sympathietelegramme, in denen sie zum mutigen Ausharren aufgefordert werden, da die gesamte deutsche Arbeiterschaft ihnen den Sieg wünscht. Aber es liegt Methode in einer solch falschen Berichterstattung. Da auch hier die zwei Verbände zusammengehen und gewillt sind, in aller Einigkeit den Streik zum Abschluß zu bringen, hofft man, mit solchen Bemerkungen Mißtrauen und Uneinigkeit zu säen, hofft, die Christlichen von den Freien zu trennen, um nach dem Grundsatz: Divide et impera! die Streikenden zu besiegen. Damit hat man bisher noch kein Glück gehabt, denn am 1. Dezember war die Zahl der Streikbrecher erheblich geringer als am 28. November, obgleich die Gendarmen des Morgens zwischen 4 und 5 Uhr truppenweise durch die Kolonien wandern, den Streikbrechern pfeifen, an ihre Fenster klopfen, sie wecken und ihnen sagen, daß sie, die Gendarmen für sichern Schutz nach der Grube sorgten. Auf die Dörfer gehen die Gendarmen und klopfen die Bergleute aus dem Schlaf, um sie nach der Grube zu führen. Am 1. Dezember klopften die Gendarmen in Sengbusch an die Bergmannsfenster und brachten dann mit sechs Gendarmen vier Streikbrecher zur Grube.

Das katholische Lügenblatt, „Der Lothringer", muß sich von der Direktion folgende Abfertigung gefallen lassen, indem es zur Aufnahme dieser Berichtigung gezwungen wurde:

„Die Direktion der Saar- und Moselgruben ersucht uns festzustellen, daß ihr von einem Komplott der streikenden Arbeiter nichts bekannt ist, auch wisse sie nichts von einem Dynamitanschlag oder von stattgefundenen Haussuchungen. Ebensowenig sei ihr davon etwas bekannt geworden, daß das Haus des Werksdirektors mit Steinen bombardiert oder daß auf einen ihrer Betriebsführer geschossen worden sei."

Die Direktion ist bei aller Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter dennoch wahrheitsliebender als diese katholische Zeitung.

Die Direktion hat am Montag, den 30. v. M., die Kommission der Streiker unter Hinzuziehung der Arbeiterausschüsse, empfangen, aber nicht mit ihr verhandelt. Generaldirektor Flake erklärte der Kommission, daß er nicht einen Fingerbreit nachgebe; die Bergleute hätten der Direktion den Stuhl vor die Türe gesetzt und jetzt müßte es sich entscheiden, wer der stärkere Teil sei, die Belegschaft oder die Verwaltung. Er ließ von den Kommissionsmitgliedern keins zu Worte kommen, sondern überreichte ihnen auf die gestellten Forderungen folgendes Antwortschreiben:

„Die Ausschußmitglieder Noe und Bruno erklären, daß nach ihrer Ueberzeugung keine Gefahr für die Sicherheit der Belegschaft vorhanden sei. Nichtsdestoweniger stellen sie im Interesse des Friedens den Antrag, den kaiserlichen Herrn Bergmeister zu ersuchen, in Gemeinschaft mit ihm unter Hinzuziehung der jetzt noch im Schacht V beschäftigten Wetterkontrolleure die Grube zu befahren und das Resultat der Belegschaft bekannt zu machen. Die Verwaltung wird diesen Antrag unverzüglich Herrn Bergmeister v. Braumühl unterbreiten und ihn auch unterstützen.

Die Durchschnittslöhne der Hauer stellen sich für den Monat Oktober

| | | | |
|---|---|---|---|
| auf Schacht | II | auf 5,71 | M. |
| „ „ | V | „ 5,40 | „ |
| „ „ | VI | „ 5,33 | „ |

pro Mann und Schicht. Die Regulierung der Gedingesätze und Schichtlöhne bleibt nach wie vor in jedem einzelnen Falle dem Ermessen der Betriebsleitung der einzelnen Schächte überlassen.

Bezüglich der Verhängung der Strafen hält sich die Verwaltung an die Bestimmungen der abgeänderten Arbeitsordnung und die Vorschriften des demnächst in Kraft tretenden Berggesetzes. Die auf den Schichten II und VI bestehende Gepflogenheit, die nicht genügend beladenen Förderwagen durch den Inhalt anderer nachzufüllen, die dann nicht zur Anrechnung kommen, soll in Zukunft fortfallen."

Bezüglich der Arbeiterausschüsse verweist das Antwortschreiben auf das kommende Berggesetz. Lohnaufbesserung der Schichtlöhne soll nicht erfolgen; Maßregelungen behält die Direktion sich vor.

* * *

### Der „ohnmächtige" Bergmeister.

Zu hart ist die Probe, die das Schicksal dem kaiserlichen Bergmeister von Saargemünd und dem Kreisdirektor, Freiherrn von Woellwarth aus Forbach bei diesem Streik auferlegt. Am 27. November mußten vier Streikbrecher, von Stickgasen betäubt, aus Schacht V herausgeschafft werden, am 28. brachte man den Obersteiger Hornberg in bewußtlosem Zustande zu tage, und nun ist dasselbe Schicksal dem kaiserlichen Bergmeister zugestoßen. Am 1. Dezember nahm er mit den Arbeiterausschußmitgliedern Noe und Bruno und den Wetterkontrolleuren, die Streikbrecher spielen, die Befahrung der Grube vor, und noch ehe das erste Revier befahren war, stürzte Herr v. Braumühl einen Stapel herunter und mußte in schwerverletztem Zustande zutage gefördert und im Kutschwagen des Direktors fortgeschafft werden. Wie beim Obersteiger Hornberg. Die Verwaltung bestreitet, daß er an Stickgasvergiftung zusammengebrochen sei, sondern gibt an, daß er einen „Ohnmachtsanfall" erlitt. Der Kreisdirektor Freiherr v. Woellwarth wandte sich sogar persönlich an den Gewerkschaftssekretär Atz und sagte ihm, daß der Unfall des Bergmeister nichts mit etwaigen Stickgasen zu tun habe. Er ersuchte Atz, die Gewerkschaftsführer sollten von dem Unfall des Bergmeisters doch nichts in die Oeffentlichkeit bringen, was Atz jedoch ablehnte. Der Kreisdirektor versucht also krampfhaft, das Vorhandensein von Stickgasen fortzuexkamotieren, will nichts in die Oeffentlichkeit gebracht haben, während die Bergleute behaupten, daß der Unfall des Bergmeisters unbedingt auf Stickgasvergiftung zurückzuführen sei. Es sei nicht denkbar, daß der sonst so vorsichtige Mann den Stapel heruntergestürzt wäre, wenn er nicht durch Stickgase betäubt war.

Das Streikkomitee hat Herrn Bruno darüber zur Rede gestellt, wie er dazu komme, der Verwaltung zu bescheinigen, daß keine Gefahr mehr bestände, ohne die Grube überhaupt zu kennen. Herr Bruno gab darauf beschämt zu, daß er nur sein Revier kenne, daß er die ganze Grube noch nie befahren habe, auch nicht wüßte, wie es in anderen Revieren aussehe. Und mit einem solchen Urteil glaubt die Direktion die Oeffentlichkeit täuschen zu können! Diese Werkzeuge der Verwaltung haben kaum einen Querschlag befahren, bestätigen jedoch schlankweg, daß alles in Ordnung ist!

Die Belegschaft ist sich ihrer Sache so sicher, daß sie allen Vertuschungsversuchen kalt trotzt. Als sie Dienstag Kenntnis erhielt, daß der Bergmeister mit einigen Streikbrechern einfuhr, vertagten sie ihre weitere Beschlußfassung, bis das Resultat dieser Befahrung bekannt sei, um danach die Forderungen abzuändern. Es wurde aber schon vorausgesagt: „Herr v. Braumühl wird die ganze Grube nicht befahren, weil das kein Mensch aushält." Und sie haben recht behalten! Der Herr Bergmeister liegt jetzt auf dem Krankenlager, der Herr Kreisdirektor und die Verwaltung sind gerichtet, die moralischen Sieger sind jetzt schon die Bergleute.

### Deutsches Reich.

#### Hotelbesitzer als Scharfmacher.

Der diesjährige Kongreß des Internationalen Hotelbesitzerverbandes, Sitz Köln, tagte am 9. November in Rom. Die Beteiligung war eine sehr große, doch anscheinend mehr der erwarteten Vergnügen denn der Verhandlungen halber, die sage und schreibe drei Stunden in Anspruch nahmen. Die verschiedenen Veranstaltungen, Feste, Empfänge, bei denen es standesgemäß hoch herging, dauerten eine volle Woche.

Die Oeffentlichkeit erwartete von diesem Kongreß ein entscheidendes Wort in der leidigen Trinkgeldfrage. Seit Jahren schon hatte man mit der Organisation der Hoteldiener Unterhandlungen gepflogen zur Schaffung eines Tarifes, demzufolge die Hoteldiener berechtigt sein sollten, für bestimmte Dienstleistungen feste Gebühren von den Gästen zu verlangen. Der Tarif wurde endlich formuliert, nur wollten die Hotelbesitzer den Angestellten das Recht, die Gebühren, wenn der Gast sie nicht unaufgefordert und freiwillig gebe, zu fordern, nicht einräumen, und so war der „Hoteldienertarif" ein ständiger Zankapfel und die Ursache manchen Zwistes auch mit den Gästen, die verschiedentlich gegen Hoteldiener, die ihre „tarifliche Gebühr" verlangt hatten, Anzeige wegen Erpressung erstatteten. Eine ganze Reihe zum Teil sogar harter Bestrafungen von Hoteldienern war die Folge.

Um nun den Anfang zur Beseitigung des unter den Angestellten wie Gästen gleichgehaßten Trinkgeldzwanges zu machen, hatte der Hoteldienerverband den Hoteliers in Form einer Petition die Forderung nach einem festen Minimallohne, der bei Jahresstellungen 40 M., bei Saisonstellen 60 M. pro Monat betragen sollte, unterbreitet; wohl eine recht bescheidene Forderung. Dann wollten die Hoteldiener sich verpflichten, jedes Animieren oder Auffordern zum Trinkgeldgeben zu unterlassen. Doch die Hoffnungen der Beteiligten wurden nicht erfüllt. Die Hoteliers lehnen jetzt jedes fernere Verhandeln mit der Organisation der Hoteldiener ab, weil „der Ton derselben zu herausfordernd sei". Auf Antrag des Hoteliers Marschner-Berlin, eifriger Stöckerianer, wurde sogar beschlossen: „Mit Rücksicht auf die schroffe Haltung des Hoteldienerverbandes, die ein ersprießliches Zusammenarbeiten unmöglich macht, beschließt die Generalversammlung, nur an solchen Orten, wo keine sonstigen unentgeltlichen Arbeitsnachweise bestehen, von dem Bureau des genannten Verbandes Arbeitskräfte zu beziehen."

Dieser Beschluß bedeutet weiter nichts wie Unternehmerterrorismus, durch den die Hoteliers ihren Angestellten das Koalitionsrecht rauben, ihre Gewerkschaft vernichten möchten. Erwähnenswert ist hierbei auch, daß nach dem eigenen Berichte des Berliner Hoteliervereins dieser „jährlich 3000 M. gegen die Bestrebungen des Hoteldienerverbandes verwendet." Das erklärt hinlänglich so manche Zersplitterungsversuche unter den gastgewerblichen Angestellten, deren Gewerkschaften allem Anschein nach harten Kämpfen entgegengehen, die sie sicherlich noch mehr zusammenbringen werden!

#### Arbeitslosenzählungen.

Eine von den Gewerkschaften Lübecks unter der organisierten Arbeiterschaft vorgenommene Arbeitslosenzählung ergab, daß am 23. November d. J. insgesamt 835 Arbeiter — zum großen Teil schon seit längerer Zeit — arbeitslos waren. Da die nicht organisierten Arbeiter ein verhältnismäßig noch größeres Kontingent zum Heer der Arbeitslosen stellen, so kann man auf Grund neuerdings vorgenommener Stichproben die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Lübeck auf 1500 bis 1600 schätzen. Unsere Vertreter in der Bürgerschaft werden auf Grund dieses Materials erneut Anträge auf Vornahme von Notstandsarbeiten stellen.

Eine vom Gewerkschaftskartell zu Mühlhausen i. Th. veranstaltete Arbeitslosenzählung ergab eine Zahl von 245 Personen. Da eine größere Zahl davon, die erst noch festgestellt wird, verheiratet ist, werden mindestens dreimal soviel Personen von der Not betroffen. — Der Magistrat hat zu den Kosten der Zählung einen Beitrag von 150 M. geleistet.

Bei der durch das Gewerkschaftskartell zu Brandenburg a. H. vorgenommenen Zählung der Arbeitslosen haben sich in vier Zählbezirken der Stadt insgesamt 492 Arbeitslose gemeldet, und zwar 484 männliche und 8 weibliche. 270 haben eine Familie zu ernähren, und 448 Kinder sind vorhanden, deren Ernährer keine Arbeit haben. Infolge der langen Dauer der wirtschaftlichen Krise sind viele der Arbeitslosen schon seit Monaten ohne Beschäftigung, andere haben infolge von Betriebseinschränkungen seit Juni nur noch drei Tage in der Woche Beschäftigung gehabt. Das Gewerkschaftskartell ersucht — auf Grund dieses Ergebnisses — die Stadtverwaltung um schleunige Hilfsmaßregeln. Ebenso haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten Anträge zur Linderung der Arbeitslosennot gestellt, über die demnächst entschieden werden soll. Verlangt wird: beschleunigte Vornahme städtischer Arbeiten, Beihilfen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung und Speisung bedürftiger Schulkinder; für letzteren Zweck gibt die Stadt schon jetzt eine beträchtliche Summe aus.

**Bei der Vorstandswahl zur kaufmännischen Ortskrankenkasse Hamburg**, die am Mittwoch stattfand, siegten die freien Gewerkschaften mit 179 gegen 163 bürgerliche Stimmen. Erstere haben nun die Majorität im Kassenvorstande.

#### Die Angeklagten und der Nicht-Angeklagte.

Vor dem Schwurgericht zu Gera begann am Mittwoch ein Prozeß gegen sieben Gießereiarbeiter aus Zeulenroda (Reuß ä. L.) wegen „Zusammenrottung zum Zwecke der Verübung von Gewalttaten", sowie wegen Mißhandlung zweier Arbeitswilliger. Verteidiger sind die Rechtsanwälte Landsberg-Magdeburg und Degenkolb-Gera. Die Angeklagten sind seit März resp. Anfang April in Untersuchungshaft. Ende März brach in der Eisengießerei von Homberg u. Külz wegen Maßregelung eines Kollegen ein Streik aus, wobei die Angeklagten Streikposten standen. Als auf dem Bahnhof ein Streikbrecher ankam, wurde dieser von dem Sohne des einen Firmeninhabers Paul Külz abgeholt. Die Angeklagten folgten in einiger Entfernung und suchten den Arbeitswilligen über den Streik zu orientieren. Dabei zog Külz einen Revolver mit den Worten: „Ein Schuß, eine Leiche!" und schoß mehrfach auf die Streikenden, worauf er die Flucht ergriff. Die Streikenden verabfolgten alsdann dem Arbeitswilligen eine Tracht Prügel. Wie die Angeklagten behaupten, sind sie nicht nur in diesem Falle durch die ohne jeden Grund abgegebenen Schüsse, sondern auch von einem Werkmeister und Arbeitswilligen selbst auf das schwerste beschimpft und provoziert worden.

Der schießlustige Külz ist nicht angeklagt. Zur Verhandlung sind 31 Zeugen geladen, sie dürfte drei Tage in Anspruch nehmen.

### Ausland.

**Die Möbelfabrik Kopp u. Fils zu Vevey in der Schweiz warf** diejenigen ihrer Leute, welche sich gegen die Antreiberei des sogenannten „Werkführers" Anderson wehrten, kurzerhand aufs Pflaster, darunter auch den Präsidenten der Sektion Vevey des schweizerischen Holzarbeiterverbandes. Darauf legten sämtliche Tischler bei genannter Firma am 1. Dezember die Arbeit nieder. Sie appellieren an alle Holzarbeiter, sie in diesem Kampf zu unterstützen, indem der Zuzug von Holzarbeitern nach Vevey strengstens ferngehalten wird.

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Feuer im Potsdamer Schloß.

**Potsdam**, 3. Dezember. (W. T. B.) Heute abend kurz vor 5 Uhr entstand infolge Undichtigkeit eines Rauchabzugrohres im Stadtschloß zu Potsdam Feuer. Auf den Alarm „Großfeuer" rückte nun die städtische und kurz darauf die freiwillige Feuerwehr an. Das Feuer ergriff die Dachkonstruktion des Schlosses. Auch der Kronprinz, welcher zurzeit das Schloß bewohnt, beteiligte sich persönlich an der Löschung des Feuers, die gegen 7¼ Uhr beendet war.

### 3000 Postsendungen verloren.

**München**, 3. Dezember. (W. H.) Infolge von Reklamationen wurde nunmehr festgestellt, daß am 13. November auf der Strecke Nürnberg-München ein Postbeutel, der über 3000 Poststücke enthielt, worunter sich zahlreiche Postanweisungen befinden, abhanden gekommen ist.

### Explosion.

**Prag**, 3. Dezember. (W. H.) In der Spiritusfabrik der Firma Brosche Söhne im Vororte Lieben explodierte ein Destillationsapparat. Ein Arbeiter wurde getötet, einer lebensgefährlich und einer leichter verletzt.

### Eisenbahnunglück.

**Brüssel**, 3. Dezember. (W. H.) Gestern abend erfolgte im Bahnhof von Waterloo infolge des dichten Nebels ein Eisenbahnzusammenstoß; nahezu 100 Personen, darunter 62 sehr schwer, wurden verletzt, getötet ist niemand. Der Materialschaden erreicht eine beträchtliche Höhe. Die Nachricht wird dadurch so spät bekannt, daß die telephonischen und telegraphischen Verbindungen bei dem Ereignis zerstört wurden.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

# Reichstag.

175. Sitzung, Donnerstag, den 3. Dezember. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg.

Eingegangen ist eine Interpellation der Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) über die Handhabung des Vereinsgesetzes gegen die Gewerkschaften; sie wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der Anträge der Sozialdemokraten, Freisinnigen, des Zentrums und der Polen auf **Abänderung der Verfassung** (Schaffung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, Mitwirkung des Reichstages bei der Ernennung des Reichskanzlers und bei Kriegserklärungen, Einberufung des Reichstages, wenn ein Drittel seiner Mitglieder es verlangt) und auf **Abänderung der Geschäftsordnung** dahin, daß im Anschluß an Interpellationen Anträge gestellt werden können.

Abg. **Graef** (Wirt. Vg.):

Der Abg. Ledebour scheint nach seinem gestrigen Auftreten mehr Gefallen an der Rolle eines berufsmäßigen Spaßmachers zu finden, anstatt sich als verantwortlicher Volkstribun zu fühlen. Der „Vorwärts" allerdings nennt seine Rede eine Glanzleistung; damit beweist er nur seine perverse Geschmacksrichtung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der sozialdemokratische Antrag, dem Reichstag eine Mitwirkung bei der Entscheidung über Krieg und Frieden einzuräumen, ist nicht annehmbar; stellen wir uns z. B. vor, die sozialdemokratische Partei hätte die Mehrheit und hätte, ihrem Programm entsprechend, auch das Frauenstimmrecht eingeführt, so hätten also Ledebour, Singer, Stadthagen und die blutige Rosa über Krieg und Frieden zu entscheiden. (Heiterkeit.) Das dürfen wir um so weniger gestatten, als die sozialdemokratische Partei prinzipiell antimilitaristisch ist. — Damit, die bloß moralische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu einer juristischen auszubauen, sind wir einverstanden, doch soll man das nicht überschätzen und etwa glauben, man könnte einen unliebsamen Reichskanzler dadurch beseitigen. Wir wünschen das auch nicht und werden den sozialdemokratischen Antrag, der Reichstag soll bei der Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers mitwirken, ablehnen. Das parlamentarische System entspricht eben nicht der Entwickelung unseres Volkes. Wir werden nicht zu irgend einer Verminderung der Kronrechte unsere Hand bieten. Ebenso sehr sind wir aber auf die Erhaltung der Würde des Reichstages bedacht und werden für die Anträge des Zentrums und der Freisinnigen stimmen, die von den verbündeten Regierungen die Vorlage eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers verlangen. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. **Naumann** (frs. Vg.):

Herr v. Dirksen sagte gestern sehr richtig, der Reichstag hätte eine Reihe Machtmittel, z. B. die Adresse an den Kaiser. Als aber eine solche Adresse angeregt wurde, haben gerade die Konservativen sie abgelehnt! (Sehr gut! links.) Gefreut hat es mich auch, daß Herr Dirksen ausgesprochen hat, daß das Budgetrecht zur Durchsetzung von politischen Fortschritten benutzt werden könne. Ich fürchte nur, daß, wenn wir das tun wollten, gerade die Rechte sagen würde: Wie kann man eine nationale Aufgabe leiden lassen um eines politischen Fortschrittes willen? (Sehr gut! links.) Immerhin war es symptomatisch, daß gerade ein Redner der Rechten uns ie Grundlehren des parlamentarischen Regimes wenigstens theoretisch vortrug.

Herr Ledebour erklärte, bei einem gemeinsamen Vorgehen der bürgerlichen Parteien, um konstitutionelle Garantien mit Hilfe der Finanzreform durchzusetzen, würden die Sozialdemokraten ihre Hilfe gewähren. Wenn man aber ein politisches Verfahren auf die Alternative gründet: Entweder ihr gewährt uns diese Rechte, oder wir sind nicht in der Lage, diese oder jene Finanzpolitik mitzumachen, dann muß man entschlossen sein, diese Finanzpolitik mitzumachen für den Fall, daß die Gewährung der Rechte eintritt. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Sollte aber der Fall eintreten, so werden die Sozialdemokraten sich ihres Nürnberger Parteitages erinnern, dessen Beschluß es ihnen unmöglich macht, in eine derartige politische Aktion überhaupt einzutreten. Ich empfehle Herrn Ledebour aber die Lektüre des Aufsatzes seines Genossen Eduard Bernstein im letzten Heft der „Sozialistischen Monatshefte" über die Gründe, weshalb die Freisinnigen zur Blockpolitik mehr oder minder genötigt sind. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.)

In unserer Geschäftsordnung liegt eine Ursache, daß wir in eine wirkliche Majoritätsbildung nicht hineinkommen. Es liegt eine Vergeudung von Kraft in der Art, wie wir den Mechanismus der Verhandlungen einrichten. (Sehr richtig! links.) Vieles, was in den Plenarverhandlungen gesagt war, ist im Grunde Stoff für Kommissionsberatungen, und der Mann hat nicht unrecht, der mir einmal gesagt hat, dieses Haus komme ihm vor wie die Halle der Wiederholungen. (Sehr richtig!) Denen, die im Leben etwas geschaffen haben, erscheint es als ein Opfer, diesem schwierigen und langwierigen Mechanismus ihre Zeit zu widmen. Die großartigen organisatorischen Talente, welche Deutschland in der Industrie und Landwirtschaft besitzt, wofür die Syndikatsbildungen fabelhafte Beispiele geliefert haben, haben sich mit dem System der Ersparung von Kraft im geordneten System des Parlamentarismus nicht beschäftigt. Der Reichstag ist in eine fleißige Tätigkeit hineingekommen, wo man vor lauter Fleiß und Arbeit die eigentlichen großen politischen Gesichtspunkte in der Nationalvertretung in den Mühen des Alltages aus den Augen verliert. Dies kommt uns zum Empfinden in dem gegenwärtigen Augenblick, und mit Erschrecken bemerken wir, wohin wir mit dieser Methode des deutschen Reichstages kommen. Die Sozialdemokraten freilich haben uns alle immer für schlecht gehalten (Heiterkeit), und infolgedessen sind auch die neuesten Erfahrungen für sie keine besondere Enttäuschung. Aber in den Kreisen, die mit Herz und Blut an dem Gedanken der vaterländischen Macht hängen, denen die theoretische Frage, ob parlamentarisches oder imperialistisches System, von vornherein an sich ganz gleichgültig ist, wenn nur die Nation tüchtig vertreten ist, in diesen Kreisen zeigt sich jetzt ein tiefes Erschrecken, das sich weit mehr in Privatgesprächen äußert, als es in Rücksicht auf das Ausland in öffentlichen Aeußerungen möglich ist. Dies tiefe Erschrecken kleidet sich etwa in folgende Fragen: Wir haben die große Armee unserer 22 Armeekorps, wir haben unsere Flotte, die uns jährlich 3- bis 400 Millionen Mark kostet, wir tragen diese Lasten fürs Vaterland. Aber sie haben nur einen Zweck, wenn wir überzeugt sein können, daß diese gewaltigen Instrumente auch mit der vollendetsten Sachkunde, mit Vorsicht und technischer Akkuratesse angewandt werden. (Lebh. Zustimmung.) Solange dieses Bewußtsein nicht vorhanden ist, fragen sich auch die treuesten Diener des Vaterlandes: Was hat unsere große Rüstung für einen Zweck, wenn wir wünschen müssen, daß sie niemals angewandt wird? Und solche Fragen treten auch angesichts unserer Diplomatie auf. Wenn wir den Eindruck haben müssen, daß das eigentümliche Vorkommnis, als Herr v. Kinderlen-Wächter hier auftrat und die Geschäftsführung des Auswärtigen Amtes verteidigte, typisch ist für die diplomatischen Fähigkeiten des Deutschen Reiches unter fremden Völkern, dann müssen wir erschrecken. (Lebhafte Zustimmung.) Welche Empfindung muß uns den nationalen Lasten gegenüber erfüllen, wenn wir uns sagen müssen: Das große Wetter der Geschichte geht über uns hin, und noch heute kann es vorkommen, daß aus alten grauen Tagen das Wort gemurmelt wird: „Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi" (Wenn die Könige rasen, müssen die Völker die Zeche bezahlen). (Lebhafte Zustimmung.) So lange solche Sorgen im Volke vorhanden sind, wird auf den Reichstag geschaut, ob er die Stelle der Kontrolle und Sicherheit ist. Was tut, was kann der deutsche Reichstag tun? Er kann Gesetze annehmen und korrigieren und hat darin eine außerordentliche Fähigkeit erlangt im Laufe der 40 Jahre seiner Geschichte. Er kann die Verwaltung kritisieren und kontrollieren, er kann da und dort bessern, er kann dem Schutzmann nachlaufen, der in einer Versammlung war, wo er nicht hingehört, er kann hundert Dinge regeln und richtig regeln, die auch geregelt werden müssen. So ist der Reichstag ein Hilfsassistent nationaler Alltagsarbeit. (Sehr gut!) Aber wenn man fragt, welchen Anteil der Reichstag an der deutschen Geschichte im ganzen hat, so ist dieser Anteil ein begrenzter. Wenn die Geschichte des Deutschen Reiches seit Bestehen des Reichstags geschrieben werden wird, so wird es nicht die Geschichte der wechselnden Legislaturperioden sein, sondern die Wendungen der Geschichte stammen bisher von einer anderen Seite her, von dem Zusammenhang der Kräfte, den ich mit dem Worte „Souveränitätskollegium" bezeichnen möchte. In der Mitte dieses Systems, das viele Eingänge und Ausgänge hat, wie die Höhle Malepartus*) (Heiterkeit), liegt das Haus in der Wilhelmstraße, in dem der Vertreter dieses Souveränitätssystems wohnt. (Sehr gut! links.) Die deutsche Verfassung ist nun aufgebaut auf diese beiden Systeme, auf das Volksvertretungssystem und das Souveränitätssystem, und die beiden rechten miteinander. Die Frage, die Herr v. Dirksen, Herr Ledebour und andere aufgeworfen haben, war: Könnt Ihr nicht mehr gegen dieses Souveränitätssystem tun, weshalb ist das Volksvertretungssystem so schwach?

Vergleichen wir einmal die beiden Systeme. Der Bundesrat arbeitet geheim. Bismarck hat zwar nach seiner Entlassung verschiedentlich dafür plaidiert, daß er öffentlich verhandeln möchte, wie es auch ursprünglich vorgesehen war. Aber solange Bismarck selbst das Präsidium hatte, ist er nicht für die öffentliche Verhandlung gewesen. (Heiterkeit.) Und offenbar aus einem guten Grunde. Wenn auch die Stille des Bundesrats nicht ohne Seufzer ist, so dringen diese Seufzer doch nicht an die Oeffentlichkeit. Wer das Buch von Poschinger über Bismarck und den Bundesrat liest, findet dort eine Anzahl Stoßseufzer aus der Tiefe des Bundesrats, die noch heute ihren ergreifenden Klang nicht verloren haben. Und wenn einmal ein anderer Poschinger ein Buch „Bülow und der Bundesrat" schreiben wird, so zweifle ich nicht daran, daß aus den Privatbriefen und persönlichen Urkunden auch dieser Epoche ein Stöhnen hinter verschlossenen Türen hervortönen wird. (Heiterkeit links.) Aber darin liegt die große Kunst dieses Apparates, daß er nach außen fertig und abgeklärt erscheint; der Souveränitätsapparat arbeitet im allgemeinen mit einer Geräuschlosigkeit, die zur politischen Stärke beiträgt, während wir alle unsere Fragen und Klagen öffentlich durchbehandeln müssen und dadurch beständig in der Gefahr sind, unsere Willensbildung zu erschweren. (Sehr gut! links.)

Weiter hat das Souveränitätssystem eine Menge ausführende Organe, während der Reichstag als solche nur die Kommissionen und das Präsidium hat, dessen Aufgabe es ist, bei repräsentativen Gelegenheiten den Reichstag zu vertreten, im übrigen die Tagesordnung festzusetzen, Differenzen auszugleichen und die Glocke vom erhabenen Sitze aus zu schwingen. (Heiterkeit.) Ferner ist der Bundesrat unauflöslich, sozusagen eine unveränderliche Institution, während der Reichstag, wenn er nicht gefällt, aufgelöst wird. Dadurch wird uns zum Bewußtsein gebracht, was das Volk eigentlich fordert, wenn es jetzt von uns verlangt, daß Garantien geschaffen werden für die Leitung der deutschen Geschichte. Die Reden allein genügen nicht. Gewiß, sie waren angebracht am 10. und 12. Dezember, als der große Dialog zwischen der Volksvertretung und der Krone über den Erdball hinrollte, aber derartige Dialoge können nicht oft kommen und im Interesse der Nation auch nicht oft gewünscht werden. (Sehr richtig!) Die Worte verklingen, und was bleibt, muß etwas Rechtmäßiges sein. Und ob man uns einwendet: „Was Geschriebenes forderst Du, Pedant?" — die Leute, die wissen, wie schwach ihre Kraft ist, brauchen etwas Geschriebenes. (Sehr gut! links.)

### Wir brauchen verfassungsrechtliche Garantien.

Die Sozialdemokratie nun faßt in ihrem eigenen Antrage den Stier bei den Hörnern — ein Verfahren, welches ich immer dann empfehle, wenn ich weiß, daß der Stier nicht stärker ist. (Heiterkeit.) Gewiß muß unser Ziel dahin gehen, daß der erste Vertreter der Regierung nicht möglich ist, wenn er nicht das Vertrauen der Mehrheit in der Volksvertretung besitzt. Wenn dieser Antrag auf Absetzung des Reichskanzlers durch den Reichstag durchzuführen wäre, dann brauchten wir ihn nicht erst in die Verfassung hineinzubringen. Aber die Forderung hat zweifellos pädagogischen Wert als richtunggebendes Ziel. — Neben diesem Antrage liegen andere vor, die Schritt für Schritt zeigen wollen, wie wir weiter kommen in der Verbesserung der parlamentarischen Verhältnisse. Wir wollen eine Vereinfachung der Geschäftsführung des Reichstages und eine Hebung der Stellung des Reichstagspräsidiums, derart, daß es zu einem wirklichen politischen Faktor wird. Wir brauchen ein politisches Präsidium des Reichstages, so wie das Bundesfürstentum in eine Spitze, das Kaisertum, ausläuft. Ein politisches Präsidium muß aber ein Mehrheitspräsidium sein, und so wird die Stärkung des Präsidiums mehrheitsbildend wirken.

Gegenüber dem Vorschlag, bei Interpellationen die Möglichkeit von Anträgen zu schaffen, ist auf die Gefahr hingewiesen worden, daß der Reichstag mit Interpellationen überschwemmt werden könnte. Dagegen gibt es ein einfaches Mittel: man kann zwei Arten von Interpellationen schaffen und Anträge nur zu den wichtigeren gestatten. — Wir freuen uns, daß die Nationalliberalen unseren Wunsch nach Aenderung der Geschäftsordnung teilen. Die Nationalliberalen müssen in dieser ganzen Frage auf unserer Seite stehen: die Frage ist keine demokratische, keine freisinnige, keine nationalliberale, sondern eine Frage des Liberalismus schlechtweg. (Lebhafter Beifall links.) Herr Junck hat viele Aussprüche alter Größen des Nationalliberalismus zitiert. Besser wäre es, er hätte mehr von dem Geiste der Bennigsen, Gneist, Sybel in sich aufgenommen. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.) Die bisherigen Gesetze sind berechnet auf eine Art von Ministern, welche ausgestorben sind, Minister, welche mit dem parlamentarischen System nicht umzugehen verstanden. Anklage sollte erhoben werden bei Verfassungsverletzung, wenn Minister sich bestechen ließen oder sonst Gesetzesverletzungen begingen, an die man mit dem Strafrichter nicht herankam. Es ist übrigens mit dem Strafrichter eine eigene Sache. Jahrelang hat man nach dem Richter gesucht, der Bismarck verklagen sollte. Für uns ist der Kern der Ministerverantwortlichkeit die reale Verantwortlichkeit für die politische Führung selbst. Deshalb können wir nicht darauf verzichten, daß die Verantwortlichkeit sich auf alle Handlungen des Kaisers erstreckt, welche die innere oder die äußere Politik des Reiches zu beeinflussen geeignet sind. Gewiß, diese Bestimmungen betreffen kein bestimmtes Delikt, ihre Anwendung wird von der Auslegung der Richter abhängen. Ganz ähnlich ist es aber mit den Bestimmungen des Kriegsrechts. Als Einwand gegen ein solches System hat Herr v. Dirksen gesagt: Was würde aus dem Deutschen Reich geworden sein, wenn Bismarck 1863 einem derartigen Gesetze unterstanden hätte? Aber diese Fragestellung enthält zu viele „wenn". Ein Mann von der Genialität Bismarcks würde auch mit diesem Gesetze fertig werden (Heiterkeit), wie er ja auch sonst mit einer Unzahl von Verfassungen und Paragraphen ausgekommen ist. (Erneute Heiterkeit.) Dieses Gesetz soll als eine Waffe an der Wand hängen.

Wenn wir vorschlagen, den Staatsgerichtshof dem Reichsgericht anzugliedern, so will ich damit nichts für Leipzig sagen. Aber Leipzig hat den Vorzug, daß es nicht Berlin ist. (Große Heiterkeit.)

*) Malepartus ist die Höhle, in der Reineke Fuchs hauste!

Wir wünschen, daß die Kommission, an welche unser Entwurf verwiesen werden soll, keine Beerdigungskommission ist. Wir müssen zeigen, ob im deutschen Reichstage eine verfassungsbildende Kraft vorhanden ist oder nicht. Wenn wir nicht einmal so weit gehen, wer soll denn dann dem Reichstag größere Verfassungsaufgaben übergeben? Von der Regierung können wir nicht verlangen, daß sie uns ein Gesetz präsentiert, wonach ein Vertreter des Souveränitätskollegiums unter Anklage gestellt werden kann. Das ist Aufgabe des anderen Faktors der Gesetzgebung. Wir müssen zeigen, daß unsere Nation wirklich ein politisch lebendiger Organismus ist. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. **Bindewald** (Ant.)

verliest eine kurze Erklärung, wonach seine Fraktion für die Anträge des Zentrums, des Freisinns und der Polen eintreten wird.

Abg. **Singer** (Soz.):

Der letzte Redner hat dadurch, daß er den Mund so voll genommen hat, nur die Bedeutungslosigkeit seiner Worte hier im Parlament gezeigt. Auf seine Bemerkungen einzugehen kann ich mir ersparen. Dagegen hat Herr Naumann einiges über meine Fraktion gesagt, was mir zu einer Erwiderung Veranlassung gibt. Wir haben von Ihnen, Herr Naumann, eine schöne Rede gehört, aber den, der auch nur aus einem Worte entnehmen könnte, was denn nun eigentlich geschehen soll, den möchte ich in diesem Hause sehen. (Große Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Man kann den Eindruck nicht überwinden, daß der Mann, der mit so beredten Worten über die Mangelhaftigkeit der Machtmittel des Reichstages sprach, daß derselbe Mann darauf verzichtet, auch nur mit einem Worte anzudeuten, ob er gewillt ist, diejenigen Machtmittel, welche der Reichstag wirklich besitzt, auch zur Anwendung zu bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seine Rede wird also keine Folgen haben, die geeignet sind, seine Klagen verstummen zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade er hätte am wenigsten Ursache, in solche Klagen auszubrechen. Seine eigenen Parteigenossen lehnen es ab, die Machtmittel des Reichstages zu gebrauchen, indem sie sich weigern, die Finanzreform mit verfassungsrechtlichen Fragen zu verquicken. Was Herr Naumann uns vorwirft, sollte er also seinen eigenen Parteigenossen Müller-Meiningen und Kopsch vorwerfen. (Zuruf bei den Freisinnigen: Das geht Sie nichts an!) Woher stammt denn das Wort, man müßte es als eine Erpresserpolitik bezeichnen, wenn man die Frage der Finanzreform mit der Frage der Ministerverantwortlichkeit verquickte? Doch aus den Reihen der Freisinnigen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Barth!) Die Rede Barths ist doch erst später gehalten.

### Der Freisinn als Schutzpatron der Reaktion.

Naumann hat weiter in Abrede gestellt, daß die Sozialdemokratie für eine Koalition mit dem Liberalismus zu haben gewesen sei. Er behauptet, die Blockpolitik sei nötig geworden durch das Verhalten der Sozialdemokratie. Man muß darüber staunen, daß ein Abgeordneter, ein Politiker diesen Satz ausspricht, ohne sich bewußt zu sein, daß er damit direkt den Tatsachen ins Gesicht schlägt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten haben die Freisinnigen bei den Stichwahlen unterstützt, **und Herr Naumann hätte seine Rede hier nicht halten können, wenn ihm unsere Unterstützung bei der Stichwahl gefehlt hätte.** Der Freisinn dagegen hat dazu beigetragen, daß recht viele Blockbrüder auf die rechte Seite des Hauses gebracht sind. Nachdem er schon bei der Hauptwahl der Reaktion 11 Mandate zugeschanzt hat, hat er bei den Stichwahlen 32 Mandate an die Rechte ausgeliefert. (Müller-Meiningen, frs. Vp.: Und wie viel Sie?) Wir haben bei der Hauptwahl keiner anderen Partei auch nur eine einzige Stimme gegeben, sondern überall eigene Kandidaten aufgestellt. Sie dagegen haben aus Gründen der Blockpolitik darauf verzichtet. Bei der Stichwahl haben wir die Bedingungen aufgestellt, unter denen unsere Parteigenossen für Kandidaten anderer Parteien stimmen. Sie dagegen haben die 32 Mandate der Rechten zugeschanzt in dem Bewußtsein, daß Sie sich in vielen Fragen grundsätzlich von diesen Herren unterscheiden. Sie haben **sieben Mandate den Konservativen, sieben der Reichspartei, elf den Nationalliberalen, sechs den Antisemiten, eins dem Bund der Landwirte,** im ganzen 32 gegeben. (Zuruf bei den Freisinnigen: Und wieviel Sie dem Zentrum?) Wir haben dem Zentrum bei den Hauptwahlen überhaupt kein Mandat zugeschanzt. Wo wir das Zentrum bei den Stichwahlen unterstützt haben, haben wir es getan, um die unheilvolle Blockpolitik zu verhindern. Ob wir damit im Interesse des Volkes gehandelt haben, können wir ruhig dem Urteil der Wähler überlassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Diese Tatsachen beleuchten den Vorwurf, den Herr Naumann uns gemacht hat. Sie, meine Herren, verhindern die Möglichkeit einer Mehrheit der Opposition, indem Sie den Parteien rechts helfen. Und dann stellt sich Herr Naumann hierher und klagt darüber, daß die Sozialdemokraten für eine Mehrheit nicht zu haben sind! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das heißt doch nichts anderes als hier

Jongleurkunststücke

aufzuführen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sobald es sich um verfassungsrechtliche Fragen handelte, haben wir stets den Standpunkt vertreten, daß die Wahrung der parlamentarischen Rechte nicht Sache einer Partei, sondern Sache des ganzen Reichstages ist oder doch sein sollte. Herr Naumann aber und seine Freisinnigen haben durch die Blockpolitik, die von der blassen Furcht, Mandate zu verlieren, diktiert war, das Zusammengehen wirklich demokratischer Elemente mit ihnen vereitelt. Die ganze Rede des Abgeordneten Naumann war ein einziger Klagelaut darüber, daß sein Traum von Kaisertum und Demokratie zerronnen ist. Wie feurig hat er vor nicht allzulanger Zeit dieses Ideal des demokratischen Kaisertums gepredigt, und wie wehmütig hat er selbst ihm heute die Grabrede gehalten! Die Rede des Abgeordneten Naumann versinkt in absolute Bedeutungslosigkeit dadurch, daß er es gänzlich vermieden hat, mit einem Worte auf die positiven Aufgaben des Reichstages in dieser Frage einzugehen. — Die Klage darüber, daß das Volk den Reichstag nicht genügend unterstütze, wird der deutschen Volksvertretung nicht zur Bedeutung verhelfen; viel nützlicher wäre es, wenn Naumann sich in die Reihe derjenigen gestellt hätte, die durch

Anwendung der parlamentarischen Machtmittel

das Volk in die Lage versetzen wollen, einen besseren Reichstag zu bekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen hat vorgeschlagen, alle hier zur Beratung stehenden Anträge der auf 28 Mitglieder verstärkten Geschäftsordnungskommission zu überweisen. Wir halten diesen Antrag prinzipiell und im Interesse der Förderung der Geschäfte nicht für richtig. Wir beantragen, die Anträge, die sich auf eine Abänderung der Geschäftsordnung beziehen, der Geschäftsordnungskommission zu überweisen, alle übrigen Anträge, die eigentlichen Verfassungsanträge aber in einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern zu beraten. Wenn wir das ganze Material der Geschäftsordnungskommission überweisen würden, würde die Beratung sehr stark verzögert werden. Wir nehmen nicht an, daß das die Absicht der Antragsteller war, aber sie selbst werden die Gefahr nicht leugnen können, daß wir auf den Bericht der Geschäftsordnungskommission sehr, sehr lange werden warten müssen. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokr.) Dazu kommt, daß die Geschäftsordnungsanträge mit den Verfassungsanträgen eigentlich nichts zu tun haben und besser gesondert in der Geschäftsordnungskommission beraten werden, um sie dann möglichst bald im Hause erledigen zu können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemo-

kraten.) Aber noch ein anderer Grund, der vielleicht durch Maßnahmen der Kommission selbst abgewendet werden könnte, scheint mir wichtig genug, ihn hier zu erwähnen. Die verfassungsrechtlichen Anträge bedürfen zu ihrem Zustandekommen der Mitwirkung des Bundesrats. In bezug auf die Abänderung der Geschäftsordnung aber ist der Reichstag absolut souverän, da hat ihm der Bundesrat nicht hereinzureden. Wir wollen nun vermeiden, daß das verfassungsmäßige Recht des Reichstages, die Legitimation seiner Mitglieder selbst zu prüfen und die Geschäftsordnung selbst zu regeln, irgendwelcher mittelbaren oder unmittelbaren Beeinflussung durch den Bundesrat ausgesetzt wird, und wollen deshalb auch nicht beide Anträge in einer Kommission gemeinsam verhandeln. Damit glaube ich unseren Geschäftsordnungsantrag genügend begründet zu haben und bitte Sie danach zu verfahren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Staatssekretär des Innern hat uns gestern erklärt, daß die Regierung nicht in der Lage sei, sich zu den Anträgen zu äußern, ehe nicht feste Beschlüsse des Reichstages vorlägen. Er hat die Gelegenheit benutzt, um zu betonen, daß der Bundesrat wegen dieser Anträge seine Gepflogenheit durchbrochen habe, bei der Beratung von Initiativanträgen im Hause nicht zu erscheinen. Ich erblicke in dieser Gepflogenheit einen Ausdruck der Geringschätzung, deren sich der Reichstag bei den verbündeten Regierungen erfreut.

**Kein anderes Parlament der Welt nimmt gegenüber der Regierung eine so unwürdige Stellung ein wie der deutsche Reichstag.**

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann es nicht als ein besonderes Entgegenkommen bezeichnen, wenn die Regierung diesesmal im Hause erschienen ist. Immerhin kann ich es verstehen, daß die Regierung von ihrem Standpunkte aus sich darauf etwas einbildet. Aber daß ihr vom Hause ein besonderes Dankesvotum dargebracht wird, weil sie so gnädig war, den Reichstagsverhandlungen beizuwohnen bei einer Frage, die den Chef der Regierung doch sehr erheblich angeht, das ist bezeichnend für die Stellung, für die der deutsche Reichstag sich selber einschätzt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat in sehr höflichen Formen gesprochen, aber inhaltlich waren seine Erklärungen vollkommen nichtssagend. Vor allem hätte er als Vertreter des Reichskanzlers doch die Pflicht gehabt, uns Auskunft zu geben über

**die Unterredung in Potsdam,**

die zwischen dem Reichskanzler und dem Kaiser stattgefunden hat. Was über diese Unterredung im „Reichsanzeiger" gestanden hat, darf dem Reichstag nicht genügen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag hat das Recht, zu verlangen, daß ihm Mitteilungen darüber gemacht werden, ob und welche konstitutionellen Garantien gegeben worden sind, um Vorgänge wie das Kaiser-Interview zu verhindern. Die Unterredung hat ja unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden. Daß aber auch ihr Inhalt, abgesehen von den paar Phrasen des „Reichsanzeiger", geheim bleiben soll, können wir nicht billigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir hatten erwartet, daß der Vertreter des Reichskanzlers uns hier Auskunft geben würde, wie die Veröffentlichung des „Reichsanzeiger" zu verstehen ist.

Wenn es im „Reichsanzeiger" heißt, daß, unbeirrt von den Uebertreibungen der Kritik, der bisherige verfassungsrechtliche Zustand festgehalten werden soll, so glauben wir nun und nimmermehr, daß es in Zukunft anders werden wird. Daß der Kaiser den Fürsten Bülow seines fortdauernden Vertrauens versichert hat, mag für den Reichskanzler ja nützlich sein, aber der Reichstag hat damit nichts zu tun.

Wir verlangen gegenüber den Vorkommnissen, die wir jüngst hier besprochen haben,

**ernsthafte konstitutionelle Garantien,**

**um die Auswüchse des persönlichen Regiments zu beschneiden.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Kollege Dr. Müller-Meiningen hat bei Begründung der freisinnigen Anträge wiederholt darauf hingewiesen, daß die von ihm geforderten Gesetze für einen Kulturstaat unbedingt notwendig seien. Aber er hat kein Wort darüber gesagt, daß der Reichstag den Willen haben müsse, seine Machtmittel zu ihrer Durchsetzung zu gebrauchen. Nur so aber ist in den konstitutionellen Musterländern, auf die sich Dr. Müller-Meiningen berufen hat, die konstitutionelle Verfassung durchgesetzt worden. Der schöne Optimismus, der Herrn Dr. Müller-Meiningen und seine Freunde ziert, daß die verbündeten Regierungen unseren Anträgen entgegenkommen würden, ist mir nicht recht verständlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die offiziöse Presse, die dem Reichskanzler nahesteht, hat ja schon erklärt, daß der Reichskanzler auf Beschlüsse des Reichstages einzugehen oder ihnen nähertzutreten vielleicht bereit sein würde, wenn sie durch die Mehrheit zustande kommen, über die er verfügt. Wie ein solcher Beschluß aller Blockparteien aussehen würde, was er für konstitutionelle Garantien brächte, können wir uns nach den gestrigen Reden der Abgeordneten v. Dirksen und Junck wohl denken. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit komme ich zu Herrn Junck. Er hat daran gezweifelt, daß unsere Anträge ernst gemeint seien. Wer sich des tiefen Ernstes der zur Verhandlung stehenden Fragen mehr bewußt ist, ob wir oder die Nationalliberalen, das zu entscheiden wird dem Volke nicht schwer werden. Wir sind uns bewußt, daß es sich in diesem Falle um

**eine Lebensfrage für das deutsche Volk**

handelt: daß die Schaffung von konstitutionellen Garantien von der Volksvertretung erkämpft werden muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Junck hat in einem Satze Garantien gefordert und in dem nächsten Satze die Forderung wieder eingeschränkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die juristischen Irrtümer, deren sich die Herren aus dem Hause unseren Anträgen gegenüber schuldig gemacht haben, wird mein Fraktionskollege Heine nachher noch nachweisen. Ich will nur auf einige politische Einwände eingehen: Herr Junck wandte sich dagegen, daß der Reichstag über Krieg und Frieden zu entscheiden haben solle. Haben denn die Herren bereits vergessen, worum es sich am 10. und 11. November gehandelt hat? Entstanden nicht jene Diskussionen wesentlich aus der Befürchtung heraus, daß die Gefahr eines Krieges heraufbeschworen wird dadurch, daß von unverantwortlicher, aber überaus mächtiger Stelle aus Aeußerungen getan, Reden gehalten werden, die andere Völker notwendigerweise in die Befürchtung setzen müssen, daß die friedlichen Absichten, die von unserer Seite geäußert werden, tatsächlich nicht vorhanden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Haben wir nicht nachgewiesen, daß unsere ganze Reichspolitik einen Fehler über den anderen gemacht hat, und war nicht der tiefe Untergrund aller Diskussionsredner aus allen Parteien, daß man eine Aenderung des bisherigen Zustandes herbeiführen müsse, damit diese ewige drohende Kriegsgefahr beseitigt würde? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und diesen Tatsachen gegenüber erklären wir heute, 14 Tage später, wir überlassen die Entscheidung über Krieg und Frieden im vollen Vertrauen dem Kaiser und dem Bundesrat? Nein! Gerade weil das Volk nicht durch eine solche unverantwortliche Politik in die schlimmste Lage gebracht werden darf, in der sein Gut und Blut gefordert wird, deswegen muß der Reichstag, wenn er wirklich eine Volksvertretung sein will, sich das Recht erkämpfen, in so wichtigen Fragen für das Wohl und Wehe des gesamten Volkes entscheidend mitzureden und mitzuhandeln. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nicht um den Machtkitzel eines einzelnen Abgeordneten handelt es sich dabei, sondern wir verlangen im Interesse der Wähler, im Interesse des deutschen Volkes, dem alle Opfer zugemutet werden, daß die deutsche Volksvertretung auch in der Lage ist, in solchen wichtigen Fragen zu entscheiden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter meint der Herr Junck, wir trügen durch unsere Vorlage über die Ministerverantwortlichkeit zum Ausbau der Monarchie bei. Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich darüber noch ein Wort sagen. Es handelt sich für uns bei diesem Antrag nicht um den Ausbau der Monarchie, sondern um einen

**Schutz vor dem Monarchen,**

einen Schutz davor, daß der Monarch eigenmächtig aus eigener Initiative das Volk und das Land in die schwersten Verwickelungen stürzen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß die Ministerverantwortlichkeit nicht die einzige Waffe des parlamentarischen Systems ist, aber sie gehört mit zu den Maßregeln, die notwendig sind, um überhaupt die Konstitution, in der wir angeblich leben sollen, erst zur Wahrheit zu machen. Eine konstitutionelle Volksvertretung kann ohne ein solches Gesetz nicht existieren. Das Gesetz ist also ein Glied in der Kette von Maßregeln zur Herbeiführung der wirklichen Konstitution. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ferner ist gesagt worden, es sei merkwürdig, daß die Sozialdemokratie, die dem heutigen System grundsätzlich feindlich gegenüberstehe, sich mit diesen Fragen beschäftige. Indem wir aber der Volksvertretung diejenige Macht zu verschaffen suchen, die ihr nach unserer Ueberzeugung gebührt, befolgen wir keine andere Politik als die, unter den bestehenden Verhältnissen die Zustände zu verbessern und so einzurichten, daß das Volk damit zufrieden sein kann. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ganz unabhängig von unserer prinzipiellen Auffassung, daß wir an Stelle der bürgerlichen Gesellschaft eine sozialistische Gesellschaft gründen wollen, fühlen wir uns verpflichtet, unter den bestehenden Verhältnissen an jeder Stelle Mängel und Uebelstände, die wir finden, nach Möglichkeit zu beseitigen. Diese Politik haben wir seit dem ersten Tage, seitdem die Sozialdemokratie im Reichstage vertreten ist, befolgt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Dirksen bekämpfte

**unsere Anträge über das Interpellationsrecht des Reichstags.**

Die Art und Weise, wie jetzt Interpellationen behandelt werden, ist zweifellos geradezu ein Nonsens. Der Reichstag ist nicht in der Lage, Gegenstände, von deren Wichtigkeit er durchdrungen ist, gegen den Willen der Regierung zu verhandeln, weil die Regierung nur zu erklären braucht, sie wolle die Interpellation „in einiger Zeit" beantworten! Es ist ja ein erfreulicher Fortschritt, daß auch die Rechte an Verbesserungen auf diesem Gebiete mitarbeiten will. Wir werden ja sehen, mit was für Vorschlägen Sie kommen werden. Wir halten es für notwendig, daß der Reichstag die Möglichkeit erhält, unbekümmert um die Zustimmung der Regierung Interpellationen zu behandeln und daß sich daran Beschlüsse knüpfen können. Nur dadurch ist ein eigentliches Interpellationsrecht in vollem Maße gewährleistet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Am Schluß seiner Rede hat Herr v. Dirksen einen Appell an die Opferwilligkeit des Reichstages bei Gelegenheit der Reichsfinanzreform gerichtet. Das war wirklich der Gipfel seiner Ausführungen! Man weiß nicht, soll man sich mehr über die Naivität oder über die Dreistigkeit solcher Ausführungen von einem Vertreter der Konservativen wundern, der Partei, deren Anhänger durch die Finanzreform außerordentlich begünstigt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Während die Masse mit Hunderten von Millionen belastet wird, wird durch diese Reichsfinanzreform den Junkern wieder ein besonderer Profit zugeschanzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und für eine solche Vorlage, die die Reichen schont, aber die breiten Massen der Bevölkerung auf dem Wege indirekter Steuern zu neuen unerhörten Lasten heranzieht, verlangt Herr v. Dirksen die Opferwilligkeit der Parteien als nationale Tat! Wenn es eine nationale Tat ist, auf dem Wege indirekter Steuern die Massen immer mehr auszupowern und die Reichen immer weiter zu schonen, so überlassen wir diese „nationale Tat" den Herren von der konservativen Partei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

**Wir wollen eine Finanzreform auf der Grundlage der Schonung der breiten Massen der Bevölkerung und der Verteilung der Lasten auf diejenigen, zu deren materiellem Nutzen alle die Einrichtungen dienen, die von den Steuern bezahlt werden sollen.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ausführungen des Herrn v. Dirksen waren also geradezu eine Verhöhnung, gegen die wir protestieren müssen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) — Der springende Punkt der ganzen Sache ist leider bisher nur von uns berührt worden. Das sind die Mittel, mit denen der Reichstag seinen Willen in bezug auf konstitutionelle Garantien durchführen kann. Wenn Sie nicht gewillt sind, die Finanzreform zu verquicken mit den verfassungsrechtlichen Fragen, wenn Sie nicht entschlossen sind, die Machtmittel, welche der Reichstag besitzt, an der entscheidenden Stelle zu gebrauchen, dann verdienen die ganzen Verhandlungen, die ganzen Anträge, die Ueberweisung an die Kommission und die späteren Beratungen nichts weiter als den Namen einer Komödie, die bestimmt ist, dem Volke

**Sand in die Augen**

zu streuen und seine Aufmerksamkeit von den Fragen, um die es sich handelt, abzulenken. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Alle schönen Worte helfen nichts, wenn nicht der ernste Wille zur Benutzung der Machtmittel, die der Reichstag zur Verfügung hat, hinter den Reden steht.

**Ohne Verfassungsgarantien keine neuen Steuern, ohne Verantwortlichkeitsgesetz keine Reichsfinanzreform.**

So muß die Parole lauten! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie steht es denn, meine Herren? Die Regierung fordert die Zustimmung des Reichstages zu der Reichsfinanzreform. Der Reichstag ist in der Lage, durch sein Votum die Existenz dieser Regierung zu vernichten (Unruhe rechts), oder aber, indem er ihr entgegenkommt, ihr Fortbestehen zu ermöglichen. Diese Situation nicht im Sinne der Vermehrung der Volksrechte auszunützen, ist die schwerste Sünde, die der Reichstag am Volke begeht. Wie kann man in dieser Situation auch nur einen Augenblick zweifelhaft sein! Wo haben jemals in England die Liberalen und Konservativen einen Zweifel gehabt, Volksrechte zu erringen, wenn sie der Regierung Geld bewilligen sollten? Das Geldbewilligungsrecht des Reichstages ist seine einzige Waffe, und diese sollte er benutzen, um aus dem Scheindasein, das er führt, eine wirkliche Macht zu werden! (Lärm rechts.) Würde diese Frage dem Urteil des Volkes vorgelegt werden, würden Sie die Entscheidung des Volkes anrufen, so würden sie unter der jubelnden Zustimmung des ganzen Volkes gewählt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerlichen Parteien können gar keinen anderen Weg gehen. Nützen Sie aber die gegenwärtige Situation nicht aus, so können Sie sich nicht wundern, daß man Ihren Worten über die Schaffung von konstitutionellen Garantien keinen Glauben schenkt. Denn das weiß jeder, daß diese Garantien dem Volke nicht von der Regierung werden entgegengebracht werden. Ein persönliches Regiment, das im Bewußtsein seiner Hoheit sich gar nicht denken kann, daß es Rechenschaft abzugeben hat, ein persönliches Regiment, das durch seine Handlungen zeigt, daß ihm am Reichstage und am Volke nichts liegt, ein persönliches Regiment, das, unterstützt durch den Byzantinismus der bürgerlichen Parteien in Deutschland, wirtschaftet und das

**zum Hohn und Spott in der ganzen Welt geworden**

ist, von dem kann man nicht erwarten, daß es dem Reichstage von selbst Zugeständnisse macht. Sie sehen ja, daß die Regierung aus sich selbst heraus weder den Mut noch das Bedürfnis empfindet, ihrerseits sich als konstitutionelle Regierung zu fühlen und die Vorschläge zu machen, von welchen Sie wünschen, daß sie Gesetz werden. Wenn der Reichstag nicht aus eigener Kraft dazu schreitet, so hat er von irgendeiner anderen Stelle nichts zu erwarten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aus unseren Verhandlungen und aus dem Verlaufe der Kommissionsberatung wird das Volk die Ueberzeugung schöpfen, daß es nicht mangelnde Kraft ist, die den Reichstag verhindert, solche Gesetze herbeizuführen, sondern der böse Wille der Reichstagsmehrheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung muß dem Reichstage nachgeben. Wenn ich einen Vergleich anwenden darf, so muß ich sagen, daß ein Kaufmann, der eine solche Konjunktur vorüberlassen würde, ohne sie auszunutzen, von seinen Berufsgenossen ausgelacht und als seiner Sinne nicht mächtig angesehen würde. Noch nie ist der Reichstag in einer so günstigen Position gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Bedenken, die man dagegen erhebt sie auszunutzen, sind weiter nichts als der

**Deckmantel für den bösen Willen der Mehrheit des Reichstages.**

Die hochbedeutsame Frage, die heute der Reichstag zu entscheiden hat, ist die: ob neben dem persönlichen Regiment, neben einem allmächtigen Reichskanzler auch der Reichstag auf dem Gebiete der auswärtigen Politik einwirken soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jede Schwäche, jede Zaghaftigkeit, jede Ablehnung eines eigenen Willens ist ein Verzicht auf die Stellung, die Sie theoretisch dem Reichstage zuschreiben wollen, die Sie aber praktisch durch Ihre Unterlassung für den Reichstag unmöglich machen. Der Reichstag soll sich durch keine Befürchtungen beeinflussen lassen, sondern

**mit fester Hand zugreifen,**

und den verbündeten Regierungen erklären: **Bevor nicht die Frage der konstitutionellen Garantien im Sinne des Reichstages entschieden ist, wird auch die Finanzreform und das Budget abgelehnt.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eigentlich hätten Sie schon erklären müssen: wir verhandeln gar nicht mit der Regierung, bevor nicht die konstitutionellen Garantien gewährt sind. Schwingen Sie sich nun wenigstens dazu auf, daß die Gewährung der Finanzreform für diese Regierung abhängig wird davon, daß der Wille des Volkes erfüllt wird. Stellen Sie die Regierung vor die Wahl, ob sie mit dem Reichstage weiter arbeiten will. Das Volk wird mit Entschiedenheit auf die Seite des Reichstages treten. Tun Sie das nicht, so verzichten Sie ein für allemal darauf, von der Regierung und dem Volke ernst genommen zu werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Uns ist es bitter ernst, meine Herren, **dem Volke** ist es ebenso ernst. Ob es auch **Ihnen** ernst ist, das werden Sie zu zeigen haben! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dietrich (L):

Trotz seiner schönen Rhetorik, seiner großen Wandlungsfähigkeit und seiner umfassenden Geistesbildung hat Herr Naumann wieder bewiesen, daß er nicht der praeceptor politicus Germaniae (politische Lehrer Deutschlands) ist, der er gern sein möchte, und daß auch er trotz des Scheines der Objektivität die uns beschäftigenden wichtigen Fragen durch die Parteibrille ansieht. (Sehr richtig! rechts.) Man soll die Grenze zwischen Initiativanträgen und Interpellationen nicht verwischen. Ist es richtig, unmittelbar an die Antwort vom Regierungstisch eine vielleicht übereilte Beschlußfassung zu knüpfen? Das braucht nicht, aber das kann zu den unheilvollsten Ergebnissen führen. (Zustimmung rechts.) Ich bitte selbst die Parteien, die einer Kommissionsberatung sympathisch gegenüberstehen, wenigstens den sozialdemokratischen Antrag auf Teilnahme des Reichstages von Recht über Krieg und Frieden nicht der Ehre einer Kommissionsberatung teilhaftig werden zu lassen. (Zustimmung rechts.) Der polnische Antrag auf obligatorische Einberufung des Reichstages auf Verlangen eines Drittels der Mitglieder räumt der Minorität unbillige Machtbefugnisse ein und tastet ein von der Verfassung dem Kaiser und Bundesrat übertragenes Recht an. — Verantwortliche Reichsministerien tasten die föderative Grundlage des Reiches an und sind unvereinbar mit dem Bestehen des Bundesrats. Soll der Bundesrat einem solchen Antrag zustimmen und sein eigener Totengräber sein? (Zustimmung rechts.) Wir wünschen durchaus eine Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, schon der Autorität des Trägers der Krone halber, die wir unangetastet wissen wollen. Wir sind aber der Ueberzeugung, daß eine solche Verantwortlichkeit in völlig genügender Weise besteht (Lachen links) und daß es gar keines Spezialgesetzes bedarf.

Herr Singer irrt, wenn er meint, die große Mehrheit des deutschen Volkes sehne sich nach dem Parlamentarismus. Millionen treuer Herzen gedenken noch der großen Tage Wilhelms des Großen und Bismarcks und lassen durch vorübergehende Schatten ihr monarchisches Gefühl nicht verdunkeln. (Ironische Hurrarufe bei den Polen. Große Heiterkeit.) Wir wollen kein parlamentarisches Regime. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Kaempf** (fährt, weil er die Bravorufe für das Schlußzeichen hält, mit den Worten in die Höhe): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ricklin! (In der darüber entstehenden allgemeinen Heiterkeit gehen die letzten Sätze des Redners, der noch nicht fertig war, völlig verloren.)

Abg. Dr. Ricklin (Els.) bleibt bei der allgemeinen Heiterkeit, in die die Schlußszene der Rede des Abg. Dietrich das Haus versetzt hat, zunächst unverständlich. — Redner spricht sich für die Anträge des Zentrums, der Freisinnigen und der Polen aus.

**Hiermit schließt die Diskussion.**

**Es folgen die**

**Schlußworte.**

Das Schlußwort für die freisinnigen Anträge erhält

Abg. v. Payer (südd. Vp.): Der Abg. Singer hat unsere staatsrechtlichen Erörterungen unterbrochen mit einer kleinlichen Wahlpolemik. Auf dieses Gebiet folge ich ihm nicht. Das Schicksal der Anträge wird sein, daß sie an eine Kommission gehen werden, begleitet von mehr oder weniger warmen Segenswünschen und auf der anderen Seite von einer Reihe Vorbehalte. Herauskommen werden wohl ein Gesetzentwurf, ähnlich dem von den Freisinnigen eingebrachten, sowie einige Abänderungen unserer Geschäftsordnung. Das wäre ein Erfolg derjenigen, die für eine bessere Stellung des Parlaments und für die Verantwortlichkeit der maßgebenden Faktoren in der Reichsregierung nicht erst seit 14 Tagen eingetreten sind. Der Standpunkt der verbündeten Regierungen ist formell unanfechtbar: immerhin haben sie sich der Verpflichtung des Zuhörens nicht entzogen. Das ist doch ein Fortschritt zum Bessern. Hätten sie sich dem in den Anträgen enthaltenen Grundgedanken mit Energie widersetzen wollen, so wäre ihre Stellung wohl eine andere gewesen. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Damit erledigt sich der von konservativer Seite erhobene Einwand, es handle sich hier um einen Eingriff in völkerrechtliche Verträge. — Die Bedenken, welche die Konservativen dagegen haben, daß sich an Interpellationen Anträge schließen können, sind hinfällig; ihre Befürchtung, daß das zu einer parlamentarischen Regierung führen würde, ist leider nicht wahr. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hand des Reichstages zu legen, wird bei den Freisinnigen verschieden beurteilt; für die deutsche Volkspartei ist diese Forderung ein Programmsatz, der von seiner Bedeutung noch nichts verloren hat. Aussichtsreicher scheint uns der Antrag der Polen, dem Reichstag zu erlauben, selbst seine Einberufung zu verlangen.

Bei der Frage der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers laufen sehr viele Begriffe durcheinander. Sehr schwierig ist es, die Grenze zwischen der staatsrechtlichen und der politischen Verantwortlichkeit zu ziehen. Darum kann gar nichts Besseres geschehen, als eine Kommission zur Vorberatung einzusetzen. Der konservative Redner hat dem zwar widersprochen, der freikonservative Redner stimmte der Kommissionsberatung zwar zu, aber er beleuchtete die Anträge doch in einer Weise, daß ich sagen muß: Der liebe Gott möge das Kind von der Mitwirkung dieses Paten beschützen. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.)

Der Redner polemisiert nun in längeren Ausführungen gegen die gestrige Rede des Abg. v. Dirksen: ... Wie gerade Herr v. Dirksen dazu kommt, von dem Nutzen der Einmütigkeit des Reichstags zu reden, ist mir unfaßlich. Ist er doch der Vertreter der Partei, die sich jetzt ausschließt, wo der ganze übrige Reichstag einmütig ist. (Sehr gut! links.) Die Reichsfinanzreform ist für uns nicht eine so eminent nationale Frage, wie Herr v. Dirksen und Herr Junck es darstellten, daß wir sie aus dem ganzen Zusammen-

hang der politischen Fragen herausoperieren können. Wir halten die Sicherung der Rechte des Reichstags für nicht minder wichtig für das deutsche Volk als die Wiederherstellung der Ordnung in unseren Finanzen. (Sehr wahr! links.) Wenn wir für diese Sicherung eintreten, sind wir nicht die Schiebenden, sondern die von der öffentlichen Meinung Geschobenen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Dr. Dziembowski-Pomian (Pole) verwahrt sich gegen die Unterstellung, als sei der Antrag der Polen, der Reichstag müsse einberufen werden, wenn ein Drittel seiner Mitglieder es verlangt, in nationalpolnischem Interesse gestellt.

Abg. Heine (Soz.):

Von den Anträgen, die meine Fraktionsgenossen gestellt haben, erscheint auch mir der wichtigste der auf Veränderung der Geschäftsordnung, weil er im Gebiete unserer Autonomie liegt, so daß wir ihn am schnellsten verwirklichen können. Darum möchte ich auch dringend bitten, dem Antrage Singer Folge zu geben und diese Anträge an die doch nun einmal bestehende Geschäftsordnungskommission zu verweisen. Es sind Anträge von so geringem Umfange, und es handelt sich dabei um Dinge, über die sich die Parteien in diesen Tagen fast durchweg übereinstimmend ausgesprochen haben, daß, wenn wir wollen, wir in acht Tagen diese Veränderung der Geschäftsordnung haben können. Die Herren von der Mehrheit erinnern sich ja wohl eines Falles, wo die Geschäftsordnung in einigen Stunden geändert wurde (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), damals in schädlicher Weise, warum soll sie also nicht auch einmal in guter Weise in kurzer Zeit geändert werden? Es wäre doch für den Reichstag recht blamabel, wenn sich in einigen Monaten, vielleicht auch Jahren — denn solange arbeiten ja die Kommissionen manchmal — (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) etwas ereignen sollte, was zu ähnlichen Diskussionen führt wie der neulichen, und wenn es dann heißen sollte: Teufel ja! wir sind ja mit unserer Aenderung der Geschäftsordnung noch immer nicht fertig! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daher scheint es mir besser, jetzt schnell zuzugreifen.

Der Antrag der Polen wird wohl am wenigsten Schwierigkeiten machen, denn für ihn scheint ja eine überwältigende Mehrheit vorhanden zu sein. Die Schwierigkeiten dürften allerdings beim Bundesrat beginnen, denn ich weiß ja, wie bequem es den verbündeten Regierungen ist, daß wir in gewissen Zeiten nicht zusammen sind. Wir stimmen natürlich für diesen Antrag.

Unser Antrag, der dem Reichstag das Recht verleihen will, einer Kriegserklärung seine Zustimmung zu geben, ist auf großen Widerstand gestoßen. Man hat getan, als ob das ein vollständiger Umsturz des ganzen Reiches wäre. Heute hat doch aber schon der Bundesrat das Recht, seine Zustimmung zu einer Kriegserklärung zu geben. Ist es da etwas so Ungeheuerliches, daß auch der Reichstag seine Zustimmung geben soll? Ist es nicht eigentlich selbstverständlich? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Da ja der Reichstag doch am Tage nach der Kriegserklärung angerufen wird, die Mittel zur Kriegsführung zu bewilligen, warum soll er da nicht vorher gehört werden, ob er überhaupt die Absicht hat, sich auf die Sache einzulassen. Für einen Defensivkrieg kommt ja unser Antrag gar nicht in Betracht, denn wenn das Reich angegriffen ist, bedarf es keiner Kriegserklärung mehr, dann ist der Krieg da.

Die anderen Anträge, die wir gestellt haben, welche die Bestimmungen über

**Ministerverantwortlichkeit und Ministeranklagen**

enthalten, haben eine sehr wechselnde und verschiedene Art der Behandlung von den Parteien erfahren. Herr Dr. Junck hat uns vorgeworfen, wir hätten gewissermaßen aus dem Handgelenk einen Antrag hingeworfen, während Herr v. Dirksen uns vorgeworfen hat, es wären eigentlich „olle Kamellen". Wenn diejenigen, die so über den Antrag geredet haben, die behauptet haben, er wäre so etwas wie aus dem Handgelenk hergeworfen, die staatsrechtliche Materie und die Verfassung der Bundesstaaten und anderer Staaten kennen würden, so würden sie schon gemerkt haben, daß das nicht eine aus dem Handgelenk hingeschleuderte Arbeit ist, sondern daß sie auf eingehenden gründlichen Vorarbeiten beruht und daß nichts darin ist, was nicht schon erprobt ist und gesetzgeberische Vorgänger hat. Aber es ist sehr leicht, etwas durch ein paar Witze lächerlich zu machen, wovon man selbst anscheinend nichts versteht. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen und rechts.) Die Herren Dr. Junck und v. Dirksen haben gegen die sozialdemokratischen Anträge unter allerhand Verbeugungen gegen ihre freisinnigen Blockbrüder polemisiert. Wer die Anträge kannte, wußte, daß die Polemik, die Herr v. Dirksen scheinbar gegen uns richtete, in Wahrheit nach der Formel eingerichtet war: Den Sack schlägt man und den (zu den Freisinnigen) entschuldigen Sie, meine Herren! (Schallende Heiterkeit.) Ich habe mir eine Zusammenstellung der beiden Anträge gemacht, sie steht jedem der Herren zur Verfügung. Aus derselben werden Sie ersehen, daß die freisinnigen Anträge im Grunde nichts anderes sind als eine Paraphrase unseres schon vor zehn Jahren gestellten Antrages. Ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf, meiner Ansicht nach ist unser Antrag so vorzüglich, daß, wenn man etwas Gutes machen wollte, man gar nicht anders verfahren konnte, als ihn zu übernehmen. In der Tat sind die Aenderungen, welche von den Freisinnigen vorgenommen sind, durchaus geringfügig. Die Polemik von Dr. Junck und von Herrn v. Dirksen hat sich also in Wahrheit gegen ihre freisinnigen Brüder vom Block gerichtet, wenn auch in rücksichtsvoller Form. Uns tangiert sie nicht, und die Herren mögen sich mit ihr abfinden. Herr Naumann hat ja auch gegen uns polemisiert. Aber indem er das scheinbar getan hat, hat er im Grunde alles gut geheißen, was wir beantragt haben. Er konnte auch nicht anders, denn er mußte sich an die Anträge seiner Fraktion halten.

Wenn ich nun auf die Anträge selbst eingehe, so ist der Antrag auf Schaffung einer

**Verantwortlichkeit des Kanzlers dem Reichstag gegenüber**

der wichtigste. In Wahrheit hat ja der Reichstag in diesen Jahren den Kanzler wiederholt verantwortlich gemacht, auch für Handlungen, die er nicht gegengezeichnet hat. Der Kanzler hat sich auch dieser Verantwortung nicht immer entzogen, aber das Wesentlichste ist, daß konstatiert wird: die Verantwortlichkeit des Kanzlers dem Reichstage gegenüber besteht, und sie bezieht sich auf alle politischen Handlungen. In unserem Antrage steht: sie erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. In dem freisinnigen Antrage steht: sie erstreckt sich auf alle Handlungen des Kaisers, welche die innere und äußere Politik zu beeinflussen imstande sind. Das ist genau dasselbe, bloß daß in dem freisinnigen Antrage das Wort „Unterlassungen" fehlt. Unser Antrag hat nur den Vorzug der größeren Deutlichkeit. Es wäre vom Reichskanzler eine Pflicht der Ehrlichkeit, geschrieben und gedruckt zuzugestehen, was er angeblich so gern mündlich zugesteht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei Prozessen hört man häufig, daß Leute, die eine Vereinbarung getroffen haben und die es nachher schriftlich geben sollen, sagen: Ich bin ein Ehrenmann, ich gebe nichts Schriftliches. Nach unserer Meinung kann auch ein Ehrenmann etwas schriftlich geben, ohne sich dabei etwas zu vergeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weigert er sich aber, sich schriftlich zu verpflichten, dann besteht der Verdacht, daß er sich dieser Verpflichtung, wenn auch nicht heute, so doch im kritischen Fall einmal entziehen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die liberale Presse hat in diesen Wochen vielfach gefordert, das Haus möge beantragen, daß der Kanzler erst ernannt werden dürfe, wenn der Reichstag gehört ist. Der Abg. v. Payer hat gesagt, so weit wolle er nicht gehen, daß die parlamentarische Mehrheit wie in England das Recht hätte, die Minister zu ernennen. In England faßt man die Sache aber anders auf. Da sieht man es als eine Pflicht, eine oft recht unangenehme Pflicht der Mehrheit an, die Regierung zu übernehmen. Ich wünschte, daß das bei uns auch so wäre, daß es als eine Verpflichtung der Mehrheitsgruppen auch vor dem Lande angesehen würde, durch Besetzung der Ministerien die Verantwortung für die gesamte Politik zu übernehmen. (Zuruf bei den Freisinnigen: Dann müssen es die Sozialdemokraten auch! Abg. Ledebour: Wir sind die Mehrheit nicht!) Mir fällt nicht ein zu glauben, daß das parlamentarische Regiment auf einmal eine starke freiheitliche Regierung zur Folge haben wird. Ich weiß genau, daß die erste parlamentarische Mehrheit, die wir bekommen würden, eine konservativ-klerikale sein würde. Alles ist bei uns auf eine solche Mehrheit zugeschnitten. Ich gebe mich auch gar keiner Täuschung darüber hin, daß der konservativ-klerikalen Politik von heute durch die Bureaukratie und zum Teil auch durch die Dynastie gewisse Hemmungen bereitet werden und daß, wenn diese beseitigt würden, die konservativ-klerikale Mehrheit ganz andere Auswüchse zur Folge haben würde. Das nehme ich gern mit in den Kauf, wenn nur die Herren die Verantwortung vor dem Volke trügen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn das wäre der Anfang zur Besserung. Heute üben sie den Einfluß auch aus, aber auf Umwegen, und das Volk wälzt alle Verantwortung deshalb auf den Kaiser, auf die verbündeten Regierungen, auf den Reichskanzler, auf die Beamtenschaft. Uns wäre es viel lieber, wenn Sie die Verantwortung vor dem Volke trügen, das Sie später bei den Wahlen zur Verantwortung ziehen könnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das sind die Wege, auf denen wir allein zu einer Besserung unserer Verhältnisse kommen könnten. Nun zweifle ich nicht, daß heute die Voraussetzungen für eine Ernennung des Kanzlers aus der Mehrheit oder durch die Mehrheit des Parlaments fehlen, aber solche Dinge kommen überhaupt nicht von heute auf morgen, sondern allmählich. In England steht es auch nirgends gedruckt, aber es ist parlamentarische Uebung, die sich in Jahrhunderten herausgebildet hat. Den Weg, der allein dazu führen würde, parlamentarische Mehrheiten zu bilden, an denen es uns ja heute eigentlich fehlt, haben wir in unserem so entsetzlich angefeindeten Antrag gezeigt, wonach der Reichskanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag es fordert. Wir haben mit vollem Bewußtsein nicht den utopistischen Vorschlag gemacht, die Mehrheit des Reichstages solle den Kanzler vorschlagen, sondern diesen negativen Weg, diese Möglichkeit, die Entlassung des Kanzlers zu erzwingen. Das wäre der richtige Weg, um in Deutschland erst parlamentarische Verhältnisse zu schaffen. Ich beziehe mich da auf ein Zitat des Herrn v. Dirksen, das infolge seiner undeutlichen Sprechweise gestern nicht die genügende Beachtung gefunden hat, die es in Rücksicht auf seinen Urheber und seinen Inhalt verdient. Bismarck hat am 18. März 1877 gesagt:

> „In der Politik besteht, meinem Gefühl nach, die Verantwortlichkeit wesentlich darin, ob jemand ... nach dem Urteil seiner Mitbürger und in erster Linie der Vertretung derselben die Geschäfte so geführt hat, wie man von einem zu dem Ministeramt hinreichend ausgestatteten und wählbaren Mann überhaupt verlangen kann, oder ob er sie leichtsinnig, ungerecht, parteileidenschaftlich geführt hat. Kurz, es wird darin seinen Abschluß finden ... daß ein Minister auf den erkennbaren Wunsch der Mehrheit der Volksvertretung ... zurücktritt ..."

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie Bismarck das gemeint hat, ob er dabei nicht immer nur an die anderen Minister gedacht hat (Heiterkeit), lasse ich dahingestellt. Auch große und kluge Männer haben die Weisheit meistens nur für andere, selten auch für sich, und wir wissen ja aus der Geschichte, daß Bismarck sich Mehrheitsbeschlüssen des Reichstages gegenüber nicht zurückgezogen hat. Aber wir haben jedenfalls keinen Bismarck, und die Einsicht hat Bismarck gehabt, daß unter normalen konstitutionellen Verhältnissen der Minister vom Platze verschwinden muß, wenn es die Mehrheit der Volksvertretung verlangt. Dazu wollen wir ja mit unserem Antrage den Weg ebnen. Wozu also die fürchterliche Entrüstung über diesen Antrag, wenn Ihr hochverehrter Fürst Bismarck das selbst gesagt hat? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abg. Ledebour: Herr v. Dirksen hat das eben nicht gemerkt! Schallende Heiterkeit.) Herr v. Dirksen hat es als eine besondere Gefahr hingestellt, daß wir eines Tages überhaupt keinen Reichskanzler mehr haben könnten. Aber was ist denn heute, wenn der Reichskanzler stirbt oder seinen Abschied nimmt? Auch dann muß doch erst ein Nachfolger ernannt werden, und inzwischen führt ein Stellvertreter die Geschäfte. Mit dem Bilde der „kanzlerlosen, der schrecklichen Zeit" können Sie uns also nicht schrecken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben ferner Vorschläge für

**die Ministeranklage**

gemacht. Ich gebe ohne weiteres zu, daß gegenüber der Schaffung einer wirklichen Verantwortung die Anträge auf Ministeranklage verhältnismäßig unwichtig sind. Bismarck hat in derselben Rede, die Herr v. Dirksen zitiert hat, gesagt, die gerichtliche Ministerverantwortlichkeit werde gewiß sehr selten in Anspruch genommen werden. Das beste Ministerverantwortlichkeitsgesetz ist offenbar dasjenige, das durch seine bloße Existenz die Fälle der Ministeranklage möglichst ausschließt und sie gar nicht erst entstehen läßt. Aber trotzdem ist es ein unwürdiger Zustand, wenn seit 50 Jahren in Preußen die Erfordernisse der Ministeranklage in der Verfassung festgelegt sind und man keinen Weg weiß, wie man die Anklage erheben soll. Darum eben wollen wir jetzt solche Formen schaffen. Ich will nicht auf alle Einzelheiten unseres Entwurfs eingehen, aber einige Gesichtspunkte muß ich doch hervorheben. Zunächst: wann soll die Ministeranklage eintreten? Auch hier hat man auf uns losgepaukt, obwohl wir im Grunde genau dasselbe wie die Freisinnigen verlangt haben. Wir verlangen die Ministeranklage, wenn der Reichskanzler vorsätzlich oder fahrlässig das Wohl des Reiches geschädigt hat. Die Freisinnigen verlangen sie, wenn er gefährdet hat nicht das Wohl, sondern die Wohlfahrt des Reiches. Das ist der ganze Unterschied, der Herrn Junck veranlaßt hat, auf uns loszupauken, als wären wir dumme Jungen, aber seine freisinnigen Blockbrüder zu schonen und zu erklären, ihre Arbeit sei eine viel wertvollere Grundlage für die Beratungen! (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Organisation des Staatsgerichtshofes hängt davon ab, welche Aufgaben man ihm beimißt. Den Gedanken eines früheren Antrages der Zentrumspartei, dem Staatsgerichtshof, wie es die Verfassung von 1848 gedacht hat, auch die Entscheidung staatsrechtlicher Fragen zwischen den Bundesstaaten zu übertragen, halte ich nicht für glücklich. Das sind rein juristische Streitfragen, wie etwa der Erbfolgestreit in Lippe, und dafür ist das Reichsgericht die geeignete Instanz. Diese Fragen kann man nicht zusammenwerfen mit den wesentlich politischen Fragen, die der Ministeranklage zugrunde liegen und über die der Staatsgerichtshof zu Gericht sitzen würde. Einen Minister, den die Mehrheit des Parlaments angeklagt haben würde, die Wohlfahrt des Reiches verletzt zu haben, abzuurteilen, ist eine wesentlich politische Aufgabe. Das soll nicht heißen, daß aus parteipolitischer Gehässigkeit heraus geurteilt werden soll, aber diesem Staatsgerichtshof schiebt man nicht eine juristische, sondern eine politische Aktion zu. Es ist auch unbedingt notwendig, dem Gerichtshof die Frage zur Entscheidung zu übertragen, ob der Kanzler zweckmäßig gehandelt hat; denn wenn er das Wohl — oder wie die Freisinnigen sagen —: die Wohlfahrt des Reiches geschädigt hat, so hat er eben unzweckmäßig gehandelt und mag er auch optima fide (im besten Glauben) gehandelt haben, so muß er doch zur Verantwortung gezogen werden, wenn er fahrlässig gehandelt hat. Man sollte sich den Staatsgerichtshof also als eine politische Einrichtung denken, daraus folgt dann, daß die Mitglieder des Staatsgerichtshofes ernannt oder wenn Sie wollen gewählt werden von dem Parlament, nicht in dem Sinne, daß das Parlament die Richter für den Fall ernennt, wo es die Minister anklagt, sondern nach unserem Vorschlage bei Beginn der Legislaturperiode auf die Dauer derselben. Es ist nichts Ungeheuerliches, daß das Parlament die Mitglieder eines solchen Gerichtshofes ernennt. In Sachsen und in Oldenburg haben die Parlamente wenigstens dabei mitzuwirken. Nun haben die Herren Freisinnigen beantragt, auch dem Bundesrat eine derartige Mitwirkung zu übertragen. Das ist aber unvereinbar mit den Ausführungen, die Herr v. Payer über die staatsrechtliche Stellung des Bundesrats gesagt hat. Er sagte: der Bundesrat ist in Wahrheit der Träger der Reichsregierung. In diesem Sinne ist aber der Reichskanzler mit dem Bundesrat eins, und deshalb ist es nicht richtig, daß er bei der Ernennung dieses Staatsgerichtshofes mitwirkt.

Interessant ist ferner die Frage der Qualifikation zum Richter an diesem Gerichtshof. Hier hat Herr Dr. Junck auch geglaubt einen sehr guten Witz zu machen, indem er uns höhnisch zurief: „Sie wollen ja, daß die Staatsrichter doch wenigstens die Befähigung zum Schöffen haben sollen!" und großes Gelächter im Hause war die Folge. Das Gelächter wäre noch viel größer gewesen, wenn Sie gewußt hätten, daß Herrn Dr. Junck hier eine Verwechselung unterlaufen ist. In unserem Antrage steht nämlich kein Wort von den Schöffen, sondern in dem Antrage seiner freisinnigen Blockbrüder! (Schallende Heiterkeit.) Allerdings sind die Anträge so ähnlich, daß ich ihm die Verwechselung nicht übelnehme. In diesem Punkte sind wir unschuldig, und wenn er uns hier als dumme Jungen hinstellen wollte, so richtete sich diese Liebenswürdigkeit an die Adresse seiner Blockbrüder. (Erneute Heiterkeit.) Wir haben auf nähere Bestimmungen für die Qualifikation der Richter verzichtet, weil wir uns sagen, daß ein Reichstag nicht den ersten besten dazu ernennen wird, sondern es ihm überlassen bleiben muß, die geeigneten Leute auszusuchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben gestern und heute wieder höchst pathetische Reden gehört, die sich gegen den Gedanken der Ministerverantwortlichkeit und der parlamentarischen Mitwirkung bei der Regierung richten. Herr v. Dirksen hat gesagt: das Kaisertum steht uns am höchsten, daran werden wir festhalten unter allen Umständen. Wir haben ja vor vierzehn Tagen gehört, was diese Bedeutung der höchsten Stellung des Kaisertums für eine Wirkung hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nicht wir waren es, sondern ganz andere Leute, die an die Brust geschlagen haben und sagten: Das Volk ist selber schuld, daß das Kaisertum eine solche Meinung von seiner Stellung hat. Sind das die Anfänge, um Mißbräuche der kaiserlichen Gewalt zu verhindern, daß Sie sagen, die kaiserliche Gewalt muß unantastbar sein? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Heydebrand hat vor 14 Tagen sehr entschieden die Forderung ausgesprochen, daß die kaiserliche Gewalt nicht in den Himmel wachse, jetzt aber haben die Herren da drüben schon wieder alles vergessen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter wurde uns gesagt, das deutsche Volk wolle gar keine parlamentarische Regierung. Das Volk will vor allen Dingen, daß solche Dinge, wie sie hier vor 14 Tagen besprochen wurden, nicht wieder vorkommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es will Garantien dagegen, und diese können nur parlamentarische und konstitutionelle sein. Herr Dr. Junck machte uns Vorhaltungen, daß unser Versuch, derartige Garantien zu schaffen, uns als Stützen der Monarchie charakterisiere. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Na, darin liegt zunächst einmal das Zugeständnis, daß diejenigen, die von parlamentarischen und konstitutionellen Garantien nichts wissen wollen, die unbeirrt so weiter arbeiten wollen wie bisher, den Monarchismus untergraben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen sollte Dr. Junck sich nicht den Kopf über die Prinzipien anderer Leute zerbrechen. Wir lassen uns jede Kritik unserer Handlungen gefallen, denn dafür sind wir verantwortlich. Aber über unsere Prinzipien urteilen wir selber. Das sind Gewissensfragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Singer hat schon ausgeführt, daß uns die Erweiterung der heutigen Verfassung, die Schaffung neuer Rechte des Volkes gegenüber der Krone das wichtigste ist. Wenn die Krone dadurch auch vor sich selber gegenüber gewissen Einflüssen geschützt wird, so ist das für uns Nebensache, denn wir treiben die Politik von heute und nicht die von übermorgen. Denselben Rat, sich nicht um die Theorien anderer Leute Sorgen zu machen, kann ich auch Herrn Naumann geben. Er fragte, wie wir unsere Stellung zur Finanzreform mit unserer Budgetverweigerung vereinigen wollen. Wir sind die Opposition, und als oppositionelle Partei haben wir nicht die Finanzreform zu machen, haben wir nicht die Verantwortung für den Staat und die Regierung. Das ist in allen Ländern Sache der Herrschenden! (Sehr richtig!)

Wenn er an uns die Frage stellen wollte, was wir tun wollen, wenn wir einmal zur Herrschaft kommen würden, so würde ich ihm ebenfalls sagen: wir reden nicht über die Politik von übermorgen, sondern über die Politik von heute. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das, was auf unserem Parteitage zur Budgetfrage gesagt und beschlossen ist, bezieht sich allein auf die Stellung der Sozialdemokratie als die in der Opposition stehende, von der Teilnahme an der Regierung durch die Verhältnisse ausgeschlossene Partei (Zuruf bei den Freisinnigen). Glauben Sie das nicht, dann lesen Sie die Rede meines Parteigenossen Bebel, und Sie werden finden, daß er seine Ausführungen durchweg damit motiviert, daß wir die Unterdrückten, die Geknechteten, die Partei sind, die sich in der prinzipiellen Opposition befindet. Aber nun weiter. Unter demselben Gesichtspunkt, daß wir die Opposition sind, die Freisinnigen aber ein Teil der Mehrheit, ist auch die andere Frage zu beurteilen, was jede andere Partei, die sich zur Mehrheit rechnet, tun muß, um ihre Anträge durchzusetzen. Wir als Oppositionspartei haben nichts weiter zu tun als unsere Anträge zu stellen und Ihnen Gelegenheit zu geben, sie zu diskutieren. Leider können wir ja gar nichts dazu tun, sie zur Annahme zu bringen, da wir in der Minderheit sind. Aber Sie sind die Mehrheitsparteien. Sie sind der regierende Block, und darum dürfen wir Sie oder jeden Teil von Ihnen fragen, wie Sie sich denn den Gang der Dinge dieser ganzen Aktion denken. Darum ist der Vorwurf auch sehr berechtigt, den nicht nur wir Sozialdemokraten erhoben haben, sondern der schon im voraus von einem erheblichen Teile der freisinnigen Presse und, wenn ich mich nicht irre, auch vom Blatte des Herrn Abg. Naumann und ihm selbst erhoben worden ist, gegen diejenigen, die nicht bereit sind, die Finanzlage der Regierung zu benutzen, um in dieser Verfassungsfrage einen Erfolg zu erzielen. Herr v. Payer hat sich ja anscheinend heute für eine solche „Taktik der Erpressung", wie man es genannt hat, erklärt. Damit bin ich sehr einverstanden, aber ich kann Herrn v. Payer nur den Rat geben: wenn Sie das wollen, dann bitte schleunigst, denn es ist die höchste Zeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie den Weg gehen wollen, dann soll aller Hader über diese Fragen zwischen uns aufhören, dann sind wir ganz Ihrer Ansicht. Wenn Sie aber den Weg nicht gehen wollen, dann ist von den ganzen schönen Anträgen und den ganzen Beratungen auch nicht das geringste zu erwarten.

Der Bundesrat wird der Machterweiterung des Reichstages natürlich Widerstand entgegensetzen. Der Reichskanzler hat ja schon die Formel gefunden: er kann nur nachgeben, wenn die gesamten Parteien des Blocks dafür sind, und da wir wissen, daß sie nicht dafür sind, ist es schon eine Form der Ablehnung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber ich bin trotzdem in dieser Sache durchaus nicht hoffnungslos. Wenn die Herren, die es jetzt in der Hand hätten, Zugeständnisse von der Regierung zu erzwingen, das nicht tun, dann ist damit zwar der Moment verpaßt, die Sache selber aber durchaus nicht erledigt. Denn

**dann sprechen die Leute außerhalb dieses Hauses**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die dringend verlangen, daß hier etwas geschehen soll. Und wenn sie auch erst in zwei, drei Jahren bei den nächsten Wahlen sprechen, so schnell — dafür werden wir sorgen — wird die Sache nicht vergessen werden. Und dann haben die Leute außerhalb des Hauses die Möglichkeit, Ihnen die Quittung für Ihre Unmätigkeit in dieser Beziehung zu erteilen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen: parlamentarische Rechte werden nicht in einem Sturm genommen, dazu gehören viele Angriffe. Selbst wenn der Bundesrat die Anträge ablehnen sollte, dann werden neue Anläufe gemacht werden. Je einmütiger und entschiedener heute der Reichstag seinen Willen zu erkennen gibt, daß parlamentarische Garantien geschaffen werden müssen, desto wichtiger sind diese Ver-

handlungen als Vorarbeiten für künftige Anstürme. Die Einmütigkeit ist vorhanden von hierhin bis dorthin. (Der Redner zeigt auf die Bänke der Sozialdemokraten, der Freisinnigen, der Nationalliberalen und des Zentrums.) Darüber hinaus allerdings nicht. (Heiterkeit rechts.) Das mögen die verbündeten Regierungen sich sagen, und das mögen auch wir uns sagen. Ich habe übrigens eben zuviel gesagt, ich muß die Nationalliberalen ja ausnehmen!

Bei der Rede des Abgeordneten v. Dirksen dachte ich an das Wort aus dem „Tasso":

Du sprichst vergebens viel um zu versagen,
Der andre hört von allem nur das Nein.

(Zuruf: „Iphigenie!") Ich habe die Angewohnheit, auch wie andere Leute falsch zu zitieren. (Heiterkeit.) Immerhin hat Herr v. Dirksen manche Aeußerung getan, auf die man sich später wird berufen können. Nun sagt man: Papierne Vorschriften hätten eigentlich gar keinen Wert, auf die wirkliche Macht des Parlaments kommt es an. Das ist vollständig meine Meinung. Auch ich glaube, daß zunächst die Beschlüsse des Reichstages im wesentlichen nur eine erzieherische Bedeutung haben. Erzieherisch auf die Regierung und erzieherisch auf die Parteien. In England ist das alles auf dem Wege der politischen Praxis geregelt worden. Wir haben sie eben nicht, und weil in den verschiedenen Ländern die Verhältnisse verschieden liegen, dürfen wir uns nicht sklavisch an das Vorbild Englands binden. Wir haben andere politische Traditionen, und es bleibt uns deshalb nichts anderes übrig, als solche Dinge, wenn sie in die Praxis übergehen sollen, vorher ins Gesetz zu schreiben. Nun hat man uns ein großes Lied darüber gesungen, daß es traurig wäre, wenn hier papierene Bestimmungen der Krone oder den verbündeten Fürsten gegenüber als Schutzwehr in Anspruch genommen werden sollen. Diese Ausführungen und vor allem die Rede des Abg. Dietrich haben mich in bedenklicher Weise an das Wort aus den vierziger Jahren erinnert: Ich will nicht, daß sich ein Blatt zwischen mich und mein Volk dränge. Sie wissen doch, was das Ende dieser unwahren politischen Sentimentalität gewesen ist. Damit sollte man uns jetzt nach 70 Jahren nicht noch einmal kommen. (Sehr wahr! links.)

Dann hat man uns wieder mit Angriffen regaliert wegen unseres mangelnden vaterländischen Empfindens. Auch hier war der Redner der Abg. Dr. Dietrich. Mit ein paar Worten über diese Frage will ich meine Ausführungen schließen: Für uns fällt das Vaterland zusammen mit dem Volke! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Herrscher wechseln, ja, Sie wissen, sogar die Dynastien wechseln durch Heirat, durch Erbschaft usw. Aber was bleibt im im Leben der Nation, das ist das Volk im weitesten Sinne. Da liegt der Schwerpunkt des Vaterlandes, und was wir beantragen, soll ja nicht uns als Partei dienen, das ist nicht Parteisache, wie schon mein Parteigenosse Singer vorhin betont hat, sondern Sache des ganzen Volkes. Es soll das Deutsche Reich nach innen befestigen und wahres politisches Leben erwecken, nicht nur hier im Parlament, sondern auch draußen im Volke selber. Und da meinen wir: Wer dem Volke am besten dient, dient dem Vaterlande am besten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.)

wendet sich in seinem Schlußwort kurz gegen Dr. Junck und v. Dirksen. Schon am 10. und 11. November habe das Zentrum unzweideutig erklärt, daß es konstitutionelle Garantien fordere. Die Institution der Ministerverantwortlichkeit solle sich natürlich nicht gegen den jetzigen Reichskanzler richten, sondern eine dauernde Einrichtung sein. Das Zentrum habe sich mit einer Resolution statt eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes begnügt, um nicht durch das Scheitern einer Vorlage den Reichstag zu blamieren. (Sehr gut! im Zentrum. Unruhe.) Dann hätte in Zukunft der Bundesrat sich immer auf die Unfähigkeit des Reichstages berufen, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz zu schaffen.

Nachdem Herr Dr. Junck fortgesetzt gegen die Einzelheiten des freisinnigen Entwurfes, trotz angeblicher prinzipieller Billigung, geredet habe, sei wenig Hoffnung auf das Zustandekommen eines Verantwortlichkeitsgesetzes im Reichstage vorhanden. (Bewegung.) Dadurch rechtfertige sich die Haltung des Zentrums. Wenn Herr Naumann die Konsequenz seiner Ausführungen ziehen wollte, müßte er der Präsidialgewalt das Recht zur Reichstagsauflösung entziehen. — Redner polemisiert sodann gegen den Abgeordneten v. Payer: Was dieser von der Möglichkeit eines Koalitionsministeriums von Zentrum und Sozialdemokratie gesagt habe, sei wohl nur als schlechter Scherz aufzufassen. Die tiefe Verschiedenheit der religiösen Auffassung treme auf immer Zentrum und Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Die Auseinandersetzung zwischen Naumann und Singer erinnere an die Szene im englischen Parlament, als Burke und Fox sich die Freundschaft aufsagten. (Große Heiterkeit.) Was ihn, Redner, betreffe, so glaube er seine Pflicht gegen seine Wähler zu verletzen, wenn er irgend eine Ueberzeugung darum nicht zum Ausdruck bringe, weil sie auch von Sozialdemokraten geteilt werde. (Lebhafte wiederholte Zustimmung im Zentrum.)

Damit sind die Schlußworte erledigt.

Es folgen

**persönliche Bemerkungen.**

Abg. Dr. Junck (natl.): Herr Heine war so liebenswürdig, sich mit mir zu beschäftigen und mir vorzuwerfen, ich hätte zu Unrecht davon gesprochen, daß in dem Gesetzentwurf Albrecht von der Qualifikation zum Schöffen die Rede ist. In dem Entwurf heißt es: Von der Berufung zum Staatsgerichtshof sind die in den §§ 32, 33, 34 des Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Personen ausgeschlossen — und das sind die zum Amte eines Schöffen Unfähigen!

Abg. Heine (Soz.): Herrn Junck möchte ich erwidern in Umkehrung eines Wortes aus der „Antigone": „Nicht zum Mitlieben, zum Mithassen bin ich da." Ich habe ihn bekämpft und nicht ihm zu Liebe Erklärungen abgegeben. Im übrigen habe ich gesagt, daß in dem freisinnigen Antrag das Wort „Schöffe" vorkommt und daß dort die Qualifikation zum Schöffen ausdrücklich zur positiven Forderung erhoben wird für die Mitglieder des Staatsgerichtshofs. Herr Dr. Junck hat auch jetzt wieder nicht gesagt, daß dies nicht so ist und hat nicht widerlegt, was ich ausgeführt habe über seine Polemik gegen uns, die eigentlich den Freisinnigen hätte gelten müssen. Es ist ein Unterschied, ob etwas als positives Erfordernis, oder ob das Fehlen des Erfordernisses als Ausschließungsgrund aufgeführt ist. Dafür sollte, meine ich, gerade ein Jurist, wie Herr Junck, ein Gefühl haben. (Heiterkeit.)

Der Antrag Singer, die Anträge auf Aenderung der Geschäftsordnung der Geschäftsordnungskommission zu überweisen, die Anträge auf Aenderung der Verfassung einer besonderen Kommission, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt; sämtliche Anträge werden an die auf 28 Mitglieder verstärkte Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Präsident Graf Stolberg schlägt vor, die nächste Sitzung am Sonnabend 11 Uhr abzuhalten und die Etatsberatung auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Giesberts (Z.): Statt der Etatberatung beantrage ich, am Sonnabend die Fortsetzung der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle auf die Tagesordnung zu setzen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Morgen!) Auch damit bin ich einverstanden. Schon im Frühjahr ist mit der Regierung vereinbart, die Teile der Novelle, die mit der Berner Konvention im Einklang stehen, bis zum 1. Januar zu erledigen. Deshalb ist die Kommission auch schon 14 Tage vor dem Plenum des Reichstags zusammengetreten. Durch die Presse ist gestern die Nachricht gegangen, daß eine Deputation der Arbeitgeberverbände den Präsidenten ersucht hat, die Erledigung der Gewerbeordnungsnovelle unter allen Umständen bis über den 1. Januar hinauszuziehen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich auch überzeugt bin, daß der Herr Präsident sich nicht beeinflussen läßt, so liegt doch in dieser Agitation eine große Gefahr. Die Beschlüsse der Kommission sind auf Grund von Anträgen gefaßt, die seit dreiviertel Jahren bekannt sind. Seit einem halben Jahre liegen alle Wünsche der Industriellen in einer Flut von Petitionen uns vor. Es würde der Würde des Reichstages entsprechen, die Gewerbeordnungsnovelle noch vor Weihnachten zu erledigen.

Abg. Bassermann (natl.): Zur Weiterberatung der Gewerbeordnungsnovelle schlage ich vor, morgen um 2 Uhr eine Sitzung abzuhalten.

Abg. Singer (Soz.): Ich wollte ebenfalls vorschlagen, morgen eine Sitzung abzuhalten. Morgen die Sitzung ausfallen zu lassen, ist überhaupt nicht zweckmäßig, da Dienstag sitzungsfrei sein wird (katholischer Feiertag). Ich stimme dem Kollegen Bassermann bei, möchte aber für mich und meine Freunde noch erklären, daß wir Wert darauf legen, daß die Gewerbeordnungsnovelle auch in dritter Lesung noch vor Weihnachten erledigt wird. Wir werden den Antrag stellen, die Etatsberatung zu diesem Zweck zu unterbrechen. Auch wenn es nötig wäre, daß der Reichstag einen Tag länger zusammenbleibt, muß die Gewerbeordnungsnovelle erledigt werden. Keinesfalls darf der Agitation der Unternehmerverbände, die Erledigung hinauszuschieben, irgendwie Rechnung getragen werden.

Die Abgg. Schack (wirtsch. Vg.) und Normann (k.) schließen sich dem Antrage Bassermann an.

Präs. Graf Stolberg: Es scheint allgemeiner Wunsch zu sein, daß morgen um 2 Uhr eine Sitzung abgehalten wird. (Allgemeine Zustimmung.) Ich setze also die nächste Sitzung auf Freitag nachmittag 2 Uhr fest mit der Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung der Gewerbeordnungsnovelle.

Schluß 7 Uhr.

# Parlamentarisches.

**Die Schulpflicht in der Gewerbeordnungsnovelle.** In der Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle empfiehlt vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung Stadthagen, als den Wunsch der Kommission zu äußern, daß die dritte Lesung des im Plenum verhandelten Teils der Gewerbeordnungsnovelle noch vor Weihnachten erfolge. Die Zeit drängt, die Beschlüsse, soweit sie die Berner Konvention berühren, recht bald zur Erledigung zu bringen, den stürmischen Wünschen der Unternehmerverbände, die Entscheidung recht weit hinauszuschieben, haben wir keinen Anlaß zu entsprechen. Giesberts (Z.) wendet sich sehr entschieden gegen die Art, wie die Vertreter gewisser Unternehmerverbände ihren Einfluß gegen die Aenderungen, die die Kommission herbeiführte, zur Geltung bringen. In der Zeitung sei sogar berichtet, daß die Vorstände der Unternehmerverbände an den Präsidenten herangetreten seien, die Beschlußfassung in dritter Lesung bis nach Weihnachten zu vertagen! Wie „Kundgebungen der Arbeiterinnen gegen die Beschlüsse der Kommission" zustande kommen, schildert Molkenbuhr an einem Beispiel, wie in einer sächsischen Zigarettenfabrik die Arbeiterinnen zur Unterschrift einer Petition veranlaßt werden, die sich gegen die Vorlage wendet, unter dem Vorwande, es handele sich um eine Petition gegen die Steuervorlage! Bahn (natl.) will die Beratungen nicht beschleunigen; die Beschlüsse der Kommission gingen viel zu weit. Die Unternehmer müssen Gelegenheit haben, sich in der schweren Bedrängnis zu äußern, die der Industrie auferlegt werden sollen. Der Vorsitzende will den Wunsch der Kommission, die dritte Beratung recht bald anzusetzen, dem Reichstagspräsidenten unterbreiten.

Die Beratung wird bei § 120 wieder aufgenommen, welcher den statutarischen

Fortbildungsschulbesuch
auch auf die Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren

ausdehnt. Unsere Parteigenossen wollen den Schulzwang auch auf das Gesinde ausdehnen. Ferner soll der Stundenplan von der zuständigen Gemeinde oder Kommunalverbandsbehörde festgesetzt werden, nicht von der Landesbehörde, wie die Regierungsvorlage verlangt. Ein Antrag Sommer (frs. Vp.) will festlegen, daß auch Arbeitslose schulpflichtig sind, und will den Schulzwang auch auf alle Arbeiter unter 18 Jahren, die im Besitz eines Arbeitsbuches sind, ausdehnen. Stadthagen weist darauf hin, daß, nachdem der preußische Handelsminister angeordnet hat, die Eisenbahnwerkstätten seien als nicht der Gewerbeordnung unterstehend anzusehen, die jungen Leute in diesen Betrieben der Schulpflicht nicht unterliegen würden. Einige andere Beispiele ergeben, daß auch in anderen Unternehmungen die gleiche Lücke entsteht, die jetzt einmal beseitigt werden müsse. Der Vertreter des preußischen Handelsministeriums wendet sich gegen den Vorwurf, daß den preußischen Minister die Schuld trifft, wenn angeordnet wurde, daß die Reparaturwerkstätten der Eisenbahnen der Gewerbeordnung nicht unterstellt sind. Seine Ausführungen haben wir in der politischen Uebersicht wiedergegeben.

Einer Anregung Stadthagens entsprechend, wird die Frage diskutiert, die im Bergbau beschäftigten jugendlichen Personen der Schulpflicht zu unterstellen. Schmidt-Altenburg (k.) will, daß die Schulpflicht für die Fortbildungsschule für Arbeiterinnen nur bis zum 16. Jahre ausgedehnt werden soll. Der Antrag wird auch vom Abg. Bahn (natl.) unterstützt, aber zurückgezogen, nachdem von Molkenbuhr und Stadthagen dargelegt, daß die statutarische Schulpflicht ja bis 1890 bestand, aber auf Antrag des konservativen Abgeordneten v. Kleist-Retzow beseitigt ward, und nachdem Giesberts betont hatte, daß ja leider infolge des Einflusses der Industriellen auf die Gemeindeverwaltung von der Befugnis zum ortsstatutarischen Fortbildungsschulzwang wenig Gebrauch gemacht werden würde.

Der Antrag unserer Parteigenossen, das Gesinde dem Schulzwang zu unterwerfen, wird abgelehnt. Angenommen wird der Antrag Sommer (frs. Vp.), den Schulzwang auch während der Arbeitslosigkeit aufrecht zu erhalten. Ferner wird der Antrag unserer Parteigenossen angenommen, daß der Stundenplan von der zuständigen Gemeinde- oder Kommunalbehörde festzusetzen ist, dagegen gegen sieben Stimmen (Freisinnige, Sozialdemokraten und Höffel (Rp.)) der Antrag abgelehnt, die Schulpflicht auch auf die im Bergbau und Eisenbahnbetriebe beschäftigten jugendlichen Personen auszudehnen.

Die nächste Sitzung wurde auf nächsten Donnerstag anberaumt.

### Steuerkommission des Reichstages.

Die Steuerkommission begann am Donnerstag ihre Beratungen mit der Frage, ob — wie es nach § 6 Absatz 1 des Finanzgesetzes verlangt wird — die den Einzelstaaten gestundeten Matrikularbeiträge in Höhe von 242 Millionen Mark auf den Etat des Reiches übernommen werden sollen. Die Herren Bundesratsmitglieder — Schatzsekretär Sydow, Finanzminister v. Rheinbaben, v. Burckhardt (Bayern) und Dr. Reben (Weimar) stimmten ein bewegliches Klagelied über die Zahlungsunfähigkeit der Einzelstaaten an. Der Schatzsekretär fragte, woher denn die Einzelstaaten das Geld zur Zahlung nehmen sollten, und der preußische Finanzminister warf gar die Frage auf, ob es billig sei, den Bundesstaaten diese Summen abzunehmen. Die Konservativen und Nationalliberalen erklärten sich bereit, den Einzelstaaten die Schuld zu erlassen, nur sind sie sich noch nicht klar, wie sie vom Reich übernommen und gedeckt werden soll. Der Abg. v. Richthofen will die Frage in der Schwebe lassen, bis der Bedarf für das Reich festgestellt ist. Der nationalliberale Abg. Dr. Weber dagegen will die Schuld durch eine Reichsanleihe decken, so daß also ein Pump durch einen anderen Pump zugedeckt würde. Vom Zentrum traten die Abgeordneten Speck und Erzberger für die Zahlungsleistung durch die Einzelstaaten ein, und auch der Abg. Wiemer wollte nichts von einer Erlassung der gestundeten Matrikularumlagen wissen. Aber alle diese Redner bekundeten ein fühlendes Herz für die Finanzschmerzen der Einzelstaaten und rieten hin und her, wie ihnen die Zahlung erleichtert werden könne. Der Abg. Geyer (Soz.) meinte, die Kommission habe sich nicht damit zu befassen, wie die Einzelstaaten die schuldigen Beiträge aufbringen könnten. Das sei deren Sache; sie wußten, daß sie zahlen mußten, ihre Zahlungsverpflichtung sei von allen Rednern anerkannt, das Reich sei selbst in großer Finanznot, es dürfe also die gestundeten Beiträge den Einzelstaaten nicht abnehmen. In der Schwebe dürfe die Frage nicht gehalten werden, wenn man den Bedarf sicher feststellen wolle. — Abg. Mommsen (frs. Vg.) will zwar die Bundesstaaten nicht von der Zahlung entbinden, machte aber den Vorschlag, die 242 Millionen durch eine Reichsanleihe zu decken, die von den Einzelstaaten zu verzinsen und zu amortisieren sei. Dem entgegnete Abg. Speck, daß man es dann doch den Einzelstaaten überlassen könne, die Anleihe nach ihren Absichten aufzunehmen. Nebenbei forderte Speck eine Statistik über die Vermögenslage der Einzelstaaten und ihrer Staatsangehörigen, aus der die Leistungsfähigkeit der Partikularstaaten ersehen werden könne. Der preußische Finanzminister befreundete sich mit dem Vorschlag, durch eine Reichsanleihe die gestundeten Beiträge zu decken; er schien die Nationalliberalen über diese seine Neigung unterrichtet zu haben. —

Interessant waren auch die Aeußerungen des badischen Bundesratsmitgliedes Scherrer. Er teilte mit, daß im badischen Etat formell bereits für Deckung der gestundeten Matrikularbeiträge gesorgt sei, aber es sei im Etat ein Defizit von 12 Millionen Mark vorhanden; da sei es besser, wenn die gestundeten Beiträge nicht gezahlt zu werden brauchten. Uebrigens habe ihm, als die Bestimmung über die Stundung getroffen wurde, der frühere Schatzsekretär auf eine Anfrage geantwortet: das Reich wolle durch die Vorschrift der Stundung auf 3 Jahre Zeit zur Lösung der Finanzfrage gewinnen; zu einer Zahlung verpflichtete die Bestimmung die Einzelstaaten noch nicht! (Heiterkeit.)

Zu einer Entscheidung der umstrittenen Bestimmung im § 6 des Gesetzentwurfs kam es wegen der vorgerückten Zeit nicht. Die Sitzung wurde auf Montag, den 7. Dezember, vertagt.

### Aus der Weingesetzkommission.

Die Kommission erledigte am Donnerstag zunächst § 5 der Vorlage. Nach diesem Paragraphen ist es verboten, gezuckerten Wein unter einer Bezeichnung feilzuhalten oder zu verkaufen, die auf Reinheit des Weines hindeutet. Auch ist es verboten, in der Benennung solchen Weines den Namen eines Weinbergbesitzers anzugeben, sofern der Wein nicht gleichzeitig als gezuckert bezeichnet ist. Die Regierungsvorlage wollte auch die Benennung einer Weinbergslage, z. B. Rüdesheimer, Niersteiner, Affentaler usw. von der Angabe der Zuckerung abhängig machen. Den Gründen der Weinhändler und Winzer aber: daß diese Einschränkung zu weit geht, hat die Regierung nachgegeben.

Bittere Klage wurde allseitig geführt, daß mit dem Begriff „naturrein" viel Unfug getrieben wird. Unter die oben genannte Bestimmung über die Angabe, daß der Wein gezuckert ist, würden auch die Weine mit Phantasienamen, z. B. „Liebfrauenmilch", „Mauerblümchen" u. a. fallen. So wurde behauptet, daß ungemein viel gezuckerter Affentaler verkauft werde, während der im Affental selber gebaute Wein nicht verkäuflich sei!

Absatz 2 des § 5 bestimmt, daß, wer gewerbsmäßig Wein in Verkehr bringt, verpflichtet ist, dem Abnehmer auf Verlangen vor der Uebergabe mitzuteilen, ob der Wein gezuckert ist.

Beide Absätze wurden in der Gesamtabstimmung mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch nächster Woche.

### Drucksachen.

Aus dem Reichstage. (Nr. 1075.) Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich und Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Ungarn, betreffend den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz (Patent-, Muster-, Markenschutz).

# Soziales.

### Zur Begutachtung bei Schiedsgerichten.

Auf eine Beschwerde des Arbeitersekretariats München erließ das bayerische Staatsministerium des Innern an sämtliche Regierungen, Kammern des Innern folgende Entschließung:

„Nach den gepflogenen Erhebungen erstattet ein Teil der Schiedsgerichtsärzte zugleich Gutachten für Versicherungsträger. Diese Doppelstellung ist geeignet, das Vertrauen der Versicherten auf die Unabhängigkeit und Sachlichkeit der betreffenden Aerzte zu beeinträchtigen. Hierüber sind denn auch schon Klagen laut geworden. (Sten. Berichte über die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1907/08, S. 1020.)

Es werden deshalb auf Grund des § 8 des Gesetzes vom 30. Juni 1900 (R.-G. Bl. S. 335) in Ergänzung der Ministerialentschließung vom 26. Dezember 1900 Nr. 28 506 die Vertrauensärzte von Versicherungsanstalten, zugelassenen Kasseneinrichtungen, Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden sowie diejenigen Aerzte, welche für die genannten Versicherungsträger, ohne in einem Vertragsverhältnis zu denselben zu stehen, öfter Gutachten zu erstatten pflegen, von der Wahl zu schiedsgerichtlichen Sachverständigen ausgeschlossen. Schiedsgerichtsärzte, die im Laufe des Kalenderjahres in ein solches Verhältnis treten, haben aus der Stellung beim Schiedsgericht auszuscheiden. Auch die bloß ausnahmsweise Erstattung von Gutachten für Versicherungsträger ist von den Schiedsgerichtsärzten möglichst zu vermeiden. Läßt sich dieselbe nicht umgehen, so sind die betreffenden Aerzte jedenfalls nicht zur Würdigung des von ihnen bereits begutachteten Falles heranzuziehen. Den gegenwärtig vorhandenen Schiedsgerichtsärzten, die nach vorstehender Bestimmung von der Wahl ausgeschlossen sind, ist zur Lösung ihres Verhältnisses zu den Versicherungsträgern eine angemessene Frist zu gewähren.

Um ferner zu vermeiden, daß die Wahl der ärztlichen Sachverständigen ausschließlich durch die Schiedsgerichtsbeisitzer eines Berufes erfolgt, empfiehlt es sich, in der ersten schiedsgerichtlichen Spruchsitzung des Jahres Streitigkeiten aus den verschiedenen Gebieten der Versicherung zur Verhandlung zu bringen (§ 7 des Mantelgesetzes), sodaß sich eine größere Zahl von Beisitzern aus verschiedenen Berufszweigen an der Wahl beteiligen kann." Usw.

Es ist bezeichnend für den Aerztestand und die Schiedsgerichtsvorsitzenden, daß bei einer so selbstverständlichen Sache das Eingreifen der bayerischen Regierung notwendig wurde, das auf die wiederholt im Reichstag, in der Presse und von den Arbeitersekretariaten geübte Kritik zurückzuführen ist. Wird endlich Preußen nachfolgen?

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Stadtverordneten-Versammlung.

35. Sitzung vom Donnerstag, den 3. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung.

Zunächst findet in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirschner die Wahl eines Mitgliedes der Abteilung I des Bezirksausschusses statt. Gewählt wird Regierungsbaumeister Böthcke.

Vor der Sitzung sind mehrere Ausschüsse gewählt worden. In dem Ausschuß zur Vorberatung der Vorlage wegen Erhöhung des Schulgeldes in den Wahlfortbildungsschulen und -anstalten ist die sozialdemokratische Fraktion vertreten durch die Stadtvv. Bruns, Dupont und Schubert, in dem Ausschuß für den Antrag Gelpcke wegen Einführung verschiedener Klassen in den Krankenhäusern durch die Stadtvv. Koblenzer, Singer, Dr. Weyl, Dr. Zadek.

Den Ankauf des Grundstücks Lindenstr. 40 zur Erweiterung der Hauptfeuerwache hatte der Magistrat schon vor 1½ Jahren bei der Versammlung in Antrag gebracht. Diese lehnte indes am 12. Dezember v. J. den Ankauf ab, weil die geforderte Summe von 105 000 M. ihr viel zu hoch erschien. Jetzt wird der Ankauf abermals beantragt, da das Polizeipräsidium ihn unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Fortentwickelung der zentralen Einrichtungen der Feuerwehr wiederholt dringend empfiehlt. Die Besitzerin, Frau Wiefert, hat den Preis auf 98 000 M. ermäßigt. Die Baulichkeiten sind mit 37 600 M. bei der Feuersozietät versichert.

Die Vorlage wird angenommen.

Der Fonds für die Beschaffung von Lehrmitteln für die Kinder unbemittelter Eltern — 124 000 M. — reicht für 1908/1909 nicht aus. Es wird die Nachbewilligung von 45 000 M. aus dem Dispositionsquantum beantragt.

Stadtv. **Wurm** (Soz.): Die Vermehrung der Ausgaben für diesen Posten verdient unseren Beifall. Ich möchte indes bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß das Sprachbuch von Uebel, das noch immer Verwendung findet, von Fehlern geradezu wimmelt. Es wäre doch angebracht, daß eine solche Menge fehlerhafter Sätze, wie sie seinerzeit auch vom „Vorwärts“ moniert worden sind, nicht in einem Buche vorhanden wären, das in unseren Schulen vertrieben wird.

Stadtschulrat Dr. **Fischer**: Das Sprachbuch von Uebel ist das älteste der Berliner Sprachbücher. Der Verfasser ist ein älterer Rektor, der sich lange mit dieser Materie beschäftigt hat. Als wir auf Grund unseres Lehrplanes Sprachbücher einführen mußten, hat er sein Buch umgearbeitet und es der Schuldeputation eingereicht. Diese hat 1906 die Einführung abgelehnt, weil es zu umfangreich und zu schwer war. Darauf hat vor einem Jahre das Provinzialschulkollegium uns gebeten, zuzugeben, daß das Uebelsche Buch eingeführt werde. Der Verfasser habe sich verpflichtet, die Ausstellungen, welche auch der Rezensent des Kollegiums gemacht hatte, bei der Neubearbeitung zu beseitigen. Dieser Neubearbeitung und Beseitigung sehen wir entgegen.

Stadtv. **Wurm**: Vorläufig bleibt also doch dieses Uebel sehr vom Uebel. Die „Pädagogische Zeitung“ hat eine geradezu vernichtende Kritik des Buches geliefert. (Redner verliest einige Sätze aus dem Buche.) Die Hefte sind nachher auch teurer geworden. Dabei handelt es sich nicht um eine neue Auflage, sondern auf die Seite des Umschlages, wo die Preisangabe stand, wurde ein Zettel mit einem höheren Preis geklebt. Diese einfache Manipulation bringt der Verlagsbuchhandlung jährlich eine recht hübsche Summe. Ist das auch mit Wissen der Schulbehörde geschehen?

Stadtschulrat Dr. **Fischer**: Die „Pädagogische Zeitung“ hat einen kritischen Artikel gebracht, mit dem Namen des Verfassers unterzeichnet. Der Verfasser des Buches hat eine Gegenkritik gebracht und sich von den Vorwürfen zu reinigen versucht. Die vorgelesenen Proben sind so zu erklären, daß der Verfasser den Wunsch gehabt hat, möglichst viele Aufgaben in die einzelnen Sätze hineinzuschachteln. Daß das Deutsch darunter gelitten hat, gebe ich ohne weiteres zu. Auf die buchhändlerischen Manipulationen haben wir von der Schulverwaltung keinen Einfluß. Infolge der höheren Kosten für Druck und Papier sind sämtliche Bücher im Preise um ein Weniges erhöht worden.

Stadtv. **Wurm**: Hier kommt gar kein Neudruck in Frage.

Stadtv. **Hoffmann** (Soz.): Es handelt sich auch nicht nur um dieses Buch. Alle anderen Bücher, z. B. die Rechenbücher, sind teuerer geworden, aber nicht durch höhere Druckerkosten und Papierpreise, sondern indem bei den alten Auflagen einfach die Preise überklebt wurden, ja, bei einzelnen ist einfach der höhere Preis hinter den alten Preis geschrieben. Bei dem fortwährenden Wechsel der Bücher ist das doch für die Eltern keine kleine Sache.

Stadtschulrat Dr. **Fischer**: Natürlich sind wir damit durchaus nicht einverstanden, und jeder der Verleger hat ein scharfes Schreiben bekommen mit der Bemerkung, daß, wenn man so fortfahre, wir uns überlegen würden, ob wir nicht die Bücher in den eigenen Verlag nehmen sollten. (Zurufe: Sehr gut!)

Die Vorlage wird darauf angenommen.

Zur Regulierung der nördlichen Rieselfelder sollen 190 000 M. über den Etat nachbewilligt werden, um auch im Winter namentlich Grabenarbeiten fortführen zu lassen.

Die Versammlung stimmt zu.

Zum Ankauf von drei neuen elektrischen Straßenwaschmaschinen und zur Einrichtung zweier alter Maschinen für den elektrischen Betrieb werden 56 500 M. bewilligt.

Die jetzige Heimstätte für Brustkranke in Gütergotz, deren Frequenz stetig abnimmt, soll als solche eingehen und zur Aufnahme von genesenden Männern benutzt werden, für welche die Heimstätte in Heinersdorf nicht mehr ausreicht. Für brustkranke Männer soll die Anstalt Buch mit 150 Betten bestehen bleiben.

Stadtv. Dr. **Weyl** (Soz.): Als wir vor einigen Wochen im Heimstättenkuratorium diese Fragen erörterten, waren wir alle einig darüber, daß es sich nur um ein Provisorium handeln könne. Es ist in der Begründung richtig ausgeführt, daß für Lungenkranke in letzter Zeit von anderer Seite Gelegenheit zur Unterkunft geschaffen ist, so durch die Erweiterung der Anstalt in Beelitz um fast 300 Betten und durch die Errichtung einer eigenen Heilstätte in Müllrose seitens der Ortskrankenkasse für Kaufleute, Handelsleute und Apotheker. Der Hauptgrund für den Rückgang der Belegung wird aber in der Begründung nicht genannt; es ist die Lage des Arbeitsmarktes. 10 000 Köpfe sind jetzt weniger in den Berliner Krankenkassen versichert, auch werden die Verlängerungen des Aufenthalts nicht mehr in dem bisherigen Umfange von den Kassen genehmigt. Ferner muß einmal öffentlich besprochen werden, daß wir in den Heimstätten von den Krankenhäusern in gewissem Sinne boykottiert werden. In unseren Krankenhäusern liegt eine Anzahl Lungenkranker, die eher in eine Heimstätte gehörten; würden sie an diese abgegeben, so möchte die Ueberfüllung der Krankenhäuser vielleicht etwas gemindert werden. Nun besteht aber zwischen den leitenden Aerzten der Krankenhäuser und der Heimstätten eine Art Eifersüchtelei darüber, ob ein Patient aufnahmefähig ist für eine Heimstätte oder ein Krankenhaus. Die Krankenhausärzte senden, um der vermeintlichen Gefahr zu entgehen, daß ihnen die Kranken zurückgeschickt werden, sie gar nicht erst in die Heimstätten hinein. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer nicht zu halten ist: die Krankenhäuser sind überfüllt, während die Heimstätten leer stehen. Es bleibt hier nur übrig, eine Kommission aus Mitgliedern der Krankenhausdeputation und des Heimstättenkuratoriums zu bilden. Vorgeladen müssen die leitenden Aerzte werden, und da muß es möglich sein, Grundlinien für die Aufnahme in die eine oder andere Anstalt festzustellen. In der Begründung der Vorlage fehlt auch der Hinweis auf die Schwierigkeit, jugendliche Kranke in die Heimstätten aufzunehmen. Wir haben beschlossen, in Heinersdorf die Jugendlichen, in Gütergotz die Erwachsenen unterzubringen. Ein zweiter Beschluß des Kuratoriums geht dahin, in Gütergotz etwa dreißig Zimmer für sogenannte geschlossene Tuberkulöse zur Verfügung zu halten. Die Vermehrung der Heimstätten für Brustkranke darf unter keinen Umständen zum Stillstand kommen, sonst haben wir im Sommer wieder das üble Mißverhältnis zwischen der Zahl der Betten und der aufnahmebedürftigen Personen. Wenn die ersten Anzeichen aufsteigender Konjunktur sich einstellen, müssen wir auch Vorsorge für die größere Inanspruchnahme getroffen haben. Aerztliche Versorgung, Schulung des Pflegepersonals, Beköstigung haben in den Heimstätten annehmbare Fortschritte gemacht. Ein Uebelstand wird aber durch die Hausordnung begründet, die verlangt, daß die Pfleglinge in eigener Kleidung antreten müssen. Diese ist oft sehr mangelhaft und die Gefahr ansteckender Krankheiten damit gegeben. In Gütergotz könnten wir den Uebelstand beseitigen. Wir können diese Kleidung und Leibwäsche der Brustkranken, die vom Liegen nicht besser wird, den Rekonvaleszenten geben.

Stadtrat **Margraff**: In der Vorlage konnte nur zum Ausdruck kommen, was ein Gemeindebeschluß bezw. die Genehmigung der Versammlung erfordert. Aber auch die anderen vom Vorredner erwähnten Punkte sind in Erwägung gezogen worden.

Die Vorlage wird genehmigt.

Um 6 Uhr wird die Wahl eines unbesoldeten Stadtrats (an Stelle des Stadtrats Schäfer) vorgenommen. Sie fällt auf den Syndikus der Papierberufsgenossenschaft, Abg. Dr. Wiemer, der von 117 Stimmen 65 erhält. 43 Zettel sind weiß, einer ungültig. Von den 73 gültigen Zetteln entfallen noch 5 auf den Stadtv. Runge, 2 auf den Stadtv. Dr. Preuß, einer auf Rektor Kopsch.

Schluß ¾7 Uhr.

## Aus der Partei.

### Gemeindewahlen.

Bei den Stadtverordnetenstichwahlen vom Mittwoch in Breslau gelang es unseren Genossen, noch ein Mandat zu erobern. Damit ist das fünfte Mandat bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen von ihnen gewonnen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Essen, die am Mittwoch ihren Anfang nahmen, stiegen die sozialdemokratischen Stimmen in der dritten Klasse von 2534 auf 3142. Zum erstenmal gelang es unseren Genossen, einen ihrer Kandidaten in eine aussichtsvolle Stichwahl zu bringen. Donnerstag und Freitag finden die Wahlen in der ersten und zweiten Klasse statt, an denen die Sozialdemokratie auch beteiligt ist.

### Unberechtigte Angriffe.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:

Die Mannheimer „Volksstimme“ und nach ihr der Karlsruher „Volksfreund“ behaupten, der Karlsruher Korrespondent des „Vorwärts“ hätte sich nicht bemüßigt gesehen, die Tatsache festzustellen, daß in der Person des Professors Helbig ein Irrtum in den Berichterstattungen verschiedener Blätter unterlaufen ist. Die „Volksstimme“ hat in ihrem Uebereifer, andere Leute anzuschwärzen, übersehen, daß Professor Helbig sofort im „Vorwärts“ den Irrtum selber richtig stellte. Einer nochmaligen Richtigstellung durch Ihren Korrespondenten bedurfte es also nicht.

## Aus Industrie und Handel.

### Schäden der Kartelldiktatur und des persönlichen Regiments.

Es ist nicht uninteressant zu hören, welche Faktoren ein ausgesprochen großindustriefreundliches Blatt für die traurige Lage in der Eisenindustrie verantwortlich macht. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ — Nr. 1263 — konstatiert, daß wohl selten von verantwortlichen Werksleitern so sehr über schlechten Geschäftsgang „geklagt und gestöhnt“ worden sei, wie das gerade jetzt der Fall ist. Viel schlimmer noch als der Mangel an Arbeit sei der bisher kaum dagewesene Preistiefstand. Weil die Erlöse für Erzeugnisse mit den Gestehungspreisen nicht im Einklang ständen, arbeiteten manche Werke direkt mit Verlust. Das werde sich erst bei den nächstjährigen Abschlüssen zeigen, an die viele Werkleiter jetzt schon mit Sorgen dächten. Verschärft werde die Lage durch die Notwendigkeit, mittels Einlegung von Feierschichten und Arbeitsunterbrechungen Produktion und Aufträge einigermaßen in Einklang zu halten. Und die Schuld für die traurigen Verhältnisse schiebt das Blatt hauptsächlich der Preispolitik des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats und des Stahlwerksverbandes zu. Es sei unausbleiblich, daß das Syndikat es bei der beschlossenen minimalen Preisherabsetzung nicht bewenden lassen könne, „früher oder später“ müßten die Kohlenpreise weiter nachgeben. Und um eine Harmonie zwischen Halbzeug- und Fabrikats-

## Kleines Feuilleton.

**Ilse Frapan-Akunian**, die begabte Schriftstellerin, ist in Genf eines jähen Todes gestorben. Sie litt, wie sich erst vor kurzem herausstellte, an einem unheilbaren Magenkrebs. Auf ihren Wunsch ist sie am Mittwoch von ihrer langjährigen treuen Kameradin, der Malerin Emma Mandelbaum erschossen worden. Die Freundin, die ohne sie nicht weiter leben mochte, hat sich dann gleichfalls erschossen.

Ilse Frapan, von deren literarischen Arbeiten sowohl in unserm Unterhaltungsblatt wie in der „Neuen Welt“ Proben gegeben wurden, entstammte einer französischen Familie Levin, die nach Hamburg ausgewandert war. Dort wurde sie (1852) geboren und dort hatte ihre Kunst ihre Wurzeln. Nachdem sie 14 Jahre Lehrerin gewesen war, riß sie sich von der Heimat los, nicht um einer Liebschaft willen, wie sie selber schreibt, sondern um Darwin und Häckel, um Deszendenztheorie und Evolution. In einer autobiographischen Skizze, die im „Liter. Echo“ erschien, hat sie knapp und kurz den weiteren Gang ihres Werdens geschildert.

„Früh war mir „der große Wurf gelungen“, ich ward die Freundin einer Freundin (Emma Mandelbaum), deren Herz mein Altar war und noch ist, denn nie waren wir seit damals getrennt. Sie Malerin, ich Schriftstellerin, — so schlugen wir uns durch. Zu Storm nach Hanerau, zu Vischer (dem Aesthetiker) nach Stuttgart, zu Paul Heyse nach München, überall geführt, gefördert, gehoben, befremdet. Dann zog es mich mächtig zur Naturwissenschaft, und zu dem herrlichen Lande, das wie der frischgrüne Herzsproß am alten, mooszerfressenen Stamm Europa ist: nach Zürich, in die alpenfrische Schweiz. Noch einmal ein neuer Anfang, noch einmal Studentin. Wundervolle Zeit! Da taten sich unendliche Fernblicke auf, da fühlte ich die große Solidarität, die Menschenbrüderschaft, die nicht an Landesgrenzen haltmacht. Mit den Vertretern vieler Nationen an einem Tisch zu sitzen, und sich freudig zu sagen: „Wir alle streben nach dem gleichen Ziel, wir alle verstehen uns, als hätte ein Boden uns gezeugt,“ was für ein Wachsen, Erstarken, Schweben. Der beste Mann, den ich geliebt (der Armenier Akunian), ward mein, und es war mir das Glück beschieden, ihn an meiner Seite zum Dichter, zur poetischen Stimme seiner kaukasischen Heimat sich entwickeln zu sehen. Wie meine Freundin mir die tägliche lebendige Beziehung zur Malerei geschenkt, so schenkte er mir den ganzen Orient.“

Ihr Schicksal, ihr Lebensinhalt wurde durch die Verknüpfung mit der Welt der Freundin und des Gatten bereichert und vertieft. Neben den Hamburger Eindrücken, die in ihren schlichten, dem Leben abgewonnenen Novellen und Skizzen überwiegen, erfaßte und gestaltete sie nun auch manches aus dem Leben der russischen Emigranten und aus dem Kaukasus. Ergreifend hat sie z. B. in der Skizze „die verfluchte Stelle“ an dem Lose eines Natursohnes, der in der Naphthaindustrie Unterhalt und Verdienst sucht und den Tod findet, die zerstörende Wirkung des Kapitalismus auf neuem Boden geschildert. Freilich die große Synthese aus all dem stand noch aus. Aber sie war voll Hoffnung, als sie 1907 schrieb:

„Mein Bestes liegt noch vor mir, das Beste, das ich zu geben habe, hab ich noch nicht gefunden. Es muß herauswachsen aus dieser feurigen Menschenbrüderschaft, der Alliebe, der Alleinheit. Ich bin ja nirgends fremd. Mit beiden ausgestreckten Händen berühr' ich Europa und Asien. Das lange duldende Volk der Armenier ist mein Volk, wie das deutsche, dem ich durch mütterliche, wie das französische, dem ich durch väterliche Abstammung angehöre. Und mein Volk sind die Russen, denn meine Freundin ist Russin, und da sie Jüdin ist, so sind auch die Juden mein Volk.“

Nun hat ein freiwilliger Tod, den sie unnützen Leiden vorzog, ihrem Schaffen ein Ziel gesetzt. Ihre Bilder aus Hamburg, die Erinnerung an kleinbürgerliche Zeiten wachhalten, die getreue Wiederspiegelung, die der Alltag und die unteren Klassen bei ihren Skizzen gefunden, die Probleme, mit denen sie in ihren Novellen sich beschäftigt, ihr Roman „Arbeit“, der die Schweizer Professoren in Entrüstung versetzte, legen beredtes Zeugnis ab für ihr Streben und Ringen, ihr Können und Wollen.

### Theater.

**Weihnachtsmärchen.** Die Zeit der Weihnachtsspiele hat wieder begonnen. Während die Kinder der Armen nicht wissen, wo sie die freien Schulnachmittage verbringen sollen, werden die Kinder der Wohlhabenden, wohl verpackt und behütet, in die Theater geführt. Glanz und Ausstattungspracht wird in überladener Fülle entfaltet und der szenischen Wunder ist kein Ende. Nur die Kindlichkeit und der naive Frohsinn fehlt den meisten dieser Märchen, und die kindliche Phantasie, die in sich selber alle Wunderwelten birgt, wird zumeist statt angeregt nur übersättigt. . .

Im Neuen Schauspielhaus wurde am Mittwoch die alte Bearbeitung des Sneewittchenstoffes, mit Kinderballetts neu bereichert, von Görner gespielt, und im Deutschen Theater wurde ein neues Märchenstück „Treulieb und Wunderhold“ von Elisabeth Weirauch, einem Mitgliede des Deutschen Theaters, erprobt. Es gab da gar viel zu schauen und zu bewundern. Die lose aneinandergereihten Bilder des Märchens geben Gelegenheit zu einer glanzvollen Dekoration, die ebenso wie das prächtige Zusammenspiel jung und alt erfreute. An bunten Bildern und Märchenszenen bot die Handlung übergenug. Die launenhafte Prinzeß wunderhold hat ihren ergebenen Pagen Treulieb ausgesandt, den Mond zu holen. Den findet er zwar nicht, erlebt dafür aber die schönsten Abenteuer, bis er schließlich langersehnt zurückkehrt und nun Prinzessin und Reich bekommt. Und der Weihnachtsbaum und der Weihnachtszauber spielten auch mit. Aber so köstlich die Märchenfiguren auch Gestalt gewannen — Lucie Höflich als Page und Camilla Eibenschütz als Prinzessin waren gar schön und das Riesenehepaar Wintersteins und Hedwig Wangels von grotesker Wirkung —, es fehlte auch diesem Kinderstück, wie den meisten, der echte schlichte Kinderton, den wir bei Grimm und Andersen liebgewonnen haben.

### Musik.

**Ein Novitätenabend im königlichen Opernhause.** Nach der furchtbar anstrengenden Einstudierung des „Sardanapal“ haben sich die königlichen Sänger, die bei dem Ballett bekanntlich nichts zu tun hatten, erst mal gründlich ausgeruht. Nun, nach einem Vierteljahr, geben sie die erste Premiere der Saison. Zwei Stücke: ein deutsches, Leo Blechs komische Oper in einem Akte „Versiegelt“ und ein französisches, „La Habanera“ von Raoul Laparre. Die liebenswürdige, an heiteren Momenten und melodischen Reizen reiche, glänzend gearbeitete Hofkapellmeistermusik Blechs ließ man sich gern servieren. Das Textbuch Barlas ist bei aller Harmlosigkeit amüsant: ein in Liebesnöten verstrickter Bürgermeister sucht Zuflucht in einem Schrank, den der nach Pfändungsobjekten schnüffelnde Amtsdiener nach allen Regeln der Kunst versiegelt. Daraus ergeben sich allerhand lustige Situationen, die Blech mit viel Witz und Können musikalisch illustriert. Besonders gut gelang ihm die Charakterisierung des polternden Amtsdieners. Die Aufführung unter des Komponisten Leitung war vorzüglich, der Beifall lebhaft. — Die gute Stimmung hielt indes nicht vor. Denn die „Habanera“ endete mit einem ziemlich heftigen Theaterskandal, der in mancher Hinsicht sicher berechtigt war. Es ist ein in den wüsten theatralischen Effektionen des Verismus schwelgendes Machwerk, von abstoßender Brutalität. Der höchst ärmliche Vorrat an musikalischen Gedanken (ich zählte Stücker drei) wird in beispiellos simpler Weise breitgetreten. Man begreift nicht, daß Herr Blech überhaupt die Einstudierung dieser Schaueroper übernahm! Vielleicht erklärt der Theaterzettel, wie das alles kam. Da steht nämlich: „Deutsch von Georg Droescher“ (dem Oberregisseur der königlichen Oper). „Deutsch“ ist ein bißchen zuviel gesagt. Aber Droescher mag stimmen, und es kam wohl nur darauf an, einem musikalischen Handlanger des persönlichen Regiments eine Gefälligkeit zu erweisen. Wir wissen alle (auch die Intendanz), wieviel ernstere und kunstreichere deutsche Komponisten darauf warten, von der obersten musikalischen Behörde berücksichtigt zu werden. Mag auch Kapellmeisterei und Epigonentum vorherrschen und auf große Erfolge nicht zu rechnen sein — es ist höchst bezeichnend, daß in den seltenen Fällen, da die königliche Oper sich überhaupt mit Novitäten befaßt, das Schlechteste, was man bekommen konnte, aus Frankreich geholt wird, während Männer wie Schillings, Pfitzner, Beer-Walbrunn und andere nicht zu Worte kommen. Das Zischen und Pfeifen, das die Herren der Intendantur am Mittwoch zu hören bekamen, bewies deutlich, das man im Publikum der gleichen Ansicht ist. — „La Habanera“ verdient nicht aufgeführt zu werden — eine andere Frage ist, ob der Komponist nach dieser Probe als völlig talentlos angesehen werden muß. Es ist in dem Werk eine zuckende Leidenschaftlichkeit, die — wenn auch nie zu einer Kunstleistung verklärt — als rohe Naturkraft imponiert. Seine Art, die Szene zu behandeln, zeigt Laparre, der sein eigener Textdichter ist, manchem gut geölten Kollegen an literarischer Potenz überlegen. Natürlich sind diese Anzeichen einer positiven Begabung Laparres noch kein Grund, sein miserabel geratenes Werk aufzuführen. Man hätte in Ruhe abwarten können, ob was besseres kommt.

—n.

### Humor und Satire.

**Patentknöppe.**

Jenen Knopf für die Manschetten,
ach, es heißt, daß andere den
lange schon erfunden hätten.
(Dieses war vorauszusehn.)

Nur sich nicht entmut'gen lassen!
Wer da sucht, erfindet auch.
Knöpfe braucht der Mensch in Massen,
auf der Brust und auf dem Bauch.

Oft zum Beispiel löst sich jener
Unterhosenknopf bei mir.
Ein Patentknopf wäre schöner:
auf, ein edles Ziel liegt hier!

Franz.

pressen herzustellen, müßte der Stahlwerksverband seine Halbzeugpreispolitik revidieren. Je eher die Anpassung der Materialpreise an die Erlöse für weiterverarbeitete Erzeugnisse vollzogen werde, desto rascher müsse eine Gesundung eintreten. Unleugbar spielten aber auch die politischen Beklemmungen — hervorgerufen durch das persönliche Regiment — eine große Rolle. Die Folgen der mißlichen inneren und äußeren Verhältnisse machten sich am Eisenmarkt insofern unliebsam bemerkbar, indem, aus Furcht vor möglichen internationalen Verwickelungen, eine Reihe Unternehmungen großen Stils unausgeführt bleiben. — Einen weiteren Beitrag dafür, wie durch das persönliche Regiment die wirtschaftliche Entwickelung gehemmt wird, liefert die „Lothr. Bürgerzeitung". Das Blatt schreibt: „Seit einem Jahrzehnt kämpfen Industrie, Handelskammer, Stadtverwaltungen, Kleinbahnkomitees für die Konzession von Kleinbahnen Rombach-Metz, Gr.-Moyeuvre-Hagendingen, Diedenhofen-Fentschtal. Doch alle Anstrengungen einzelner Gesellschaften und Kommunen blieben ohne Erfolg. Schon zu Lebzeiten des seligen Bezirkspräsidenten von Hammerstein in Metz wurde den Petenten bedeutet: „Nur diejenige Gesellschaft bekommt die Konzession zu einer elektrischen Kleinbahn in Lothringen, welche sich verpflichtet, eine elektrische Bahn von Roveant nach Gorze zu bauen." Seine Majestät hatte in einer guten Laune einer Deputation dieser Gemeinden die Bahn versprochen und kein Bezirkspräsident, kein Minister hatte den Mut, dem Kaiser das Unrentable und Unmögliche dieser unglückseligen Strecke vor Augen zu führen. Die Gesellschaft Union wollte seinerzeit in den sauren Apfel beißen und ließ versuchsweise, um eine Rentabilitätsberechnung aufstellen zu können, einen Automobilomnibus zwischen Roveant und Gorze laufen. Das Fazit war gleich Null! Die Gesellschaft verzichtete unter diesen Umständen auf die ihr angebotene Konzession Diedenhofen-Fentschtal. Und so stehen wir denn heute noch ohne die für unsere Stadt so notwendige Verbindung mit dem Industriegebiet da. Die Stadt Diedenhofen machte den Versuch, die Konzession für die Fentschtalbahn selbst zu erwerben. Doch auch ihrem Bürgermeister wurde an maßgebender Stelle abgewunken."

Wir haben also durch unsere politischen Zustände zunächst die Gefahr kriegerischer Verwickelungen in Permanenz; das ständige Säbelrasseln, die Politik der Interviews, wobei der Moloch Militarismus gedeiht, zwingt uns ferner zu immer größeren materiellen Opfern, stürzt uns in Milliardenschulden, außerdem verschlechtert die stetige, unbeirrte Politik der Unverantwortlichkeiten die Verhältnisse am Arbeitsmarkt. Das müßte endlich genügen, das Bürgertum zum Kampfe für konstitutionelle Garantien des Ausschlusses der persönlichen Politik und der ministeriellen Unverantwortlichkeit auf den Plan zu rufen. Aber so sehr ist es den Gelüsten und Bestrebungen des reaktionären Blocks verfallen, daß es seine eigenen materiellen Interessen vernachlässigt, um dem Volke das Recht der politischen Selbstverwaltung vorzuenthalten.

### Aktiengesellschaften in Deutschland.

Nach der amtlichen Statistik, veröffentlicht im 4. Vierteljahresheft zur Statistik des Deutschen Reiches, erfolgten im dritten Quartal dieses Jahres 87 Neugründungen mit einem Nominalkapital von 28 747 000 M. In der Parallelzeit 1907 wurden 55 Neugründungen mit 54 989 000 M. eingetragen. Die reinen Kapitalgründungen, 16 an der Zahl, verzeichnen ein Kapital von 88 900 000 M.; außerdem sind noch bei sechs weiteren Gründungen 2 260 577 M. Kapitaleinbringung vorgesehen; im übrigen setzt sich die Gründungssumme aus Zumessungen für Scheininlagen zusammen.

In Liquidation traten 14 Gesellschaften (1907: 11) mit einem Kapital von 11 750 000 (1907: 83 310 000 M.). In Konkurs gerieten 5 (1907: 5) Aktiengesellschaften, deren Nominalkapital bei Eintritt des Konkurses 4 450 000 M. (1907: 1 834 000) betrug.

Kapitalerhöhungen wurden von 68 Gesellschaften beschlossen. Von 65 Unternehmungen gelangten Kapitalerhöhungen im Betrage von 88 888 000 M. zur Anmeldung.

Die Kapitalerhöhungen des verflossenen Vierteljahres erreichten insgesamt nominell 113 216 000 M.

**Ein Kakao-Ring.** Wie die „Köln. Volksztg." berichtet, beabsichtigen die am Kakaogeschäft Beteiligten in Portugal und im Norden Südamerikas einen Ring zu bilden. Auf künstliche Weise will man den Preis wieder auf die außerordentliche Höhe bringen, die er im Vorjahre erklettert hatte, indem man die Pflanzer in allen Kakao anbauenden Gegenden zu einer Vereinigung zusammenbringt.

**Pleite.** Wie der „Confektionair" berichtet, ist die Glasfabrik Brauer, Rohland u. Co., G. m. b. H. in Oker a. Harz, in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Fabrik ist dem Verbande der Flaschenfabrikanten angeschlossen. Die Passiven sollen über eine viertel Million betragen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Das Proletariat im Kampf um seine Rechte.

Ueber dieses Thema sprach Genossin Luise Zietz in einer gut besuchten Frauenversammlung in Rixdorf. Dem Vortrage lag folgender Gedankengang zugrunde: Die Gelegenheit, die verfassungsmäßigen Bürgerrechte zu stärken, war gerade jetzt günstig, zumal wir nicht allein dastanden in der Empörung gegen die unheilvolle politische Mißwirtschaft, die deutlich bewiesen habe, wie tief wir im Absolutismus stecken, der nur von einem Firnis der Verfassung notdürftig verdeckt wird. Daß es schlimm in dieser Hinsicht bestellt ist, beweist schon allein die Tatsache, daß selbst der schlafmützige deutsche Spießer wild wurde ob der bekannten Erscheinungen. In der bürgerlichen Presse fanden sich Majestätsbeleidigungen in einem Umfange, wie man es nicht für möglich gehalten hätte; die Staatsanwaltschaft war geradezu lahmgelegt. Auch die Regierung war von der Weltblamage, die sie sich zugezogen hatte, durchdrungen. Und doch wagt man es jetzt in der Finanzklemme, von demselben Volke mit der vorgelegten Finanzreform 500 Millionen Mark zu verlangen. Die ungeheueren Ausgaben für Militär und Marine haben uns in den Staatsbankerott getrieben. Niemand anders als die Sozialdemokratie stemmt sich gegen die wahnsinnigen Rüstungen, und auch im eigentlichen Kampfe um die Staatsbürgerrechte steht sie allein da. Warum hat der Reichstag in dieser Situation versagt, warum haben wir nur eine Scheinkonstitution? Rednerin gibt in großen Zügen ein historisches Bild von der politischen Entwickelung seit 1848. Von da ab ist das deutsche Bürgertum in seiner feigen Angst vor dem aufstrebenden Proletariat immer rückwärts gegangen, bis es beim Block landete. Dadurch werden die Errungenschaften der Revolution wieder illusorisch. Heute gelte der Grundsatz: Lieber mit Kröcher, als mit Barth; lieber Hausknecht der Reaktion sein, als die Rechte der Arbeiterschaft anerkennen. Lieber gibt man die verfassungsrechtlichen Bürgerrechte preis. Rednerin bespricht das Vereins- und Versammlungs- und das Koalitionsrecht und unterzieht diese einer schneidenden Kritik. Hätten wir Frauen über das neue Vereinsgesetz abzustimmen gehabt, wir hätten nicht ein Quentchen Recht gegen einen Sack voll Reaktion ausgetauscht! (Lebhafte Zustimmung.) Warum erhebt sich nun in allen deutschen Staaten ein Sturm um das Landtagswahlrecht, wie man es vor 10 Jahren gar nicht gekannt hat? Weil die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes erkannt haben, daß sie die Schöpfer aller Produkte sind. Weil sie gesehen haben, daß sie der wichtigste Faktor, der Träger des gesamten Wirtschaftslebens sind. Und wenn der geschniegelte und gebügelte Bernhard geprahlt habe, wenn wir uns wieder auf die Straße wagten, erhielten wir blaue Bohnen, so wollen wir nicht darüber reden, was geschähe, wenn dies einträfe. Die Herrschenden und Besitzenden sollten sich hüten, die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier legt! (Stürmischer Beifall.) Die ganze Entwickelung treibt zum Sozialismus. Aber die arbeitenden Massen müssen zu der Erkenntnis und zu dem Willen gelangen, der Träger dieser geschichtlichen revolutionären Entwickelung zu sein. Mit Hilfe der politischen Macht müssen wir in den Besitz der Produktionsmittel gelangen, um vom Kapitalismus zum Sozialismus zu kommen. Um so brennender empfinden die Frauen die Schmach, rechtlos zu sein. Gerade als Unterdrückte brauchen sie das Wahlrecht und die vollen Staatsbürgerrechte. Beim Landtagswahlrecht werden die Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen, gilt nicht die Person, sondern der Geldsack! Wenn man sagt, die Frauen seien zum Wählen zu dumm, so wolle sie, Rednerin, nicht untersuchen, wieviel mehr kluge Frauen als dumme Männer, und weil man von den Arbeitern dasselbe sage, wieviel mehr kluge Arbeiter als dumme Kapitalisten es gebe. (Große Heiterkeit.) Gebt uns das Wahlrecht und wir zeigen, was wir können! Wir bekommen es ja morgen noch nicht, eher wird sich Bülow noch eine dickere Pechschicht an die Hosen kleben. Erhalten wir es aber einst, dann wird man die Stimmen der dummen Frauen gerne nehmen, wie dies bei den Arbeitern jetzt geschieht; dann haben die Frauen Kurswert. Leider wird es auch dann noch Arbeiterfrauen geben, auf die das Wort von den Kälbern, die ihren eigenen Schlächter wählen, zutreffen wird, was uns aber nich tabhalten kann, doch für das Frauenwahlrecht einzutreten. Hätten wir es jetzt schon, so würde für Arbeiterschutz mehr getan, dann könnten solche Unglücke, wie in Radbod usw., kaum eintreffen. Als Mutter, als Hausfrau und Bürgerin haben wir Anspruch auf das Wahl- und Stimmrecht! Rednerin bespricht noch die Heimarbeit und die Schmutzkonkurrenz der Beamtenfrauen, und geht dann im einzelnen die politischen Parteien Deutschlands durch. Der schwindsüchtige Liberalismus fühle sich glücklich geborgen im Block, und die wackeren liberalen Männer freuen sich ihrer Orden und sind stolz, einmal bei Bülow essen zu dürfen. Vielleicht ist Bülow vorher durch seinen Garten gegangen und hat sich schmutzige Stiefel geholt und fordert seine liberalen Gäste auf: Hier, leckt ab! Und sie sinken in die Knie und sind beseligt, es tun zu dürfen! (Stürmische Zustimmung und Heiterkeit.) Die Rednerin läßt ihren Vortrag in die Aufforderung ausklingen, einzutreten in die Organisation sowie die Parteipresse, besonders die „Gleichheit", zu lesen, einig zu sein im Kampfe um das große, schöne Ziel des Sozialismus. (Großer Beifall.) Nach einem Schlußwort der Vorsitzenden, Genossin Jahn, war die Versammlung zu Ende.

**Druckfehlerberichtigung.** In Nr. 281 des „Vorwärts" muß es in der Plaudeiei „Ein eigenartiges Plädoyer für das Frauenwahlrecht" Zeile 10 von oben nicht heißen: ihr Herz saß ganz schief, sondern: ihr Hut. . . . — Zeile 5 von unten muß es statt: vor dem Winkel heißen: von dem Winkel.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Jugendabteilung. Sonntag, den 6. Dezember, im Gewerkschaftshaus: Vortrag und geselliges Beisammensein.

**Britz-Buckow.** Sonntag, den 6. Dezember, bei K. Klein, Buckow, Chausseestr. 12: Frauenversammlung des Wahlvereins. Vortrag der Genossin M. Thiel: „Warum organisieren sich die Frauen?"

Der Vorstand.

## Gerichts-Zeitung.

**Eine Rücksichtslosigkeit des Gerichts gegen die Parteien.** In dem Gerichtsbericht, den wir gestern unter obigem Titel brachten, ist durch ein Versehen des Setzers die entscheidende Stelle verstümmelt worden. Wir geben sie deshalb noch einmal wieder:

. . . . . Der Verteidiger erhielt nun das Wort zu seinem Plaidoyer, und sofort, nachdem er geendet, wurde das Urteil **ohne nochmalige Beratung** verkündet. — Hierüber beschwerte sich der Angeklagte in seiner Revision. Der Reichsanwalt bemerkte dazu: Schon **öfter sind solche Fälle wie der vorliegende gerügt worden,** aber noch **niemals** konnte ein Beweis für ein solches Verfahren erbracht werden. Hier ist es durch die beteiligten Richter bestätigt worden. Das eingeschlagene Verfahren stellt eine Rücksichtslosigkeit dar gegenüber den Prozeßbeteiligten, gegen welche der oberste Gerichtshof ganz energisch auftreten muß. — Das Reichsgericht hob am Dienstag das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

## Versammlungen.

### Heraus aus der Landeskirche!

Dieses Thema behandelte Genosse Adolf Hoffmann am Montag in dem vollbesetzten Saale des „Moabiter Gesellschaftshauses". Mit launigem Humor streifte der Redner eingangs seines Vortrages die bekannten Ereignisse im Abgeordnetenhause und die Geschäftsführung des Präsidenten Kröcher und ging dann gründlich und mit beißendem Sarkasmus auf die Stellung der Kirche zum Staate ein, indem er besonders die Forderung von 12½ Millionen Mark für die Gehaltsaufbesserung der Geistlichen, die gerade jetzt, in der Zeit der tiefsten wirtschaftlichen Depression, ein bitteres Gefühl auslösen muß. Charakteristisch sei es, daß neben den Pfarrern auch die Gendarmen erheblich mit Zulagen bedacht werden sollen. Diese beiden Kategorien wären eben nötig zur Stützung der heutigen Gesellschaft, sonst stürze der ganze Schwindelbau zusammen. (Stürmische Heiterkeit.) Ehe es nicht gelinge, in Preußen die Junkerherrschaft zu stürzen, werden wir nicht, wie in Frankreich zur Trennung von Staat und Kirche gelangen. Selbst der Liberalismus habe diese alte Forderung schon längst aufgegeben, in schlotternder Angst vor der Sozialdemokratie. Die Massen aber haben es in der Hand, dem Staate das Interesse an der Aufhaltung der Kirche zu nehmen, indem sie mit Kind und Kegel aus der Landeskirche scheiden. In vielen Kulturländern werde heute schon in den Schulen Moral- und Sittenunterricht statt dogmatischer Religionslehre gelehrt. In die theologische Streitfrage, ob Jesus gelebt habe, könne er, Redner, sich nicht einmischen, aber sein Verstand und Gefühl sage es ihm, daß nicht ein Jesus, sondern daß es Hunderte und Tausende waren, die ihr Leben und ihre Freiheit für ihre Ueberzeugung hingegeben haben. Würde aber Jesus heute wieder erscheinen und etwa auf dem Kreuzberg am Viktoriapark eine Bergpredigt halten wollen, so würde es ihm wohl schlecht ergehen, sicher würde er mit Schutzmannsfäusten in Berührung kommen! (Große Heiterkeit.) Redner schließt seinen zweistündigen, mit treffender Satire durchsetzten Vortrag mit einem wuchtigen Appell an die Anwesenden, aus der Landeskirche auszuscheiden. An gesunde und sittliche Zustände sei erst zu denken, wenn unser Volk befreit ist von dem Modergeruch der Reaktion!

Tosender Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion forderte eine Genossin die Anwesenden zur regen Propaganda für die demnächst stattfindenden Protestversammlungen gegen die geplante Gesellschaftssteuer auf. Eine andere Genossin warnte besonders die Frauen, Beiträge auf die von Hauswirten und Geistlichen an die Mieter versandten Bettellisten zu zeichnen, sondern lieber das Geld für die eigenen Kinder zu verwenden. Auch wurde noch zur Sprache gebracht, daß die Kinder einer Arbeiterfamilie, die dem Turnverein „Fichte" angehören, in der Schule aufgefordert wurden, aus diesem Verein auszutreten, am nächsten Tage sollten sie in der Schule mitteilen, ob sie der Aufforderung Folge geleistet hätten. Noch wurde ihnen anbefohlen, daß sie bei anderen Schulkameraden umherhorchen sollten, ob noch mehr dem gefürchteten Verein angehören. Die Mutter der betreffenden Kinder hat diesen das verständigerweise untersagt. So werden Kinder zu Denunzianten erzogen, zur höheren Ehre von Sitte und Moral!

### Der Reichstag und die Bureauangestellten.

Dieses Thema beschäftigte am Mittwoch eine öffentliche Versammlung der Bureauangestellten, die den großen Saal der Armin-hallen füllte. Das Referat hatte der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Heine übernommen. Außer ihm waren von der sozialdemokratischen Fraktion noch die Abgeordneten Hildebrand, Böhle und Roske erschienen. Der Redner, der, als er vor nunmehr 10 Jahren seine Jungfernrede im Reichstag hielt, schon gesetzliche Regulierung für die Bureauangestellten verlangte, führte aus, wie diese Frage seitdem wiederholt den Reichstag beschäftigte. Nach der Reichstagsauflösung von 1906 haben dann die bürgerlichen Parteien in alle Welt hinausposaunt, daß nun vor allem für den „neuen Mittelstand" und damit auch für die Privatbeamten gesorgt werden sollte. In dem neuen Reichstag war es damals merkwürdigerweise der Freiherr von Heyl, der vor allem sein warmes Herz für die Bureaubeamten offenbarte, er, der in seinen eigenen Betrieben die sozialpolitischen Maßnahmen aufs ärgste vernachlässigte. Es wurde dann auch mit Recht von sozialdemokratischer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß gerade in den Betrieben dieses „zweiten Großherzogs von Hessen" die berüchtigte Konkurrenzklausel die allerschlimmste Rolle spielte. Vor einigen Tagen hat sich der Reichstag bekanntlich mit einer Anzahl Petitionen beschäftigt, darunter auch solchen von verschiedenen Organisationen der Bureauangestellten und Privatbeamten, und das Ergebnis war, daß die Wünsche nach Regelung der Rechtsverhältnisse und nach Erhebungen durch den Beirat für Arbeiterstatistik dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, der Wunsch nach Bildung von Gehilfenausschüssen zur Erwägung überwiesen wurden, während man das Verlangen nach gesetzlichen Bestimmungen über Lohnregelung, als eine Sache, auf die der Reichstag nicht einwirken kann, ablehnte. In der Debatte hatten Redner der verschiedenen Parteien sehr eifrig für die Interessen der Bureauangestellten gesprochen. Es gilt nun, meint der Redner, diese Stimmung auszunutzen. Daß und wie dringend notwendig eine gesetzliche Regelung ist, wissen Sie selbst am besten, da es ja der Gewerkschaft bisher nicht möglich gewesen ist, die Verhältnisse zu regeln. Der Redner schilderte dann, wie die Organisation der Bureauangestellten auch in Berlin vom Jahre 1897 an wiederholt versuchte, eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. In jenem Jahre waren in der Versammlung des Anwaltsvereins, die sich mit der Frage befaßte, von dessen 500 Mitgliedern nur 50 erschienen, und von diesen stimmten 24 gegen die Regelung. Bei der neuen Bewegung, 1903/04, lehnte man es, als der Würde des Anwaltsstandes nicht entsprechend, ab, mit der Kommission der Angestellten zu verhandeln, setzte aber eine eigene Kommission ein, die dann Beschlüsse faßte, welche sich mit den Forderungen der Angestellten deckten, aber schließlich von der Anwaltsversammlung verworfen wurden. Es ist also hier in Berlin nicht einmal gelungen, auf diesem Wege eine Regelung zu schaffen. Für ein gesetzliches Eingreifen zugunsten der Bureauangestellten ist nun bei Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung Gelegenheit geboten, vor allem bei dem § 139a, der jetzt in der Reichstagskommission zur Verhandlung kommt. Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder stellen dazu einen Antrag, daß jener Paragraph auch auf die im Krankenkassengesetz § 1 unter 2a genannten Personen ausgedehnt werde, wodurch für die Bureauangestellten usw. die auch im Handelsgesetzbuch vorgesehene Kündigungsfrist maßgebend wird. Dementsprechend soll dann auch der Titel 7 der Gewerbeordnung geändert und ergänzt werden. (Hierzu möchten wir bemerken, daß die Abgeordneten Schmidt (Berlin), Molkenbuhr und Stadthagen in der Gewerbeordnungskommission bereits im März dieses Jahres die Unterstellung der Bureauangestellten unter die Schutzvorschriften der Gewerbeordnung beantragt haben. D. R.) Der Redner, dem der Antrag in seinem Wortlaut noch nicht vorlag, machte darauf aufmerksam, daß, wenn die Bureauangestellten Verbesserungsvorschläge zu machen haben, diese gern von den sozialdemokratischen Abgeordneten entgegengenommen werden. Er wies weiter darauf hin, daß die Regierung sich bisher den Forderungen der Bureauangestellten gegenüber auffallend ablehnend verhalten hat. Sie befürchtet offenbar, daß Verbesserungen dieser Art auf die Staatsbetriebe übergreifen könnten, und hat vor nichts solche Angst, wie davor daß die moderne Arbeiterbewegung in dieser Richtung ansteckend wirkt. Man muß darauf gefaßt sein, daß die Regierung jenen Anträgen, wenn sie in Kommission und Reichstag angenommen werden, Schwierigkeiten bereitet, und sagt, es passe nicht in die vorliegende Materie hinein, und sie werde in nächster Zeit ein besonderes Gesetz vorlegen. Darauf mußte man dann allerdings, wie die Erfahrung in solchen Dingen gelehrt hat, unendlich lange warten. Im übrigen ist es weit besser, wenn die Regelung durch die Gewerbeordnung erfolgt, weil daraus folgen würde, daß auch andere Arbeiterschutzbestimmungen auf die Bureauangestellten anzuwenden sind. Eine weitere Frage, die den Reichstag demnächst beschäftigen wird, ist die der Versicherung der Privatbeamten. Hierbei bezeichnete der Redner es als den einzig gangbaren Weg, daß in der Invaliditätsversicherung eine höhere Klasse, die Einkommen bis zu 4000 M. umfassend, geschaffen werde. Der Redner erwähnte ferner die Reform der Zivilprozeßordnung usw. und machte darauf aufmerksam, daß die vorgeschlagene Herabsetzung der Entschädigung der Rechtsanwälte für Schreibunkosten insofern für die Angestellten eine große Gefahr in sich schließt, als die Anwälte infolgedessen an den Ausgaben sparen und um so weniger geneigt sein werden, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. In diesem Zusammenhang kritisierte der Redner auch die Aeußerung des freisinnigen Abgeordneten und Rechtsanwalts Ablaß von der eigenen Initiative der Anwälte zur Sicherung der Lage ihrer Angestellten, und wies darauf hin, wie ablehnend sich tatsächlich die Anwaltskammern wie die Masse der Anwälte allen Bestrebungen zur Verbesserung der Lage ihrer Angestellten gegenüber verhalten. Zum Schluß seines inhaltreichen Vortrages erklärte der Redner, daß, so dringend notwendig die gesetzliche Regelung auch ist, damit doch eine gründliche Besserung der Verhältnisse nicht erzielt werden kann, und daß in dieser Hinsicht die Hauptsache einer starken im Sinne der modernen Arbeiterbewegung tätigen Organisation überlassen bleibt.

Nach dem Vortrag, der lebhaften Beifall fand, wurden zunächst Gegner und vielleicht anwesende gegnerische Abgeordnete aufgefordert, ihre Meinung zu sagen; es meldete sich aber keiner. Nachdem noch einige Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten im Sinne des Referats gesprochen und zu eifriger Tätigkeit für die Organisation aufgefordert hatten, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

> Die von 500 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Bureauangestellten Berlins richtet an den Deutschen Reichstag das Ersuchen, in der gegenwärtig in Kommissionsberatung befindlichen Novelle zur Gewerbeordnung die Berufsverhältnisse aller Kategorien der Bureauangestellten durch Gleichstellung mit den Handlungsgehilfen zu regeln.
>
> Die Versammelten halten diese Regelung nicht nur für dringend notwendig, sondern auch für durchaus spruchreif. Sie wünschen in erster Linie eine Regelung des Lehrlingswesens, der Arbeitszeit, der Kündigungsbestimmungen, Entlassungsgründe, der Gehaltszahlung bei unverschuldeter Behinderung zur Arbeit, des sanitären Schutzes der Arbeitskraft und ferner die Unterstellung unter die Gewerbe- oder Kaufmannsgerichte sowie die Einbeziehung in die Gewerbeinspektion und die Arbeitskammern.
>
> Die Versammelten erklären die von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Ablaß im Reichstage anläßlich der Debatte über die Reform des Amtsgerichtsprozesses aufgestellte Behauptung, daß die Anwälte aus eigener Initiative sich entschlossen haben, für eine wesentliche größere und bessere Sicherstellung der Existenzbedingungen der Gehilfen des Anwaltsstandes einzutreten, als mit den Tatsachen in schärfstem Widerspruch stehend. Die Versammelten müssen vielmehr angesichts dieser Aeußerungen um so lauter die Forderung nach gesetzlichem Schutz erheben und das Verlangen aussprechen, die Reform des Amtsgerichtsprozesses so zu gestalten, daß eine wirtschaftliche Schädigung der Angestellten nicht eintritt, oder aber den Angestellten Ersatz für die ihnen erwachsenden wirtschaftlichen Nachteile gewährt wird.
>
> Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, diese Entschließung zur Kenntnis der gesetzgebenden Körperschaften zu bringen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

**Freitag, 4. Dezember.**
Anfang 7½ Uhr.

**Königliches Opernhaus.** Sinfoniekonzert der kgl. Kapelle.
**Königliches Schauspielhaus.** Die Welt, in der man sich langweilt.
**Deutsches.** Revolution in Krähwinkel.
**Kammerspiele.** Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.
**Lessing.** Ein Volksfeind.

Anfang 8 Uhr.

**Neues Schauspielhaus.** Julius Cäsar.
**Kon'liche Oper.** Tosca.
**Berliner.** Der Veilchenfresser.
**Renes.** Israel.
**Kleines.** Moral.
**Residenz.** Kümmere dich um Amelie.
**Hebbel.** Hohes Spiel.
**Schiller** (O. (Wallner-Theater.) Der Richter von Zalamea.
**Schiller-Theater Charlottenburg.** Die Zwillingsschwester.
**Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.** Irmingard.
**Westen.** Der fidele Bauer.
**Thalia.** Künstlerblut.
**Luisen.** Die Ehre.
**Bernhard Rose.** Die Entgleisten.
**Wilhelm-Theater.** Die Schöpfung.
**Lustspielhaus.** Die blaue Maus.
**Trianon.** Die Liebe wacht.
**Neues Operetten.** Die Dollarprinzessin.
**Berliner Operetten-Theater SW.** Havana. Anfang 8½ Uhr.
**Gastspiel-Theater.** Demimonde. Anfang 8½ Uhr.
**Bürgerl. Schauspielhaus.** Ein Rabenvater. Anfang 8¼ Uhr.
**Gebrüder Herrnfeld.** Die beiden Bindelbands. Vorher: Intern. Künstler-Teil.
**Apollo.** Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
**Metropol.** Donnerwetter — tadellos.
**Wintergarten.** Spezialitäten.
**Passage.** Spezialitäten.
**Kasino.** Die Dianabäder. Spezialitäten.
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.
**Walhalla.** Spezialitäten.
**Folies-Caprice.** Die Brautschau. Die lästige Witwe.
**Gustav Behrens.** Der Obersteiger. Spezialitäten.
**Carl Haverland.** Spezialitäten.
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

## Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

**Israel.**

Morgen und folgende Tage: Israel.

## Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.

**Moral.**

## Theater des Westens.

Allabendlich 8 Uhr: **Der fidele Bauer.**
Mittw., Sonnab. 4 Uhr: **Dornröschen.**

## Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Freitag, den 4. Dezember, 8 Uhr:
**Irmingard.**
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. 8 Uhr: Im weißen Rößl.
Sonntag 3 Uhr: Kriemhilds Rache.

## Berliner Theater.

Heute 8 Uhr: **Der Veilchenfresser.**
Morgen: Herodes und Marianne.

## Hebbel-Theater

Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
**Hohes Spiel.**

**Neues Operetten-Theater.** Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: **Die Dollarprinzessin.** Operette in 3 Akten von Leo Fall.

## Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: **Die blaue Maus.**

## Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. —
Täglich abends 8 Uhr:
**„Kümmere Dich um Amelie."**
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.

## Gastspiel-Theater

Köpenicker Straße 68. 8½ Uhr: Gastspiel Hedwig Lange.
**Demimonde.**
Morgen: Demimonde.
Sonnt. 3½ U.: Die Weiße von Lowood.

## DEBNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132
8 Uhr. Wochentagspreise. Bei aufgeh. Abonnement. Vorzugskarten ungültig.
**Die Entgleisten.**
Berliner Volksstück in vier Akten von Brentano und Gisbert.

## Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Richter von Zalamea.** Schausp. in 3 Aufzügen von Calderon de la Barca.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Vater und Sohn.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Der rote Leutnant.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Vater und Sohn.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Zwillingsschwester.** Lustspiel in 4 Aufz. von Ludwig Fulda.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der schwarze Kavalier.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Braut von Messina.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Jungfrau v. Orleans.**

## Zirkus Schumann.

Heute Freitag, den 4. Dezember, abends präzise 7½ Uhr:
**Das Sensations-Programm, sämtliche Spezialitäten, Clowns, Auguste** und um **9¼** Uhr die diesjährige große Ausstattungspantomime

**Golo,** der Seeräuber und Mädchenhändler,

mit seinen bezaubernden, an die alten indischen Tage erinnernden Pracht-Effekten. U. a.: **Der weiße Elefant.**

## Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. — B. Jehmlich.
Jeden Sonntag und Dienstag: [2161b*
**Hamburger Sänger.**
Anfang Sonntags 6½ Uhr, wochentags 8 Uhr. Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 9 Uhr:
**Ueber den Brenner nach Venedig.**

## Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
**Die Ehre.**
Sonnabend 4 Uhr: Große Kinder-Vorstellung: **Lügenmäulchen und Wahrheitsmündchen.**
Abends: **Villa Benkendorf.**
Sonntag nachm.: **Stolz der Stadt.**
Abends: **Die Ehre.**
Montag: **Die Ehre.**

## Apollo Theater

8 Uhr: **Eine lustige Spreewaldfahrt.** Musik von Paul Lincke.
9¼: Die **Sensations-Attraktionen** mit **Mizi Gizi** und **Siegwart Gentes.**
Sonntag **nachm.** 3½ Uhr: Familien-Vorstellung. Kleine Preise.

## WINTERGARTEN

Sonntag, 6. Dezember:
**Nachmittags-Vorstellung.**
Anfang 3 Uhr.
**Ermäßigte Preise!**

| | für Erwachsene | Kinder |
|---|---|---|
| Terrasse | 3.— | 2.— |
| Loge | 3.— | 2.— |
| Parkett-Fauteuil | 2.50 | 1.50 |
| Seiten-Terrasse | 2.50 | 1.50 |
| Fauteuil | 2.— | 1.— |
| Reserviert. Platz | 1.— | —.50 |
| Entree | —.75 | —.40 |

## WINTERGARTEN

## Otto Reutter

Senorita Floride, span. Tänzerin. Camille-Trio, kom. Reckturner. Kara, Meisterjongl. Mlle. Jenia mit ihren dress. Bären. Kaufmanns 12 ladys cycle troupe. 3 Gebr. Wille, Hand- u. Kopf-Equilibrist. Dr. Angelos lebend. Porzell. Dorothy Kenton, amer. Banjo-Virtuosin. Paul Conchas, Armee-Herkul. Fred Walton in ihr. phant. Pantom. „Der Holzsoldat. Der Biograph.

ENTREE M.1 RESERV. PLATZ M2 einschliessl. Garderobe u. Programm.

## Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr
**Donnerwetter—tadellos!**
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Sonntag, 6. Dezember, nachm. 3 Uhr:
**Durchlaucht Radieschen.**

## Puhlmanns Theater

(früh. Fröbel. Inh.: J. Leschkowski).
**Schönhauser Allee 148.**
Morgen Sonnabend:
**Benefiz-Vorstellung**
für
**A. Aurich** und **O. Wischer.**
Nach der Vorstellung: **Großer Ball.**

## XIV. Saison! Zirkus Busch.

Freitag, den 4. Dezember, abends präz. 7½ Uhr:
**Gala-Abend.** Um ca. 9 Uhr:
**Zizi Bamboula!**
**Das vielumstrittene Naturwunder aus Paris.**
**Alfred Daniels,** Gigerlclown. **Inas-Truppe.**
Ferner Mathilde Renz, Schulreiterin. Herr Ernst Schumann mit d. neuesten Dressuren. Gerard und Fontana, Reitkünstler.
Um 9¼ ca.:
**Barbarossa!!**
Große Origin.-Ausst.-Pantomime des Zirkus Busch in 6 Bildern.

## Passage-Theater.

**Jeden Abend**
**8 Uhr:**
**Bozena Bradsky**
**Und das großartige Dezember-Programm.**

## Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree!
Lebend! Das Lebend!
**Bärenweib.**
Neapolitanische Briganten
Panophon-Vorträge:
**Alexander Girardi, Otto Reutter, Caruso** etc.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

## Stadt-Theater Moabit.

**Alt-Moabit 48.**
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Sonntag, den 6. Dezember:
**Die Logenbrüder.**
Schwank in drei Akten von C. Laufs. Anf. d. Vorst. 7, Kassenöffnung 6 Uhr. Konzert 6½ Uhr.
Nach der Vorstellung: **Ball.**
Montag, den 7. Dezember: **Soiree der Lustigen Sänger.**

## Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Ein Erfolg, wie ihn die Herrnfeld-Bühne bisher nie erreicht!
**Die beiden Bindelbands.**
Vorher: Vollständig neuer **Künstler-Teil:**
Lona Heggi. — Mirzi v. Wenzl. Original-Lindström-Terzett. Les Rhyants. — 5 Hardinis.

## Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr:
Das neue großartige **Dezember-Spezialitäten-Programm.**
Im Tunnel Regimentskapellen ꝛc. Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

# Sozialdemokratischer Wahlverein

des

# 6. Berliner Reichstagswahlkreises.

**(Abteilung II Gesundbrunnen.)**

Sonnabend, den 5. Dezember 1908, im großen Konzertsaal des „Etablissement Ballschmieder", **Badstraße 15a/16:**

## ::: Kunstabend :::

**Heitere Kunst in Wort und Ton**

unter Mitwirkung des **Berliner Elite-Orchesters.** Dirigent **Fritz Blume.** Rezitation: **Eduard v. Winterstein** (Deutsches Theater). Gesang: Opern- und Konzertsängerin **Margarete Blume.** Violin-Virtuosin: **Bianka Becker-Samolewska.**
Am Flügel: Musikdirektor Fritz Blume.

Nachdem im großen Saale **Tanz.** Herren zahlen 50 Pf. nach.

Die Saaltüren bleiben während der Vorträge geschlossen.
Rauchen während der Aufführungen nicht gestattet. Getränke werden nur in den Pausen serviert.
Anfang präzise 9 Uhr. Einlaßkarte 50 Pf.
237/7* **Das Komitee.**

## Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.
Sonntag, den 6. Dezember 1908, abends 7½ Uhr:
**Die Kinder der Exzellenz.**
Lustspiel in 4 Akten von E. v. Wolzogen.

## Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.

**Der Obersteiger**
oder:
**Bergmanns Freud und Leid.**
Charakterbild aus der Neuzeit.
Friedel, Obersteiger: Dir. G. Behrens.
Nr. **Henry: Das Wunder der Hunde-Dressur.**
Außerdem das
**Elite-Dezember-Programm.**
Anfang 8¼ Uhr. Sonntags 6 Uhr.

## Wer sich schwach und elend fühlt, wer an Schlaflosigkeit leidet und über Appetitmangel klagt,

der gebrauche
**HYGIOPON,**
das neue **auf elektrischem Wege hergestellte** Eisenpräparat, welches von **ärztlichen Autoritäten** als **hervorragendes blutbildendes Kräftigungsmittel** anerkannt und empfohlen wird.
**Originalflaschen: M. 1,75 u. M. 3.— in den Apotheken erhältlich.**
Generaldepot für Deutschland: **Dr. Wasserzug, Frankfurt a. M., Theaterplatz 1.**

**Depots: Viktoria-Apotheke,** Dr. Laboschin, Friedrichstr. 19. **Apotheke zum gekr. schwarzen Adler,** Auguststraße 60. **Junge Apotheke zum schwarzen Adler,** Neue Königstr. 50. **Dr. Kortums St. Georgen-Apotheke,** L. Wollenberg, Landsberger Straße 39. **Roland-Apotheke,** N. Bermann, Turmstr. 18. **Adler-Apotheke,** Artur Auerbach, am Weddingplatz. **Hemboldt-Apotheke,** Potsdamer Straße 29. **Elefanten-Apotheke,** Leipziger Str. 74, am Dönhoffplatz. **Hertha-Apotheke,** Schöneberg, Hauptstraße 162. **Hohenzollern-Apotheke,** Dr. Hans Virchow, Königin-Augusta-Straße 50. **Elisabeth-Apotheke,** Dr. E. Klemann, Reichenberger Straße 112. **Admiral-Apotheke,** Dr. H. Wreszinski, Admiralstr. 31/32. **Apotheke zum goldenen Adler,** Alexandrinenstraße 41. **Flora-Apotheke,** Ernst Aißlinger, Invalidenstr. 94. **Diana-Apotheke,** Turmstr. 28, Ecke Stromstraße. **Mohren-Apotheke,** J. Gebhardt, Grimmstraße 9. **Apotheke zum weißen Kreuz,** Dr. Hugo Caro, Chausseestraße 13. **Luisenstädtische Apotheke,** Dr. Manfred Hapel, Köpenicker Str. 119. Dr. Wilh. Wartenberg, **Marggraffs Rote Apotheke,** Rosenthaler Str. 46/47. **Simons' Apotheke,** Spandauer Straße 33. **König Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße 54. **Westend-Apotheke,** Kurfürstenstraße 80. **Schweizer-Apotheke,** Friedrichstr. 173. **Dennewitz-Apotheke,** Bülowstr. 35a. **Stein-Apotheke,** Rosenthaler Str. 61, Ecke Steinstraße. **Apotheke zum weißen Schwan,** Spandauer Straße 77.

## Berliner Eis-Palast

Bis **1 Uhr nachts** geöffnet.
**Auftreten erster Kunstläufer und -läuferinnen.**

## Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willy Voigt.
Freitag, den 4. Dezember, abends 8¼ Uhr:
**Die wilde Katze.**
Posse mit Gesang in vier Akten von W. Mannstädt und Beller. Musik von G. Steffens.

## W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
**Angeklagt!**
Schausp. n. d. bekannt. Morgenp.-Rom.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Abonnenten bedeutende Ermäßigung!
Sonnabend: Extravorst.: **Fridolin** oder der Gang nach d. Eisenhammer.

## Folies Caprice

Linienstr. 132, an der Friedrichstraße.
Zum
**100.**
**Male:**
Die
**lästige Witwe.**
Die
**Brautschau.**

## Reichshallen-Theater

**Stettiner Sänger.**
Zum Schluß neu:
**Der Kompagnie-Ball**
Militärische Humoreske von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonnt. 7 U.

## Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
**Täglich 8 Uhr:**
**Der einzig dastehende Dezember-Spielplan!**
U. a.:
**Dolorita,** die schöne Spanierin.
**Istvan Béliks,**
Sturz aus der sechsten Etage.
**Clerson and Georgi,** Voltigeure.
**La belle Florentine,** lebende Bilder.
**Werthers Leiden.**
Burleske von Schmidt-Hawkins und **10 Attraktionen.**
Familienkarten, wochentags halbe Preise, überall gratis!

## Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
8 Uhr: **Corradini** usw. usw.
Das weltberühmte **Bergère-Quartett.**
9½ Uhr: Jubelnder Lacherfolg!
**„Die Dianabäder".**
Sonntag 4 Uhr: Die fidele Kiste.

## Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7—9.
**Ein Rabenvater.**
Schwank in 3 Akten von C. Kraatz.
Anfang 8¼ Uhr.
Sonntag 3 Uhr: Ausgewiesen. — 8 Uhr: Der Glöckner v. Notre-Dame.

## Sanssouci,

Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag, Donnerstag:

**Hoffmanns Nordd. Sänger** und Tanzkränzchen.
Hochinteress. Programm! Aktuelle Schlager!
Beg. Sonnt. 5, wochent. 6 U.
Morgen Sonnabend: Benefiz für Hoffmanns Nordd. Sänger.

## Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.
**Gänzlich neues Programm!!!!**
**Franz Sobanski.**
Les Mandros, Gebr. Weiß, E. Charton, Grete Reimann, Mstr. Rex, Mstr. Giron.
**Leute von heute.**
Berl. Lebensbild mit Gesang in 1 Akt.
Mittw., Sonnab., Sonnt., n. d. B.: Tanz.
16. Dezemb. beg. d. Weihnachtsvorstlg.

## Die allerbeste Puppe

erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der
**Puppen-Fabrik Otto Kreyssig**
**88 Brunnenstr. 88,** schrägüber der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.
**Reparaturen** beim Einkauf von Ersatzteilen **gratis!**

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

# Verband der Sattler.

**Ortsverwaltung Berlin.**

Die nächsten
**Branchen-Versammlungen**
finden an nachfolgenden Tagen statt:

**Geschirrbranche:** Mittwoch, den 16. Dezember 1908.
**Treibriemenbranche:** Montag, den 7. Dezember 1908.
**Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche:** Donnerstag, den 10. Dezember 1908.
**Militärbranche:** Sonnabend, den 5. Dezember 1908.
**Linoleumleger und Teppichnäher:** Donnerstag, 10. Dezember.
**Wagenbranche:** Donnerstag, den 10. Dezember 1908.
**Eisenmöbelbranche:** Donnerstag, 10. Dezember.
**Sektion Charlottenburg:** Montag, den 7. Dezember 1908.

Zahlreichen Besuch der Branchenversammlungen erwartet
138/10 **Die Ortsverwaltung.**

# Als willkommenes Weihnachts-Geschenk

empfehlen wir

# Regenschirme

zu nachstehenden Ausnahmepreisen

| | | |
|---|---|---|
| Damen- oder Herrenschirme | mit Stahlstock, Holzspitze, seidenem Taffet-Futteral ganz dünn und elegant | 2.75 |
| Damen- oder Herrenschirme | prima Gloria mit Futteral | 3.25 |
| Damen- oder Herrenschirme | prima Halbseide mit seidenem Taffet-Futteral | 4.25 |
| Damen- oder Herrenschirme | reinseidener Taffet, mit Futteral, extra dünn, elegante Naturkrücke | 6.50 |
| Damen-Schirme | Halbseide mit farbiger Bordüre | 3.65 |
| Damen-Schirme | halbseidener Taffet mit farbiger Bordüre, besonders elegant | 5.25 |
| Damen-Schirme | mit sehr schönen Fantasiegriffen in elegantem Karton | 4.50, 6.50 |

Unsere Spezial-Marke:

**„Durable"**

Damen- oder Herrenschirm, Ia Halbseide mit Futteral, 1000 Tage Garantie gegen regul. Verschleiss i. d. Lagen **4.90**

# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

---

Wir geben unseren Kunden schon jetzt Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verabfolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen noch die

# Doppelte Anzahl Rabattmarken

*Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.*

---

## für das Weihnachtsfest

empfehlen wir als geeignete Geschenke folgende **Prämien** für die Leser des „Vorwärts":

**F. W. Hackländers Werke**
Neue illustrierte Ausgabe, 2 Bände, 3,50 M.

**Goethes Werke**
2 Bände, illustriert, 3,50 M.

**Freiligraths sämtliche Werke**
3 Bände, gebunden, 3,— M.

**Schillers Werke**
2 Bände, illustriert, 3,50 M.

**Grillparzers sämtliche Werke**
2 Bände, illustriert, 3,— M.

**Heines Werke**
2 Bände, illustriert, 3,50 M.

**Reuters sämtl. Werke**
2 Bände, illustriert, 3,— M.

**Gerstäckers Werke**
2 Bände, illustriert, 3,50 M.

247/9*

Ferner empfehlen wir unser reichhaltes Lager in

**Jugendschriften**

zusammengestellt nach dem vom **Bildungs-Ausschuß** der Partei herausgegebenen **Jugendschriften-Verzeichnis**, das in unserem Geschäftslokale **gratis** zu haben ist.

**Bilderbücher**

sind in großer Anzahl und in allen Preislagen vorhanden.

**Expedition des „Vorwärts", Berlin SW. 68,**
Lindenstr. 69. (Laden.)

---

# Auf Kredit!

**Paletots** für Herren und Damen.

**Anzüge** für Herren und Knaben.

**Pelze.**

**Möbel** aller Art.

**Anzahlung** vollständig **Nebensache!**

**Abzahlung** spieleud leicht!

# S. Gottlieb

**Rosenthaler Str. 54 I.**

---

# Arbeiter-

**Bekleidung – Berufskleidung.**

**Größtes Spezialgeschäft.**

**Kohnen & Jöring,** Hauptgeschäft **Alexanderstr. 12.**

Filialen: **Landsberger Allee 148.**

Neu eröffnet! **Rixdorf:** **Bergstraße 66** am Ringbahnhof.

---

---

**14 Tage auf Probe**

versende allerseine Gefahrüberallhin **ff. Harzer Kanarien-Vögel** sowie **Vogelfutter u. Einsatz-Bauer.** Verlangen Sie Preisliste kostenfrei von

**L. G. Müller, Vogelzüchterei, Nordhausen 10 a. Hz.**

---

Billigste Bezugsquelle für

**Hygienische Bedarfs-Artikel**

**Drogerie Zaremba,**
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

---

## Geehrte Hausfrau!

**Haben Sie schon Hamburger Bruchkaffee-Mischung versucht?**
**Marke „Java" Pfund 60 Pf. — Marke „Mocca" Pfund 80 Pf.**

Hamburger Bruchkaffee-Mischung ist absolut reinschmeckend u. kräftig.
Hamburger Bruchkaffee-Mischung ersetzt den teuren Bohnenkaffee.
Hamburger Bruchkaffee-Mischung ist halb so teuer wie Bohnenkaffee.
Hamburger Bruchkaffee-Mischung kommt tägl. frisch geröstet z. Verkauf.
Hamburger Bruchkaffee-Mischung führt n. einm Gebr. z. dauern. Kundsch.
Hamburger Bruchkaffee befriedigt den verwöhntesten Kaffeetrinker.
Hamburger Bruchkaffee-Mischung ist allein d. uns. Geschäfte z. beziehen.
Hamburger Bruchkaffee-Mischung hat sich in kurzer Zeit seiner vorzüglichen Qualität wegen in ganz Berlin eingeführt

**Gebr. Grossien,** Kolonialwaren- u. Kaffee-Großhandlung
Berlin C., Neue Schönhauser Str. 14, Rosenthaler Str. 51, Frankfurter Allee 188.

---

# Bolero

ist nach dem **Urteil aller Sachverständigen** die

**feinste 2 Pf.-Zigarette.**

Gesetzlich geschützt!

---

**HERREN KNABEN KLEIDUNG**

**S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36**

---

**Arbeiter** finden für den **Winter** 48282*
gute und billige **Unterkleider** in großer Auswahl
**Brunnenstr. 158, Gelber Laden.**

---

Größte Puppen-Fabrik Berlins.

**P. R. Zierow,**

Berlin N. 37, Schönhauser Allee 179.

**Eigene Fabrikation.**

Größtes Lager von Kugelgelenkpuppen, Bälgen, Köpfen, Perücken, gekleideten Puppen und Puppenartikeln. 4816L*

Sämtliche Reparaturen und alle Ersatzteile.

Engros- u. Einzelverkauf. Kein Laden.

---

Gesundheit ist Reichtum!

Bade Berlin-Ost im

# „Bad Frankfurt"

**Große Frankfurter Str. 136.**

Medizinische Bäder aller Art in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren. 466L

**2 Wannenbäder** mit je 2 Handtüchern 75 Pf. (40 Minuten Badezeit.)

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Gerichts-Zeitung.

**Ein Querulant und ein Sozialistentöter auf der Anklagebank.**

Ein pensionierter Gerichtssekretär namens **Kellermann**, ein Mann, der allem Anschein nach geistig nicht völlig intakt ist, verbreitet seit Jahren Schmähschriften gegen unseren **Genossen Wolfgang Heine.** In Broschüren dieser Art sowie in einer Unzahl von Briefen stellt Kellermann die Behauptung auf, Heine, der ihn in einem Ehescheidungsprozeß in Neu-Ruppin vertrat, habe sich mit den Richtern verbunden, gewissermaßen eine Verschwörung ins Werk gesetzt, um zu erreichen, daß Kellermann in dem Ehescheidungsprozeß als schuldiger Teil und gleichzeitig für geisteskrank erklärt werde. **Genosse Heine hat diese Angriffe** eines Mannes, den er für unzurechnungsfähig hält, **nicht beachtet.** Nachdem Kellermann sein Broschürenbombardement 10 Jahre hindurch fortgesetzt hatte, fand er in der **„Wilmersdorfer Zeitung"**, die ihm als hervorragend sozialistentöterisches Organ bekannt war, eine treue Bundesgenossin. **Heenemann,** der Redakteur und Herausgeber der „Wilmersdorfer Zeitung", nahm die widersinnigen Behauptungen des Mannes, den jeder urteilsfähige Mensch schon nach einem kurzen Gespräch mindestens als einen völlig unzuverlässigen Gewährsmann erkennen muß, begierig auf und benutzte das Material, welches ihm Kellermann zutrug, zu einer Artikelserie, die er im Februar 1908 in der „Wilmersdorfer Zeitung" veröffentlichte unter der Ueberschrift: **„Fort mit Wolfgang Heine aus dem Reichstage".** In den Artikeln wird behauptet, Heine habe seinen damaligen Klienten Kellermann um seine Vaterrechte, um seine Staatsbürgerrechte und um sein Vermögen gebracht und ihn für verrückt erklären lassen.

Nun stellte **Genosse Heine gegen den Redakteur Heenemann Strafantrag.** Die Folge davon war, daß sowohl dieser als auch sein Gewährsmann Kellermann wegen öffentlicher Beleidigung angeklagt wurden. Die Verhandlung fand am Donnerstag vor der dritten Strafkammer des Landgerichts III statt. In stundenlangen Erörterungen wurde die Angelegenheit nach allen Richtungen hin beleuchtet. Den größten Teil der Zeit nahm die Vernehmung des Angeklagten Kellermann sowie dessen unglaublich wirre und krause Ausführungen in Anspruch. Als einziger Zeuge wurde Genosse Heine vernommen, der auch als Nebenkläger zugelassen war. Durch die Verhandlung wurde im wesentlichen **folgendes festgestellt:** Kellermann war Gerichtssekretär in Neu-Ruppin. Eine Flut von unbegründeten Beschwerden, die er gegen Vorgesetzte richtete, hatten ein Disziplinarverfahren gegen ihn zur Folge. Ehe dasselbe zum Abschluß kam, wurde Kellermann auf Grund ärztlicher Gutachten für geisteskrank erklärt. Daraufhin wurde das Disziplinarverfahren eingestellt, aber die Zwangspensionierung sowie das Entmündigungsverfahren in die Wege geleitet. Letzteres Verfahren wurde vor dem Amtsgericht Ilmenau, wohin Kellermann verzogen war, verhandelt. Er wurde aber nicht entmündigt, weil er inzwischen zwei ärztliche Gutachten beibrachte, welche erklärten, Kellermann sei zwar nicht geisteskrank, aber in hohem Grade nervös. Hierauf hat Kellermann wegen seines leidenden Zustandes seine Pensionierung nachgesucht, die ihm auch bewilligt worden ist. — Im Jahre 1897 klagte Kellermanns Frau auf Scheidung der Ehe wegen schlechter Behandlung und schwerer Beleidigung durch den Ehemann. Kellermann beauftragte den Rechtsanwalt Heine mit seiner Vertretung im Ehescheidungsprozeß und Heine gewann den Justizrat Pelegrimm in Neu-Ruppin als Prozeßvertreter in dieser Sache. Der Prozeß endete mit der Trennung der Ehe, Kellermann wurde als der schuldige Teil erklärt und das einzige Kind der Frau zugesprochen. Dieser Ausgang des Prozesses entsprach den Wünschen und Erwartungen Kellermanns nicht. Er überhäufte deshalb seinen Anwalt Heine, dem er übrigens noch vor Beendigung des Prozesses das Mandat entzogen hatte, mit den schwersten Beschuldigungen. Besonders erhebt er gegen Heine den Vorwurf, daß dieser in einem der Ehescheidungstermine nicht die ärztlichen Atteste vorlegte, welche Kellermann für geistig gesund erklären. — Hierzu lag aber, wie durch die Zeugenaussage des Genossen Heine festgestellt wurde, kein Grund vor, denn die geistige Gesundheit Kellermanns war in jenem Stadium des Prozesses nicht angezweifelt. — Später hat dann das Gericht ex officio eine Untersuchung des geistigen Zustandes Kellermanns veranlaßt. Anscheinend mit negativem Erfolge, denn Kellermann gilt heute noch offiziell für nicht geisteskrank. — Diese Vorgänge stellen sich in Kellermanns Kopf so dar: Sein Anwalt Heine habe sich mit den Richtern in Neu-Ruppin verabredet, um ein Urteil zustande zu bringen, welches Kellermann in der Ehescheidungssache als den schuldigen Teil erklärt, er habe als geisteskrank erklärt werden sollen und damit das alles glatt und schnell geschehen könne, sei ein Termin angesetzt worden, von dem er keine Kenntnis gehabt habe usw.

Diese Phantasiegebilde, ebenso wie alles, was Kellermann sonst noch gegen Heines Anwaltstätigkeit geschrieben, gedruckt und gesagt hat, stellte sich in der Gerichtsverhandlung als jeder Grundlage entbehrend heraus. — Man muß sich verwundert fragen: Wie konnte ein Redakteur Gewicht legen auf derartige, sofort als Ausgeburten eines nicht gesunden Geistes erkennbare, sinnlose Behauptungen und sie zum Gegenstand von Angriffen gegen einen im öffentlichen Leben stehenden Mann machen? — Eine in diesem Sinne gestellte **Frage des Vorsitzenden** beantwortete der **Angeklagte Heenemann** dahin, eine Zeitschrift, **„Der deutsche Kampf"**, habe die Angelegenheit behandelt, und weil Heine nicht dagegen geklagt habe, so habe er, Heenemann, geglaubt, es müsse doch wohl etwas Wahres daran sein. — **Heine** bemerkte darauf: **Auf solche Artikel, wie sie „Der deutsche Kampf", ein kleines Skandalblatt, bringt, reagiert man ebensowenig, wie auf die Angriffe eines Geisteskranken.** Die „Wilmersdorfer Zeitung" habe er verklagt, weil ihre Artikel insofern Beachtung verdienen, als diese Zeitung **amtliches Publikationsorgan** und im Bezirk des Landgerichts II verbreitet ist, wo er den größten Teil seiner Praxis habe. Gegen Kellermann hätte er nicht Strafantrag gestellt, denn diesen halte er trotz der ärztlichen Gutachten für geisteskrank. Es handle sich für ihn, Heine, nur darum, daß die Sache aufgeklärt werde.

Der **Angeklagte Heenemann,** der sich seinerzeit so bereitwillig zum Bundesgenossen Kellermanns hergegeben und die Ehre eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten besudelt hatte, wurde vor Gericht recht kleinlaut. Was sollte er auch sagen, nachdem sich ohne Zweifel herausgestellt hatte, daß er sich zum Verbreiter ehrabschneiderischer Unwahrheiten gemacht hatte. Unter diesen Umständen war es für den sonst so forschen Kämpfer gegen die Sozialdemokratie am besten, **um gut Wetter zu bitten.** Das tat er denn auch, indem er **zu Protokoll erklärte, er habe sich durch die eingehende Beweisaufnahme überzeugt, daß die von ihm gegen Heine vorgebrachten Angaben unrichtig sind, daß er die beleidigenden Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme, diese Erklärung in der „Wilmersdorfer Zeitung" veröffentlichen und die Kosten des Verfahrens tragen werde.**

**Nach dieser Erklärung zog Genosse Heine den Strafantrag zurück** mit der Bemerkung, daß ihm auch an Kellermanns Bestrafung nichts liege, weil er denselben für einen Geisteskranken halte, den man für seine Handlungen nicht verantwortlich machen könne.

Das Verfahren gegen beide Angeklagte wurde eingestellt.

---

**Eine schwere nächtliche Bluttat**

lag einem **Totschlagsprozeß** zugrunde, welcher gestern das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurde der **42jährige Arbeiter und Schuhmacher Hermann Thielecke** aus Halensee vorgeführt, der sich wegen **vollendeten und versuchten Totschlags,** Bedrohung, qualifizierten Hausfriedensbruchs und Beleidigung verantworten mußte.

In der Nacht zum 11. Mai wurde das an der Ecke der Suarez- und Kantstraße in **Charlottenburg** gelegene Schanklokal des Restaurateurs Heinrich Weist zum Schauplatz einer schweren Bluttat. Weist saß mit einem Maurerpolier **Pollak,** seiner Tochter und einem anderen Gast an dem Stammtisch. Gegen 1 Uhr nachts kam der jetzige Angeklagte mit seiner Ehefrau und seinem Schwager Nawotny in das Lokal. Letzterer warf ein Kognakglas herunter, so daß es zerbrach. Beim Bezahlen der Zeche verlangte die Tochter des Weist Bezahlung des zerbrochenen Glases. Thielecke geriet über diese berechtigte Forderung in große Erregung und ließ allerlei unanständige Redensarten fallen. Als sich Weist diese Redensarten verbat, drang der Angeklagte mit seinem Schwager auf ihn ein. Weist forderte beide auf, das Lokal zu verlassen, jedoch ohne jeden Erfolg. Dieser bedrohlichen Situation wurde dadurch ein Ende bereitet, daß der Angeklagte von Pollak gewaltsam aus dem Lokal entfernt wurde, während sein Schwager Nawotny sich mit dem Wirte wieder ins Einvernehmen setzte. Nach mehreren Minuten öffnete der Angeklagte von außen die Tür und rief in das Lokal hinein: **„Wer was haben will, der komme raus, ich werde ihm mal was zeigen!"** Weist trat in die Tür, um sich diese Störungen zu verbitten. In diesem Moment schlug der Angeklagte **einen Revolver** auf ihn an und gab einen Schuß ab, der den W. in die linke Seite traf, durch die Uhrkette aber an einem Eindringen in den Körper gehindert wurde. Gleich darauf fiel ein **zweiter Schuß,** der den Gastwirt an der Hüfte erheblich verletzte. Der **Revolverheld** stellte sich nunmehr in die offene Tür und gab **auf die Tochter** des Weist einen Schuß ab, der jedoch fehlging. Schließlich gab der Angeklagte **noch einen Schuß** auf den Maurerpolier Pollak ab. **Dieser brach** mit dem Rufe: **„Helft mir, ich sterbe!" zusammen** und blieb in seinem Blute schwimmend auf dem Fußboden liegen. Der Attentäter ergriff jetzt die Flucht und wurde von dem Maurer Grunow verfolgt. Auch auf G. gab der Angeklagte **noch zwei Schüsse ab,** die fehlgingen. Verschiedene andere Personen nahmen sofort die weitere Verfolgung auf. Als Thielecke in der Kantstraße gestellt wurde, schlug er wie wild mit seinem Taschenmesser um sich, ohne jedoch jemand zu verletzen. — Der schwerverletzte Pollak wurde sofort nach dem Krankenhaus geschafft, **ärztliche Hilfe war jedoch nicht mehr möglich.** Die Verletzungen des Weist waren nicht lebensgefährlich. — **In seiner gestrigen Vernehmung** gab der Angeklagte folgende Schilderung des Vorfalls. Er habe von seiner früheren Stellung als Wächter her ganz zufällig den Revolver in der Tasche gehabt. An jenem Abend habe er mehrere Glas Bier und ein größeres Quantum Kognak getrunken. In dem Lokal sei er ohne weiteres angegriffen und hinausgeworfen worden. Was dann geschehen sei, wisse er nicht mehr. Er habe in seiner Jugend auf der Eisbahn eine Kopfverletzung erlitten, seitdem leide er an heftigen Kopfschmerzen und wisse, wenn er Bier und Schnaps trinke, überhaupt nicht, was er tue. — Diesen Angaben standen die **Bekundungen der Augenzeugen gegenüber,** die die Sachlage wie oben dargestellt schilderten und aussagten, der Angeklagte sei keinesfalls angetrunken gewesen, er habe auch kein aufgeregtes Wesen zur Schau getragen. — Der **Sachverständige** Medizinalrat Dr. **Bütow** hat den Angeklagten auf den Geisteszustand untersucht und ist zu dem Resultat gelangt, daß der Angeklagte als geistig minderwertiger Mensch durch den ungewohnten Alkoholgenuß in eine hochgradige Erregung geraten ist, die aber nicht als eine Bewußtseinsstörung im Sinne des § 51 St.-G.-B. anzusehen ist. Der Staatsanwalt **Hoop** hielt den Angeklagten des Totschlags und der übrigen zur Anklage stehenden Straftaten für völlig überführt, während Rechtsanwalt **Jaffé** nur eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgange für nachgewiesen hielt. Die **Geschworenen** bejahten nur die Schuldfrage, ob **Körperverletzung mit tödlichem Ausgange** vorliege und bewilligten mildernde Umstände. Das **Urteil** lautete auf **ein Jahr und drei Monate Gefängnis.**

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Arbeitsnachweis:** Hof I. Amt III. 1239. | Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. | **Haupt-Bureau:** Hof III. Amt III. 1987.

## Sonntag, den 6. Dezember,

**vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr,**
findet die

## Wahl

**eines Beisitzers für die engere Ortsverwaltung**
in folgenden Lokalen statt:

**Kolberger Salon,** Kolberger Str. 23.
**Brunnen-Theater,** Badstr. 58.
**Obiglos Festsäle,** Schwedter Str. 23.
**Sokolowski,** Bernauer Str. 82.
**Elysium,** Landsberger Allee 40/41.
**Schäde,** Kopenhagener Str. 74.
**Litfiss Festsäle,** Memeler Str. 67.
**Boekers Festsäle,** Weberstr. 17.
**Gewerkschaftshaus,** Engelufer 15 (Saal 4).
**Fröhlichs Restaurant,** Muskauer Str. 1.
**Grumbachs Festsäle,** Schönleinstr. 6.
**Wiemers Restaurant,** Bülowstr. 58.
**Kronen-Brauerei,** Alt-Moabit 47/49.
**Volkshaus, Charlottenburg,** Rosinenstr. 3.
**Thiel, Rixdorf,** Bergstr. 152.
**Hoppe, Rixdorf,** Hermannstr. 49.
**Heizmann, Steglitz,** Florastr. 2a.
**Huth, Spandau,** Lindenufer 17.
**Warnecke, Ober-Schöneweide,** Wilhelminenhofstr. 18.
**Tempel, Rummelsburg,** Alt-Boxhagen 56.
**Lehmann, Köpenick,** Bahnhofstr. 34.
**Roßkopf, Weißensee,** König-Chaussee 38.
**Halfes, Tegel,** Brunowstr. 23.
**Rozycki, Pankow,** Kreuzstr. 3/4.
**Müller, Tempelhof,** Berliner Straße.

**Ohne Mitgliedsbuch**

**kann niemand wählen!**

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.

Wahlleiter ist der Kollege **Otto Handke,** Charitéstr. 3.

## Bauanschläger!

**Sonntag, 6. Dezember, vorm. 10 Uhr:**

## Monatsversammlung

im **„Englischen Garten"**, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Fr. Rehbein** über: „Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung". 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. (Wahl von zwei Revisoren für die Sterbekasse und Branchenfonds.) 4. Verschiedenes.

Kollegen! Wir erwarten bestimmt, daß Ihr für zahlreichen Besuch agitiert und auch selbst erscheint.

**Sonntag, den 6. Dezember 1908, abends 6 Uhr:**

## Branchen-Versammlung

**der Schmiede** Berlins und Umgegend
im **„Englischen Garten"**, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Düwell.** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung ihre Frauen mitzubringen.

Nach Schluß der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.**

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

## Montag, den 7. Dezember:

## Bezirks-Versammlungen

**für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin**
in folgenden Lokalen:

**Osten-Lichtenberg: Litfin,** Memeler Str. 67 **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Kollegen **Wücke:** „Was haben die Arbeiter von der gegenwärtigen Regierungspolitik zu erwarten?"

**Stralau-Rummelsburg: Tempel,** Alt-Boxhagen, Ecke Bahnhofstraße, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Kollegen **Thurow:** „Tarifverträge."

**Weißensee: Roßkopf,** König-Chaussee 38, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Genossen **Störmer:** „Die wirtschaftliche Krise."

**Süden: Gewerkschaftshaus,** Engelufer 15, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Genossen **Hellmann:** „Der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse."

**Rixdorf: Hoppe,** Hermannstraße 48/49, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Kollegen **Handke:** „Die Rechte und Pflichten der Arbeiter als Staatsbürger."

**Westen-Schöneberg: Zühlke,** Dennewitzstr. 13, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Genossen **Obst:** „Schule und Kirche."

**Steglitz: Schellhase,** Ahornstraße 15a, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Kollegen **Hilpert:** „Emanzipation des Proletariats."

**Charlottenburg: Volkshaus,** Rosinenstraße 3, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Kollegen **Hartmann:** „Arbeitgeberverbände."

**Moabit: Brünings Prachtsäle,** Wiclefstr. 24, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Genossen **Severing:** „Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern."

**Norden: Bockbrauerei,** Chausseestraße 64, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Kollegen **Bahn:** „Der Fluch der Armut."

**Norden: Frankes Festsäle,** Badstraße 19, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Kollegen **Eggert.**

**Norden: Obiglo,** Schwedter Straße 23, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Genossen **Ritter.**

**Tegel: Schülers Eichbornsäle,** Eichbornstraße, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Kollegen **Wuschick.**

**Köpenick: Joch,** Grünauer Straße 7, **abends 8½ Uhr**
Vortrag des Kollegen **Jakobsen:** „Fortschritt und Armut."

**Spandau: Böhle,** Havelstr. 20, **abends 8½ Uhr**
Jahresbericht und Neuwahl der Bezirksleitung.

**In allen Versammlungen ist außerdem die Berichterstattung von der Generalversammlung.** 125/14

**Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt!**

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

---

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich im Hause **Schönleinstr. 34** ein **Zigarrengeschäft** eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bittet **Fritz Schwemke.**

---

## Tischler-Verein E. H. No. 89.

**Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:**

## Versammlung.

Vortrag von Herrn **Karl Lüpnitz:** „Proletarische Dichter."
Ausgabe der Zirkusbilletts zum 10. Dezember. **Der Vorstand.**

---

**Kunstgeigenbauer E. Toussaint**
BERLIN C.
**Joachimstraße 11C,**
liefert **Reparaturen,** auf Wunsch zugleich mit vorzgl. Tonverbesserung.
Spezialität:
**Erzeugung des alt-italienischen Timbres** für große Säle an alten u. neuen Geigen.
**Mäßiges Honorar.**

**Frack-Verleih-Institut:** Friedrichst. 118/1, a. Oranienbg. Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

---

5255L*

**Erprobt und bewährt!**

## Spiritus-Glühlicht-

**Lampen u. Brenner**

**Spiritus-Zentrale G. m. b. H.**

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

**Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!**

---

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden unserer lieben Mutter und Schwiegermutter

**Frau Marie Schüler**
geb. **Reiche**

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen der A. E.-G., Schlegelstraße, dem Metallarbeiter-Verband unseren herzlichsten Dank.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**
**Marta Rindfleisch** mit Geschwistern.

---

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes sagen wir allen Beteiligten herzlichen Dank.

**Otto und Berta Valeske.**

---

**„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"**
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes **„Solidarität".**

**Die Touren werden in den Monaten Dezember, Januar und Februar nur noch in den Versammlungen u. Startlokalen bekanntgegeben.** 9/2

Freitag, 11. Dezember:

**Versammlung**

**sämtlicher Funktionäre**
bei Obligo, Schwedter Str. 23.

---

## Enorm billig

einzig!!! ist unser Angebot für Herren jeden Standes!!! Täglich. Sonntag verkaufen aus feinsten Maßstoffen vornehmst gefertigte Herren-

## Anzüge Paletots

deren sonstiger Maßpreis 40—70 M. ist, jetzt 18—39 M., Gehrockanzüge jetzt 21—40 M. Herren-Hosen jetzt 7—15 M.
**Deutsches Versandhaus. Jägerstr. 63, 1 Treppe.**
Firma Hausnummer achten.

---

Offeriere in nur frischer, schöner Ware, solange Vorrat reicht:

## Hasen,

extra starke, für nur . . . 3,20 M.
sauber gespickte, von . . . 3—4 „

## Gänse,

bis 15 Pfd. schwer, pro Pfd. 0,60 M.
Gänseklumpe, halbe Gänse.

## Enten,

fleischvoll und fett, von . 2,50 M.

## Hühner

in ganz besonders schöner Auswahl.
**Wegner, SO.,** Mariannenstr. 34.

---

**Sozialdemokrat. Wahlverein**
für den
**4. Berliner Reichstagswahlkreis.**
Görlitzer Viertel Bezirk Nr. 176.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau

**Emma Pannecke**

Mankeuffelstraße 47,
gestorben ist.

**Ehre ihrem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Brix aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

223/2 **Der Vorstand.**

---

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**
**Friedrichsfelde.**
1. Bezirk.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

**Friedrich Bartolain**

Prinzenallee 59,
am 1. Dezember gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Sonntagnachmittag 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

238/13 **Der Vorstand.**

---

**Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe.**
(Deutscher Senefelder-Bund.)
**Chemigraphen!**

Am 30. November verstarb unser Mitglied, der Nachschneider

**Hermann Raetz**

an den Folgen der Influenza im Alter von 40 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet **heute** nachmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Kirchhofes, Berliner Str. 101/103, aus statt.

Recht rege Beteiligung erwartet

292/18 **Die Verwaltung.**

---

Am Montag, den 30. November, verschied nach kurzem Leiden unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der Chemigraph

**Hermann Raetz**

im Alter von 46 Jahren.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute, 4. Dezember cr., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle in Wilmersdorf, Berliner Str. 101/3, aus statt. 326

**Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann.**

---

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt
**für Haut- und Harnleiden.**
**Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz,
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 3—4

---

Gesundheit läßt sich nicht kaufen, wohl aber Gummischuhe zur Erhaltung der Gesundheit.

MARKE SALAMANDER

CALMON HANSA-

## Gummischuhe

**Marke Salamander**

sind leicht und schmiegsam aus feinstem Gummi hergestellt und besitzen die größte Widerstandsfähigkeit. Wir haften für die Güte jedes Paares.

— Fordern Sie neues Musterbuch V—

## Salamander

Schuhges. m. b. H., Berlin

Einheitspreis für Herren M. 4.50
für Damen M. 3.50

Centrale W. 8, Friedrichstr. 182
C., Königstr. 47
SW., Friedrichstr. 221
C., Rosenthalerstr. 1
W., Potsdamerstr. 5
NW., Turmstr. 9
W., Tauentzienstr. 15

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Partei-Angelegenheiten.

**Erster Wahlkreis.** Sonntag, den 6. d. Mts., abends 6½ Uhr: Versammlung in der „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20. Nachdem geselliges Beisammensein. Eintritt mit Garderobe 20 Pf. Tanz frei.

**Erkner.** Sonntag, den 6. Dezember, Flugblattverbreitung zwecks Abonnentensammlung zur Parteispedition. Der Vorstand.

**Reinickendorf-West.** Am Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverteilung statt.
Der Vorstand.

**Teltow.** Am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Herrn R. Preuß, Berliner Str. 16, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Auf der Tagesordnung steht: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritz Zubeil über das persönliche Regiment und neue Steuern. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, nach Kräften für die Versammlung zu agitieren.
Der Einberufer.

**Nowawes.** Die Parteigenossen werden auf die vom Wahlverein am Sonnabend, den 5. Dezember, im Schmidtschen Lokal stattfindende Abendunterhaltung aufmerksam gemacht. Mitwirkung des Berliner Ulk-Trio. Nachdem Ball.
Programme kosten im Vorverkauf 25, an der Abendkasse 30 Pf.
Der Vorstand.

# Berliner Nachrichten.

### Die Stadtverordnetenversammlung

bewilligte gestern zur Anschaffung von Lehrmitteln für bedürftige Gemeindeschulkinder noch 45 000 M., weil die durch den Etat für 1908/09 hergegebene Summe, die bis Ostern 1909 reichen sollte, schon jetzt fast völlig aufgebraucht ist. Die Mehrausgaben sind nötig geworden, weil das Bedürfnis nach unentgeltlichen Lehrmitteln sich gesteigert hat, zum Teil auch deshalb, weil diese für einzelne Lehrmittel hinaufgesetzt worden sind und die Gemeindeschulen auf Grund ihres neuen Lehrplanes neue Bücher eingeführt haben. Ueber das Realienbuch von Uebel hat der „Vorwärts“ vor einiger Zeit eine sehr herbe Kritik veröffentlicht, die aus Lehrerkreisen gekommen war. Gestern brachte Genosse Wurm unter Hinweis auf jene Kritik die Unzulänglichkeit besagten Realienbuches zur Sprache. Stadtschulrat Fischer gestand ein, auch der Schuldeputation gefalle es nicht, sie habe es sogar direkt abgelehnt, aber hinterher sei es ihr vom Provinzial-Schulkollegium — empfohlen worden mit der Versicherung, der Verfasser wolle die Fehler bei einer Neubearbeitung beseitigen. Auf diese Neubearbeitung vertröstete der Herr Stadtschulrat. Genosse Wurm hatte auch erwähnt, daß die Preise mancher Lehrbücher von den Verlegern erhöht worden seien, ohne daß am Inhalt irgend etwas geändert wurde. Der Herr Stadtschulrat wollte auf diese Beschwerde nicht recht eingehen. Genosse Hoffmann fügte hinzu, mitunter habe man auf die alte Auflage einfach den neuen Preis gedruckt. Den Eltern, die noch nicht so bedürftig seien, daß die Stadt ihren Kindern die Lehrmittel bewilligen müsse, bringe diese Preiserhöhung eine sehr fühlbare Belastung. Stadtschulrat Fischer erwiderte, jedem dieser Verleger sei von der Schulverwaltung eine Art Rüffelbrief übersandt worden. Ob das den Verlegern imponiert hat, darüber schwieg er.

Der Antrag des Magistrats, von den beiden Heimstätten für lungenkranke Männer diejenige in Gütergotz zu einer Heimstätte für genesende Männer zu machen, gab unserem Genossen Weyl Anlaß, einmal auf die Ursachen der in den Heimstätten für Lungenkranke eingetretenen Frequenzverminderung hinzuweisen. Die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes habe die Zahl der Krankenkassenmitglieder verringert, die wenig günstige Lage der Krankenkassen verringere wohl auch die Bereitwilligkeit, Mitglieder an Heimstätten zu überweisen. Weyl nannte noch eine andere Ursache, die man allerdings kaum für möglich halten sollte. Mehrfach ist es vorgekommen, daß genesende Lungenkranke, die aus Krankenhäusern an Heimstätten überwiesen worden waren, schon nach wenigen Tagen an die Krankenhäuser zurückgegeben werden mußten, weil sie sich zum Aufenthalt in einer Heimstätte noch nicht eigneten. Das hat nun die Krankenhausärzte so verschnupft, daß sie jetzt am liebsten überhaupt keine genesenden Lungenkranken mehr an die Heimstätten abgeben möchten. Die Heimstätten stehen leer, in den Krankenhäusern aber nehmen die längst für eine Heimstätte reifen Lungenkranken anderen Kranken den Platz weg. In allernächster Zeit wird man diesem unhaltbaren Zustand dadurch ein Ende machen, daß zwischen Krankenhäusern und Heimstätten bestimmte Grundsätze über die Aufnahme in Heimstätten vereinbart werden.

Den Schluß der Sitzung bildete die Wahl eines neuen Stadtrats. In Frage kam nur der freisinnige Abgeordnete Wiemer, den die Mehrheitsparteien dem Magistrat aufnötigten. Die 65 Stimmen, mit denen er gewählt wurde, sind eigentlich ein bißchen wenig. Auf seine Bestätigung durch die Regierung wird dieser bewährte Blockfreisinnige sehr viel weniger lange zu warten haben, als einst Herr Kirschner, der zum Oberbürgermeister erwählte, warten mußte. An der Eilfertigkeit, mit der die Regierung diesmal ihr Ja und Amen sagen wird, werden wir aufs neue abmessen können, welche „Fortschritte“ der Freisinn in neuester Zeit gemacht hat.

### Auf dem Gänsemarkt.

Da, wo di. elektrische eine scharfe Kurve zieht und in eine schmale Seitenstraße einbiegt, stiegen wir ab.

„Gerade aus und dann links gehen, dann kommen Sie direkt nach dem Magerviehhof,“ unterweist uns noch der Führer und wir schreiten zu Fuß weiter. Weiter die Straße, die hier den großstädtischen Charakter schon abgelegt oder besser gesagt, noch gar nicht angelegt hat. Neben vierstöckigen Mietskasernen reihen sich noch niedere Bauernhäuser hin, mit weiten Höfen, Stallungen und Remisen. Und Hühner schwirren glucksend und gackernd umher, während dazwischen gravitätisch Papa Hahn stolziert, ab und zu mit den Flügeln schlagend und mit ausgereckten Halse einen Rivalen zum Kampfe auffordernd.

Links ab weist uns ein großes Schild an Brachland und Kirchhöfen vorbei, unter einem Viadukt hindurch, bis uns die weitgedehnten Gebäude des Magerviehhofes unser Ziel verkünden. Wir betreten das Innere und befinden uns bald inmitten feilschender, lachender, schimpfender und erregt gestikulierender Gruppen von Händlern. Hier liegen die Betriebsgebäude, die Buchten und Bassins, und rechts ziehen sich die Gleise der Bahnverbindung hin. Massenweise treffen hier täglich die Wiederkäuer ein, werden ausgeladen, während andere ebenso massenweise wieder von dannen ziehen, ihrem unabwendbaren Verhängnis entgegen. Wir aber wandern weiter, die breite, gepflasterte Straße, von tiefem Brummen und kläglichem Blöken begleitet, bis zu den Gehegen der Gänse, die kreischend und flatternd sich hinter den Zäunen zu wirren Knäueln ballen. Ein ohrenbetäubendes Geschnatter erfüllt die Luft, so daß man kaum sein eigenes Wort versteht. Viele Tausende von diesem vielbegehrten Federvieh sind hier auf diesem Platz zusammengedrängt. Ein großer Teil davon geht täglich in die Hände der Engros- und auch Detailkäufer über und wird durch neue Transporte wieder ergänzt. Wohl dreiviertel dieser Gänse kommen aus Rußland, wo sie auf endlosen Brachfeldern in riesigen Herden gezüchtet werden. Die deutschen Grossisten, die sie aufkaufen, zahlen dort im Durchschnitt ungefähr 1,20 M. für das Stück. Wenn die Gänse hier anlangen, hat sich ihr Wert allerdings schon verdrei-, manchmal und je nach den Umständen vervierfacht. Von hier führt sie der Weg erst in die Mästereien der Vororte oder nach dem Oderbruch, von wo sie nach erfolgreicher Kur, mit dem nötigen Fettansatz, wieder nach Friedrichsfelde zurückkehren. Welches Ansehen der St. Martinsvogel in Berlin genießt, ergibt sich daraus, daß die Zahl der verkauften Gänse in manchen Jahren fünf- bis sechshunderttausend betragen soll. Und es muß zugegeben werden, daß bei dem Gedanken an eine knusprig gebratene Gans selbst dem eingefleischtesten Vegetarier das Wasser im Munde zusammenlaufen kann.

### Vom Reichtum der Wenigen

wird wieder recht Lehrreiches erzählt in dem neuesten Bericht der Steuerverwaltung unserer Stadt, den der Magistrat jetzt für das Steuerjahr 1907/1908 veröffentlicht. Die statistischen Tabellen, die uns die Abstufung der einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung Berlins zeigen sollen, bieten das gewohnte Bild: eine Handvoll Wohlhabender gegenüber einem Heer von Unbemittelten.

Für das Steuerjahr 1907/1908 hatten die Einschätzungskommissionen aus der Zivilbevölkerung 637806 persönlich Einkommensteuerpflichtige ermittelt. Schon die Unterscheidung nach Einkommen von weniger als 3000 M. und mehr als 3000 M. ergibt auf der einen Seite nur 60 265 Personen mit mehr als 3000 Mark Einkommen, auf der anderen Seite aber 577 541 Personen mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mark bis zu 900 Mark hinab. Hinter diesen Einkommensteuerpflichtigen unterster Stufen stehen sogar noch 493 993 Personen, bei denen die Einschätzungskommissionen zwar gleichfalls ein selbständiges Einkommen annahmen, die aber steuerfrei gelassen werden mußten, weil ihr Einkommen auf noch weniger als 900 M. geschätzt wurde.

Auch von den 577 541 Einkommensteuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen von 900 M. aufwärts bis zu 3000 M. gehörten noch die meisten zu den untersten Stufen, allein 163 475 und 136 237 zu den Stufen 900 bis 1050 M. und 1050 bis 1200 M. Es folgten dann 84 216 Einkommensteuerpflichtige in der Stufe 1200 bis 1350 M., 62 750 in der Stufe 1350 bis 1500 M., und so fort, bis nur noch 13 810 Einkommensteuerpflichtige in der Stufe 2700 bis 3000 M. Die Vergleichung mit dem vorhergehenden Steuerjahr ergibt, daß in den Stufen 900 bis 1050 und 1050 bis 1200 M. eine Verminderung der Steuerpflichtigen eingetreten ist, während die Stufen über 1200 M. hinaus jetzt beträchtlich stärker als im Vorjahr besetzt sind. Das erklärt sich aus der schärferen Anziehung der Steuerschraube, von der besonders die Arbeiterbevölkerung ein Lied zu singen weiß.

Die Gruppe der 60 265 Einkommensteuerpflichtigen mit mehr als 3000 M. Jahreseinkommen stuft sich in noch interessanterer Weise nach oben hin ab, wir müssen uns hier aber auf eine kurz zusammenfassende Uebersicht beschränken. Ueber 10 500 M. hatten 12 874 dieser Steuerpflichtigen, von diesen hatten nur 761 über 100 000 M., hiervon wieder durften 19 ein Jahreseinkommen von mehr als 1 Million Mark einsacken. Bei fünf dieser ganz Auserlesenen ging das Jahreseinkommen sogar über 2 Millionen Mark hinaus und aus diesen fünf hoben sich noch zwei heraus, die mit mehr als drei Millionen Mark Jahreseinkommen die oberste Spitze bildeten.

Just die Leute, die über ein mühelos ihnen zufließendes Einkommen von jährlich 10 000 M., 100 000 M., 1 000 000 M. und mehr verfügen, pflegen am lautesten über „Begehrlichkeit“ der Arbeiter zu schreien, die darüber klagen, daß sie mit 1000 M. und noch weniger keine Familie recht ernähren können. Höher und immer höher häuft sich der Reichtum der Wenigen, während das Heer der Vielen, die ihnen solche Rieseneinkommen schaffen, selber in Dürftigkeit verharren muß.

**Die städtische Tiefbaudeputation** erledigte am Mittwoch unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reicke eine recht umfangreiche Tagesordnung. Abgelehnt wurden u. a. die Anträge usw. auf Durchlegung der Hirtenstraße bis zur Alten Schönhauser Straße, wozu kein Bedürfnis anerkannt wurde; wegen der Genehmigung von Bordschwellenreklame; ferner die Anregungen zur Erleichterung der Orientierung in Berlin durch eine Aenderung der Hausnummern, und zwar nach geraden Nummern auf der einen und nach ungeraden Nummern auf der anderen Seite. Genehmigt wurde die Arbeitsordnung für die Chausseearbeiter und die Errichtung von 8 Milchhäuschen an der Weichbildgrenze seitens einer gemeinnützigen Gesellschaft. Die neue Gehaltsskala für die technischen Beamten fand die Zustimmung der Deputation, während ein Antrag der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn wegen der Erlaubnis zur Herstellung eines eigenen Bahnkörpers in der Charlottenburger Chaussee und Trennung desselben von der Chaussee durch einen Rasenstreifen usw. mit Rücksicht auf den zunehmenden Automobilverkehr abgelehnt wurde. Der abgeänderte Vorschlag zur Ueberführung der Greifenhagener Straße über die Ringbahn wurde zurückgestellt und der Antrag auf Herstellung von Zufuhrstraßen zu dem neuen Postbahnhof an der Luckenwalder Straße nicht angenommen.

**Unhaltbare Zustände** bestehen durch die Zunahme des Verkehrs in der Neuen König- und den angrenzenden Straßen. Die Zusammenstöße zwischen den Fuhrwerken werden immer häufiger. Besonders schwierig für die Fuhrwerke und zwar für die vielen dort verkehrenden schweren Rollwagen und die Fahrzeuge der Feuerwehr ist das Einfahren in die schmalen Nebenstraßen. Als vor einiger Zeit die Feuerwehr aus der Keibelstraße ausrückte, erlitt die mechanische Leiter an der Stelle der Wadzeck- und Neuen Königstraße durch das Schleudern des Hinterwagens einen Radbruch. Ein Knabe, der auf dem Bürgersteig stand, wurde von dem abgebrochenen Rade an den Beinen getroffen und stürzte infolgedessen mit dem Kopf gegen die Leiter. Die Feuerwehr brachte den Knaben nach der nächsten Unfallstation, wo man eine schwere Gehirnerschütterung feststellte, die mit Erbrechen verknüpft war. Mittwoch abend ereignete sich ein ganz ähnlicher Unfall an der Ecke der Linien- und Keibelstraße, als die Feuerwehr diese Ecke passierte. Abermals infolge von Schleudern brach die Achse der mechanischen Leiter, wobei außer der Besetzung mehrere Passanten arg gefährdet wurden. Die meisten Unfälle sind auf die geringe Breite der Straßen zurückzuführen, die meist, wie die Keibelstraße, nicht durchgehen, sondern nur um Ecken, die den Fuhrwerken zum Verderben werden, zu erreichen sind.

**Wie die Polizei Namenchristen macht,** darüber teilt uns ein Leser mit: „Ich bin schon seit zwei Jahren aus der Landeskirche ausgetreten, hatte jedoch versäumt, mir eine Bescheinigung über den Austritt geben zu lassen. Seit meinem Austritt hatte ich mich bei mehrmaligem Wohnungswechsel auf den An- und Abmeldescheinen stets als Dissident bezeichnet, ohne daß die Polizei irgendetwas dagegen eingewendet hätte. Bei meiner neuerlichen Anmeldung auf demselben Polizeirevier, in dessen Bezirk ich schon früher laut polizeilich gestempelten Anmeldescheins als Dissident gegolten hatte, fragte mich der Beamte, ob ich eine Austrittsbescheinigung hätte. Als ich das verneinte, erklärte er: „Dann sind Sie für uns evangelisch!“ und trug mich auch auf dem Anmeldeschein als evangelisch ein. Ob das zur höheren Ehre der bureaukratischen Ordnung oder im Interesse der Kirche geschah, um ihr einen Namenschristen und — Steuerzahler zu erhalten, ist mir nicht bekannt. Ob mich nun die Polizei für einen gläubigen Christen oder für einen Gottesleugner hält — das ist mir egal; nicht gleichgültig ist mir aber, wie die Kirchensteuerbehörde darüber denkt, und deshalb werde ich mir schleunigst eine Austrittsbescheinigung beschaffen und diese dem ungläubigen Polizeibeamten unter die Nase halten. Die Schwierigkeiten, die beim Ausscheiden aus der Kirche und noch nachher gemacht werden, werden nur dazu beitragen, daß immer mehr diesem Institut der herrschenden Klassen den Rücken kehren.“

**Vom Weihnachts-Hilfspersonal bei Wertheim** gehen uns Klagen zu, die hoffentlich schleunigst abgestellt werden. Für das Geschäft am Leipziger Platz sind für die Zeit vom 1. bis 24. Dezember etwa 150 Verkäuferinnen, darunter viele verheiratete Frauen, engagiert worden. Für dieselben ist es, wie auch für das gesamte übrige Personal, eine gewiß angenehme Einrichtung, daß an Ort und Stelle zu Mittag gespeist werden kann. Dieses Essen soll aber in bezug auf Qualität recht zu wünschen übrig lassen, jedenfalls nicht im richtigen Verhältnis zum Preise stehen. Suppe und Gemüse oder Suppe und Braten kostet 55 Pf., was bei einem Tagelohn von 3,25 M. entschieden zu hoch ist, zumal, da Getränke besonders berechnet werden. Anderwärts erhält man Mittagessen in mindestens ebenso guter, vielleicht noch besserer Beschaffenheit sicher preiswerter. Man kann doch nicht annehmen, daß Wertheims an diesem Mittagtisch ihres Personals noch verdienen wollen. Vielmehr sollte es ihnen, da sie ja bei ihren großen Abschlüssen auch Lebensmittel sehr billig einkaufen, möglich sein, den Mittagstisch in einwandfreier Qualität billiger herzustellen. Weibliche Personen sind ja zudem keine starken Esser. Das Personal ist selbstverständlich nicht verpflichtet, dort zu essen. Wer das aber tut, hat um eine halbe Stunde verkürzte Mittagspause, weil er den Nachhauseweg spart. Dies wird gegenüber solchen, die ganz in der Nähe im Restaurant speisen, als Härte empfunden. Weiter wird über die Garderobenverhältnisse lebhaft geklagt. Für das Aushilfspersonal sind keine verschließbaren Schränke vorhanden. Demselben ist nahegelegt worden, Pelzsachen und überhaupt wertvollere Bekleidungsstücke zu Hause zu lassen, da das Geschäft für Diebstähle nicht aufkomme. Bei den Witterungsverhältnissen im Dezembermonat ist das eine unbillige Zumutung. In einem Betriebe, der mit Millionen arbeitet und Millionen verdient, kann es doch nicht darauf ankommen, auch dem Aushilfspersonal solche Garderobenverhältnisse zu schaffen, daß genügender Schutz gegen Diebstähle geboten ist. Jetzt hängen die Garderobenstücke zwischen einfachen Regalen frei im Keller, wo stündlich Hunderte nicht zu kontrollierender Personen durchpassieren. Wer also sein Mittagessen, um den Nachhauseweg zu sparen, übermäßig teuer bezahlen muß und etwa noch empfindlich bestohlen wird, ohne daß ein Schadenersatzanspruch möglich wird, dem bleibt von seinem wahrhaftig schwer genug verdienten Gelde nicht viel übrig.

**Aus dem dritten Stockwerk herabgestürzt.** Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall ist gestern das 22jährige Dienstmädchen Frieda Otto, das bei einer Familie A. in der Hartwigstr. 89 bedienstet war, tödlich verunglückt. Die O. hatte in der Wohnung Fenster geputzt und sich zu diesem Zweck auf das Fensterbrett gestellt. Während sie nun einen Augenblick nach der Straße hinunterfah, wurde sie plötzlich von einem Schwindelanfall erfaßt, und sie stürzte infolgedessen nach vorn über auf die Straße hinab. In besinnungslosem Zustand wurde die Verunglückte nach dem Krankenhaus gebracht. Die Verletzungen, die sich das junge Mädchen bei dem Unfall zugezogen hat, sind so schwerer Natur, daß an einem Aufkommen gezweifelt wird.

**Selbstmord wegen Arbeitslosigkeit.** Wegen Arbeitslosigkeit hat am Mittwoch, den 2. Dezember, früh 7 Uhr, der Monteur Albert Rudolph, 55 Jahre alt, Berlin, Stettiner Str. 8, seinem Leben durch Erhängen an seinem Leibriemen ein Ende bereitet. Derselbe war bei der Firma Mix u. Genest, Telegraphenfabrik, Bülowstr. 62, längere Zeit beschäftigt gewesen und nach vorherigem Krankenlager entlassen worden. Seine Frau fand ihren Mann am Kleiderspind und dabei im Bette sitzend, hängend vor. Der Tod war schon vor einigen Stunden eingetreten. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Die Leiche wurde nach dem Schauhause abgeholt.

**Aus der Unglückschronik.** Auf der Kreuzung der Bastian- und Badstraße wurde der sechsjährige Sohn Alfred des Maurers Johann Machon von einem Straßenbahnwagen der Linie 44 angefahren und zur Seite geschleudert. Er fiel auf einen auf dem Straßendamm liegenden Balken und zog sich eine blutende Gesichtsverletzung zu, die ihm auf der Unfallstation in der Badstraße verbunden wurde. Dann führte man ihn seinen Eltern zu. — Beim Aufstellen eines Leitergerüstes vor dem Hause Friedrichstraße 179 fiel eine Eisenblechscheibe auf den Bürgersteig hinab und traf den 24 Jahre alten Schlossergesellen Paul Henz. Er trug eine blutende Stirnwunde davon, die ihm auf der Unfallstation in der Kronenstraße verbunden wurde. Dann konnte er sich nach seiner Wohnung begeben. Die Schuld trifft den Polier Pech, der den Bürgersteig nicht abgesperrt hatte. — An der Oberbaumbrücke gingen die Pferde eines Geschäftswagens der Firma Johann Blackburn Nachfl.-Rieder-Schöneweide durch und rasten die Oberbaumstraße entlang. Auf der Kreuzung der Falckensteinstraße überrannten die Tiere die 41 Jahre alte Arbeiterin, Witwe Anna Pietro, die zu Boden stürzte und unter die Räder geriet. Ein Schutzmann schaffte die Bewußtlose mittels Droschke nach der Unfallstation am Mariannen-Ufer, wo der Arzt einen komplizierten Bruch des linken Unterschenkels konstatierte und ihre Ueberführung nach dem Urban-Krankenhause veranlaßte. Die Pferde wurden von Passanten aufgehalten.

**Der Tod des Oberpostsekretärs Teuber,** der, wie bereits gemeldet, auf dem Postamt 9 (Potsdamer Bahnhof) in einer Blutlache liegend mit Verletzungen am Arm aufgefunden wurde, soll, wie nunmehr festgestellt, nicht durch Selbstmord herbeigeführt worden sein. Teuber war vielmehr von einen Blutsturz befallen und glaubte die Blutung dadurch zu hindern, daß er sich eine Aderblutung zuzuziehen versuchte; er brachte sich aus diesem Grunde eine Schnittwunde an dem linken Arm bei. Wahrscheinlich hat T. dann die Besinnung verloren und sodann den Tod durch Verblutung gefunden.

**Achtung, falsches Geld.** Mit dem Beginn des stärkeren Geschäftsverkehrs wird auch wieder falsches Geld in Umlauf gebracht. In den letzten Tagen sind nicht nur in Berlin, sondern in allen

größeren Orten zahlreiche Falsifikate verschiedener Prägungen, besonders Ein- und Zweimarkstücke, angehalten worden. Hiernach hat es den Anschein, als ob die gewerbsmäßigen Falschmünzer die bevorstehende Weihnachtssaison dazu benutzen, ihre Fabrikate in größeren Mengen in Verkehr zu bringen. Aus diesem Grunde ist bei der Annahme von Ein- und Zweimarkstücken die größte Vorsicht geboten.

**Ueber das Eisenbahnfundbureau** in der Madaistraße am Schlesischen Bahnhof zeigt sich ein großer Teil des Publikums so mangelhaft unterrichtet, daß viele Reisende, die nach verlorenen Gegenständen fragen wollen, unverrichteter Sache umkehren müssen. Es ist nicht genügend bekannt, daß das Fundbureau, welches im allgemeinen werktäglich von 10 bis 7 Uhr geöffnet ist, an den Tagen der ersten vollen Woche jedes Monats mit den öffentlichen Versteigerungen der nicht abgeforderten Fundsachen beschäftigt ist, welche vorher regelmäßig bekanntgegeben werden. In dieser Woche ist das Eisenbahnfundbureau nur von 10 bis 3 Uhr geöffnet.

**Genosse Karl Springer**, Straße 60o Nr. 4 wohnhaft, bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem entlarvten Polizeispitzel Karl Springer, bezw. William Springer alias Wilhelm Schlaf nicht identisch ist. Wir kommen diesem Wunsche gern nach, da wir begreifen, daß ein anständiger Mann mit dem Gewerbe eines Polizeispitzels nichts zu tun haben will.

**Heute abend 8½ Uhr** hält Genosse Stern im großen Saale der Brauerei Groterjahn, Schönhauser Allee 130, seinen zweiten von der „Gesellschaft für volkstümliche Vorträge" veranstalteten Vortrag über „das Wesen des Christentums". Für Genossen, die sich legitimieren können, wird ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben. Sonst beträgt der Preis für den Eintritt 15 Pf.

**Feuerwehrbericht.** In der letzten Nacht früh um 4 Uhr kam in den Camphausenstr. 26 Feuer aus. Dort brannten in einem Oelkeller Sägespähne, Putzlappen, ein Faß, die Bekleidung eines Korbes u. a. Nachts um 2 Uhr brach in der Landgrafenstr. 20 Feuer aus, das vor Ankunft der Berliner Feuerwehr von der Charlottenburger gelöscht wurde. Der 8. Zug hatte in der Muskauer Str. 10 und Naunynstr. 18 zu tun, wo u. a. das Zwischengebälk und Betten in Brand geraten waren. Auch in der Schwedter Str. 236 wurden Betten ein Raub der Flammen. Ferner liefen noch Alarme aus der Chausseestr. 22 und 103 ein.

# Vorort-Nachrichten.

## Charlottenburg.

**In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung** gedachte der Vorsitzende am Mittwoch vor Eintritt in die Tagesordnung der Opfer der Grubenkatastrophe von Radbod. Den Hinterbliebenen der Verunglückten wurde auf Antrag des Magistrats und der Vorsitzenden aller Fraktionen debattelos die Summe von 3000 M. bewilligt.

Nachdem sodann die bei den letzten Ersatzwahlen neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten, darunter unsere Genossen Ewald und Scharrnberg, eingeführt waren, beriet die Versammlung die Magistratsvorlage betr. Jugendgerichtshilfe. Hiernach sollen der Vereinigung der Wohltätigkeitsbestrebungen in Charlottenburg, die einen Herrn und eine Dame als Berufs-Jugendgerichtshelfer angestellt hat, für den Rest dieses Etatsjahres 1500 M., für das nächste Etatsjahr 3000 M. zur Deckung der Kosten bewilligt werden. Die Helfer haben die Aufgabe, vor den Verhandlungen des Jugendgerichts eingehende Ermittelungen über die Verhältnisse der Jugendlichen anzustellen und dem Gericht das Milieu, in dem sie aufgewachsen sind und leben, und die Ursachen, die zur Begehung der strafbaren Handlungen geführt haben, vor Augen zu führen, ferner vor der Verhandlung, vor allem aber nach der Verhandlung, wo es nötig ist, auch eine pflegerische Fürsorge für einzelne Jugendliche, Verurteilte und Freigesprochene zu übernehmen. Der von dem Stadtv. Dr. v. Liszt befürworteten Vorlage stellten sich auch die Sozialdemokraten sympathisch gegenüber; doch beantragte ihr Redner Zietsch, die Jugendgerichtshöfe vom 1. April nächsten Jahres ab auf die Stadt zu übernehmen. Unter Ablehnung dieses Antrages gelangte die Magistratsvorlage zur Annahme.

Die Besprechung einer Petition des Demokratischen Vereins, städtische Lieferungen und Arbeiten nur an solche Lieferanten und Arbeitgeber zu vergeben, die ihren Angestellten und Arbeitern volle Koalitionsfreiheit gewähren, und eine entsprechende Bestimmung in alle Lieferungs- und Arbeitsbedingungen aufzunehmen, gab unserem Genossen Gebert Gelegenheit, eine Reihe von Fällen aufzuzählen, in denen Firmen, mit denen die Stadt in Geschäftsverbindung steht, ihren Angestellten das Koalitionsrecht beschneiden. Die Petition wurde dem Magistrat als Material überwiesen, sie soll bei der in Angriff genommenen Revision der Submissionsbedingungen berücksichtigt werden.

Zu der Vorlage betreffend die Speisung bedürftiger Schulkinder legte Genosse Vogel in längerer Rede den Standpunkt der Fraktion dar. Auf Beschluß der Versammlung wurden die Mittel für Schulspeisungen zunächst nur um 5000 M. erhöht, der übrige Teil der Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen, der die Höhe der für Schulspeisungen erforderlichen Mittel näher prüfen soll.

Gleichfalls an einen Ausschuß ging die Vorlage betreffend Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, über die Genosse Zietsch ein eingehendes Referat erstattete. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß diese Vorlage einem sozialdemokratischen Antrag ihre Entstehung verdankt — ein Beweis für die Unsinnigkeit der Behauptung unserer Gegner, daß die Sozialdemokraten keine positive Arbeit leisten.

Den Schluß der Sitzung bildete eine höchst unerquickliche, persönliche Angelegenheit, die aber im Interesse des Ansehens der Versammlung einmal ausgetragen werden mußte. Ein Stadtverordneter namens Zander fühlte das Bedürfnis, sich von dem in der vorletzten Sitzung seitens des Genossen Hirsch gegen ihn erhobenen Vorwurf zu reinigen, daß er bei einem Häuserverkauf die Stadt übers Ohr gehauen habe. Wenn Genosse Hirsch auch diese formelle Beleidigung zurücknahm, so wies er doch an der Hand der Akten schlagend nach, daß Herr Zander für ein ihm gehörendes Grundstück, das die Stadt zu einem Straßendurchbruch brauchte und dessen Wert der Bezirksausschuß auf 134 000 M. ermittelte, nicht weniger als 220 000 M. gefordert und schließlich mit 162 000 M. fürlieb genommen hat. Es gibt eben Stadtverordnete, die eine eigenartige Auffassung von ihrem Amt haben.

**Der Charlottenburger Wohnungsmarkt.** Die von sozialdemokratischer Seite stets vertretene Anschauung, daß die Wohnungsnot in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges zunimmt, um mit dem Einsetzen des wirtschaftlichen Niederganges allmählich abzuflauen und schließlich — wenn auch nur vorübergehend — gänzlich zu verschwinden, findet in der neuesten Wohnungsaufnahme des Statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg ihre Bestätigung. Die Aufnahme stammt aus dem Mai dieses Jahres, also aus einer Zeit, wo die allgemeine wirtschaftliche Lage, die schon bei der vorangegangenen Zählung vom November 1907 schlecht war, sich noch weiter verschlechtert hatte. Es zeigte sich, daß der Wohnungsmarkt, der ja von der Bevölkerungsbewegung und andererseits von der Bautätigkeit völlig abhängig ist, von der Konjunktur stark beeinflußt wird. Ein Stocken der Zuwanderung, ein Sinken der Eheziffer bedingen einen verringerten Wohnungsbedarf, dem das Baugewerbe naturgemäß nicht mit gleicher Schnelligkeit durch Einschränkung seiner Tätigkeit Rechnung tragen kann, um so mehr, als es meist unabhängig von der Nachfrage die Zeiten ausnutzt, wo Baugelder und Hypotheken billig zu haben sind. Die Folge davon ist ein Zuwachs an leeren Wohnungen. Seit Mai 1907, dem Gipfelpunkt der Hochkonjunktur, ist die Anzahl der leerstehenden Wohnungen Charlottenburgs von 1776 auf 2092 oder von 3,03 auf 3,3 Proz. aller Wohnungen gestiegen, sie war also prozentual so groß wie seit langen Jahren nicht. Auffällig ist es, daß, während in allen anderen Größenklassen die Zahl der leeren Wohnungen gestiegen ist, der Anteil der leeren Vierzimmerwohnungen am Gesamtbestand ein Sinken um 2,84 Proz. aufweist. Ob diese Erscheinung mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zusammenhängt und ein Abwandern von höheren in niedere Wohnungsklassen eingetreten ist, kann erst im Wiederholungsfalle entschieden werden.

Legt man für den Vorrat an leerstehenden Wohnungen den Normalsatz von 3 Proz. zugrunde, der allerdings nach der vom Statistischen Amt konstatierten Umzugsfreudigkeit der Charlottenburger und bei dem lebhaften Austausch der Bevölkerung an den Grenzen gegen Berlin, Schöneberg und Wilmersdorf eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein dürfte, so folgt, daß in Charlottenburg mit 3,30 Proz. die Verhältnisse im großen ganzen befriedigend sind. An großen Wohnungen, deren bevorzugter Sitz im Süden ist, herrscht sogar Ueberangebot (5,56 Proz.). Die leerstehenden Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen halten sich mit 3,35 Proz. bezw. 3,17 Proz. bezw. 3,68 Proz. auf der richtigen Höhe, dagegen ist das Angebot an Einzimmerwohnungen mit 1,30 Proz. noch immer zu niedrig.

Trotz des großen Angebots sind die Mietspreise nicht gesunken. Zwar gab es Einzimmerwohnungen schon für 100 M., aber wenn man bedenkt, daß Wohnungen dieser Klasse durchschnittlich im Hinterhause 250 bis 300 M., im Vorderhause 301 bis 350 M., ja sogar 451 bis 500 M. kosteten, so wird man sich leicht vorstellen können, was für „Wohnungen" es sind, die für 100 M. vermietet werden. Zweizimmerwohnungen kosten im Vorderhaus in der weitaus größten Zahl 400 bis 600 M., im Hinterhaus 300 bis 500 M., Dreizimmerwohnungen 700 bis 800 M. Die Preise für Vierzimmerwohnungen schwanken zwischen 600 und 2000 M., sie werden im Durchschnitt mit 900 bis 1100 M. bewertet. Bemerkenswert ist ferner, daß die leerstehenden Kleinwohnungen im Norden Neigung zum Steigen, im Süden und im Zentrum dagegen eine fallende Tendenz haben. Man sieht aus der sehr wertvollen Statistik, daß trotz des größeren Angebots die Mietspreise sich auf der bisherigen Höhe halten, daß also die Mieter keinen Vorteil davon haben.

## Rixdorf.

**Zum Befürworter des geheimen Wahlrechts in der Kommune** ist der hiesige Bürgerverein geworden. In der Monatsversammlung des Vereins wurde bei der Besprechung der Stadtverordnetenwahlen u. a. auch über den „Terrorismus" der Sozialdemokratie geklagt. — Der Vorstand des Vereins wurde beauftragt, an den Magistrat mit dem Wunsche heranzutreten, sein Möglichstes dafür zu tun, daß die Städteordnung dahin abgeändert werde, daß bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen im Jahre 1910 an Stelle der öffentlichen Stimmabgabe die geheime Wahl trete. Wenn dem Bürgerverein schon das gegenwärtige Kommunalwahlrecht nicht mehr paßt, so hätte er doch wenigstens ganze Arbeit leisten können, indem er auch die Beseitigung des Geldsackvorrechts fordern konnte.

Die Kommunalbeamten und sonst im Abhängigkeitsverhältnis stehende Beamten würden es sicher mit Freuden begrüßen, wenn sie bei Wahlen den ihnen passenden Kandidaten die Stimme geben könnten.

**Das neue Rathaus** ist gestern im Beisein von Staats- und Kommunalbehörden eröffnet worden.

## Schöneberg.

**Die Ausstellung für Jugendschriften** wird am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Tunnel von K. Grosser, Meininger Straße 8, eröffnet. Die Besichtigung dauert an diesem Tage wie am 13. und 20. Dezember bis 8 Uhr abends; außerdem ist die Ausstellung am Sonnabend, den 19., von 7—10 Uhr abends geöffnet. Da die Ausstellung bereits in den früheren Jahren das allgemeine Interesse gefunden hat, so ist auch diesmal für eine reiche Auswahl guter Bücher Sorge getragen. Außer Jugendschriften gelangen Bücher hervorragender Klassiker zu billigen Preisen zum Verkauf. Da auch diesmal mit Andrang gerechnet wird, so nehmen jetzt schon die Spediteure, Martin-Luther-Straße 51, wie das Komitee Bestellungen entgegen. Die Besichtigung ist unentgeltlich.

## Groß-Lichterfelde.

**Die Wählerlisten zu den Gewerbegerichtswahlen** liegen nur noch einige Tage aus. Am heutigen Freitag und morgen, Sonnabend, können Anträge zur Eintragung in die Wählerliste während der Zeit von 7—9 Uhr abends angebracht werden, ebenso am Sonntag, den 6. Dezember, von 9—12 Uhr vormittags. Bei unterlassener rechtzeitiger Anmeldung ruht das Stimmrecht. Die Genossen, welche in Arbeit stehen, haben sich von ihren Arbeitgebern eine Bescheinigung aushändigen zu lassen, die Arbeitslosen haben sich eine solche von der Polizeibehörde ausstellen zu lassen, durch welche bestätigt wird, daß der Arbeiter innerhalb seines Wahlbezirks wohnt. Genossen, tut Eure Pflicht! Sonntag, den 6. Dezember 1908, mittags 12 Uhr, wird die Wählerliste geschlossen.

Das Gewerkschaftskartell Gr.-Lichterfelde und Umgegend.

## Wilmersdorf.

**Eine neue Beamtenordnung.** Lebhafte Erregung macht sich unter den Beamten der Stadt Wilmersdorf wegen eines Ortsstatuts geltend, das der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorgelegt hat. Der Magistrat will darin sowohl die Anstellungsbedingungen für seine Beamten neu ordnen als wie auch die Dienstpflichten festlegen sowie die Bestimmungen über die Gewährung von Ruhegehalt. Bis dahin haben in Wilmersdorf geregelte Bestimmungen über die Annahme, Ausbildung und Anstellung von Zivilanwärtern nicht bestanden; ob die neu geplanten Anordnungen aber geeignet sind, nach dem Wunsche des Magistrats „für unsere Beamtenschaft tüchtige Kräfte heranzuziehen", erscheint sehr zweifelhaft. Jeder städtische Beamte oder sonst im städtischen Dienste Beschäftigte muß sich nach den neuen Statuten nicht nur verpflichten, seine ganze Zeit und Kraft dem städtischen Dienste zu widmen — eine Bestimmung, die man unter der Voraussetzung ausreichender Besoldung gutheißen könnte —, sondern er hat sich auch eine unbeschränkte und ganz vom Willen seiner Vorgesetzten abhängige Erweiterung seines Geschäftskreises gefallen zu lassen, ohne daß ihm ein Anspruch auf irgendwelche Vergütung zustände. Ein Rechtsanspruch auf den Bezug von Alterszulagen soll ebenfalls den städtischen Beamten usw. nicht zustehen; insbesondere soll der Magistrat berechtigt sein, das Aufrücken in die höhere Gehaltsklasse ganz oder teilweise hintenan zu halten, wenn nach seinem Ermessen gegen die Berufstätigkeit, den Fleiß oder die Dienstführung des Betreffenden begründete Ausstellungen vorliegen. Bestimmungen dieser Art überliefern den Beamten der Willkür des Magistrats, und zwar in einem Maße, daß man selbst in der reaktionären Stadtverordnetenversammlung teilweise Bedenken trägt. So findet der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Professor Dr. Leidig in einem Gutachten eine der Bestimmungen, wonach der Beamte, wenn es im Gemeindeinteresse notwendig werde, in einer Stellung, die seiner bisherigen untergeordnet ist, zu treten hat, ungesetzlich und außerdem derart bedenklich, daß sie dem Beamten jede Sicherheit seiner Stellung und alle Berufsfreudigkeit rauben würde. Auch hält Prof. Leidig eine andere Bestimmung für zu weit gehend, die den Beamten oder die sonst im städtischen Dienste beschäftigte Person verpflichtet, über alle ihm durch seinen Dienst bekanntgewordene Angelegenheiten Stillschweigen zu beobachten. Er wünscht das Schweigegebot nur auf solche Angelegenheiten ausgedehnt, die ihrer Natur nach geheim zu halten sind oder hinsichtlich deren von den Vorgesetzten Verschwiegenheit angeordnet worden ist. Außer diesen gefährden aber noch andere Bestimmungen des Entwurfs die Sicherheit der Beamten; so daß der Magistrat, falls die Stadtverordnetenversammlung wirklich den Neuerungen rückhaltlos zustimmen sollte, sich vielleicht einen Stab äußerlich ergebener Diener heranziehen kann, aber darauf verzichten muß, Leute unter sich zu haben, die mit wirklicher Schaffensfreude ihre doch nicht immer leichten Pflichten erfüllen. Die neuen Bestimmungen mögen schneidig von dem berühmten echt preußischen Geist durchweht sein; aber sie werden unserer Meinung nach selbst moralisch minderwertigen Personen gegenüber nicht verfangen, geschweige denn im Hinblick auf Leute, bei denen man im Durchschnitt ohne weiteres das gebührende Maß von Pflichtbewußtsein voraussetzen sollte.

**Durch einen Schuß in die Schläfe** tötete sich Mittwoch nachmittag der 16jährige Sohn des Gasanstaltsarbeiters Gieschke in Wilmersdorf, Augustastr. 14 wohnhaft. Kinder, welche nachmittags auf dem Baugelände Rassauische Str. 46—48 spielten, fanden denselben tot in einer großen Blutlache vor. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und und nach dem Wilmersdorfer Gemeindefriedhof gebracht.

## Treptow-Baumschulenweg.

**In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung** sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Adolf Geck über „Das persönliche Regiment vor dem Forum des deutschen Reichstages." Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen gelangte die bereits vom Parteivorstand vorgeschlagene Resolution zur Annahme, soweit dieselbe auf das persönliche Regiment Bezug hat. Außerdem stimmte die Versammlung der Leipziger Resolution zu, die ein Ministerverantwortlichkeitsgericht fordert, Kriegserklärung und Friedensschluß von der Zustimmung des Reichstages abhängig gemacht wissen will und den Erlaß eines Reichsgesetzes fordert, durch das die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Landesvertretungen aller Einzelstaaten festgesetzt wird.

## Lichtenberg.

**In der Krankenhausbaufrage** ist nun endlich ein Schritt vorwärts getan. Die Sprecher der bürgerlichen Majorität in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat hatten sich an ihre Wähler, will sagen den Bürgerverein gewandt mit dem Ersuchen sich zu äußern, damit die Stadtverordneten wissen, wie sie sich verhalten sollen. Dem Frager, Stadtverordneten Rott, antwortete zuerst ein Mitglied des Magistrats, Herr Stadtrat Bleckman, ihm folgte Stadtrat Koch, und durch Herrn Stadtrat Reusch wurde der Reigen beschlossen. Was geben die Herren den hilflosen Stadtverordneten nun für einen Rat? Herr Bleckman orakelt: **Wer sich einen Pelz leisten kann, zieht ihn an; wer kein Geld dazu hat, kommt auch so aus!** Herr Stadtrat Koch stellte in Aussicht, daß die Krankenhausbaufrage noch lange in der Schwebe sein werde und Herr Stadtrat Reusch wußte sogar mitzuteilen, daß in Berlin eine Zentrale eingerichtet sei, wo man sofort erfahren könne, in welchem Krankenhause Plätze für Kranke frei seien! Die Armenverwaltung habe noch immer die Kranken in Berlin unterbringen können! Während nun zwei nicht der Stadtverwaltung angehörende Mitglieder den Bauplatz in der Frankfurter Chaussee empfahlen, erklärten die Stadtverordneten Franke und Lindner den Platz für ungeeignet. Damit war die Debatte erschöpft und — die bürgerliche Majorität der Stadtverordneten weiß nun hoffentlich, was sie zu tun hat. Es muß als eine Irreführung der zur Beratung der bürgerlichen Stadtverordneten aufgerufenen Mitglieder des Bürgervereins bezeichnet werden, wenn davon geredet wird, es sei jederzeit in den Berliner Krankenhäusern Platz für Lichtenberger Kranke. Vollends skandalös ist es, wenn die durch die hiesige Arbeiterbevölkerung erst zu Vermögen und damit zu Einfluß gekommenen Wortführer des Magistrats die der Krankenhausfürsorge Bedürftigen an die Armenverwaltung verweisen. Wer nicht gezwungen ist, trägt sicherlich kein Verlangen, mit derselben in Berührung zu treten. Wie steht nun eigentlich die Sache? Der Stadt ist an der Herzberge, im Zuge der Siegfriedstraße, ein Terrain von 27 Morgen zum Preise von rund 750 000 M. angeboten worden. Der Besitzer stellt auf seine Kosten die Siegfriedstraße anbaufähig her. Um das Grundstück auch nach Westen vor einer Einbauung zu schützen — im Osten grenzt der Park vom Krankenhause Herzberge — will der Eigentümer zwanzig Morgen Terrain zur Anlegung eines Parkes unentgeltlich auflassen. Es wären hier also 47 Morgen Land zur Park und Krankenhausanlage für 750 000 M. oder auch weniger vorhanden, während der Atzpodienhof mit seinen 9 Morgen 428 000 M. oder wenn dieser auf 11 Morgen gebracht würde, 628 000 M. kostet. Das Sachverständigengutachten erklärte das Grundstück in der Herzbergstraße für geeigneter als den Gutshof. Um nun der Heuchelei die Krone aufzusetzen, reden die Herren davon, den Stadtpark als Bauplatz in Vorschlag zu bringen und für den Verlust des Baumbestandes den Atzpodienhof als Ersatz zu geben. Es soll also nach dem Willen der Vertreter des Besitzes nicht nur auf den im Osten der Stadt anzulegenden Park von 20 Morgen verzichtet, sondern die 19 Morgen vorhandener Stadtpark wieder entzogen werden. Demnach soll anstatt eines 27 Morgen großen Bauplatzes im Ankaufspreise von rund 700 000 M., ein 11 Morgen großer Platz im Ankaufspreise von 628 000 M. benutzt werden. Die Opposition der Sozialdemokraten gegen eine solche Politik macht nun die bürgerlichen Stadtväter so ratlos, daß sie den Bürgerverein anrufen müssen. Unsere Genossen werden der Gesamtheit der Bürgerschaft, soweit es in ihren Kräften steht, Rechnung zu tragen suchen.

## Boxhagen-Rummelsburg.

**Vor etwa 1000 Versammelten** sprach am Dienstag im Saale der Witwe Weigel Genosse Göhre über „Kirche und Arbeiter". Um für die vielen Besucher Platz zu schaffen, mußten Tische und Stühle entfernt werden. Kopf an Kopf gedrängt, selbst auf dem Treppenflur stehend, lauschten die Anwesenden den zirka zweistündigen trefflichen Ausführungen des Referenten. Zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages forderte der Referent alle ehrlichen Charaktere, welche mit der Kirche innerlich fertig sind, auf, aus derselben auszutreten. Die schriftlich geladenen Ortsgeistlichen waren nicht erschienen, weshalb von einer Diskussion Abstand genommen und die Versammlung geschlossen wurde.

## Mittenwalde.

**In einer auch von Frauen gut besuchten Versammlung** behandelte Genosse Fritz Zubeil das Thema: „Das persönliche Regiment". Die Versammelten folgten mit lebhaftem Interesse dem Vortrage des Redners, welcher alle wichtigen Vorgänge einer schneidenden Kritik unterzog. Am Schluß erntete der Vortragende stürmischen Beifall für seine Ausführungen. Hierauf wurde eine Resolution empfohlen und angenommen, in welcher das persönliche Regiment verurteilt wird. Außerdem verpflichteten sich alle diejenigen, die noch nicht Mitglieder des Wahlvereins sind, demselben beizutreten.

## Pankow.

**Gemeindefinanzen und Terrain- und Grundstücksspekulation.** Pankow zählt mit unter den Vororten Berlins, in denen es das Terrain- und Grundstücksspekulantentum am meisten verstanden hat, von den Gemeindegemarkungen Besitz zu ergreifen. Immense Summen scharrt das spekulierende Kapital auch in Pankow ein. Es wäre daher der in finanziellem Dalles befindlichen Gemeinde ein leichtes, sich durch entsprechende Besteuerung des spekulierenden Kapitals mit einem Schlage reichliche Mittel zu verschaffen. Doch eine solche, auf das Allgemeininteresse gerichtete Politik setzt voraus, daß in der Gemeindevertretung Männer sitzen, die ohne jegliches Eigeninteresse ihres Amtes walten. Sie müßten durchdrungen sein von dem Gedanken, daß der unverdiente Wertzuwachs an Grund und Boden nicht in die Taschen von Privatpersonen fließen darf, sondern der Allgemeinheit zugute kommen muß, der ja die Wertsteigerung nur zu verdanken ist. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung unserer Gemeindevertretung, wo Hausbesitzer den entscheidenden Einfluß haben, ist jedoch nach dieser Richtung hin nichts zu erwarten.

Gleichwohl hätte man erwarten sollen, daß auch die Gemeinde Pankow in größerem Maße von dem Gemeindeareal Besitz ergriffen hätte, um auf diese Weise den Gewinn des Wertzuwachses in ihren Beutel fließen zu lassen. Doch auch das ist, wie nachstehende Zahlen beweisen, gänzlich versäumt worden.

Die zirka 660 Hektar umfassende Gemarkung im gemeinen Werte von 147 595 366,00 M. befindet sich in den Händen von 1355 Eigentümern. Nach der Grundwertsteuerrolle pro 1907 gehören die bebauten Grundstücke im Werte von 91 858 593 M. 731 Besitzern, die unbebauten Grundstücke im Werte von 55 736 773 M. 624 Besitzern an. Hiervon gehören die unbebauten Grundstücke im Werte von 25 022 719 M. 338 physischen Personen, im Werte von 30 714 054 M. 286 nichtphysischen Personen, Gesellschaften, welche aus der Grundstücksspekulation ein Geschäft machen.

Von den physischen Personen (Besitzern) wohnen: in Pankow 94 mit einem Grundwerte von 5 591 897 M., außerhalb Pankows 244 mit einem Grundwerte von 19 430 822 M. Von den nichtphysischen Personen domizilieren in Pankow: 12 mit einem Grundwerte von 833 312 M., außerhalb Pankows: 274 mit einem Grundwerte von 29 880 742 M. Es befinden sich also von den unbebauten Grundstücken Pankows in den Händen von Pankowern Werte von 6 425 209 M., in den Händen von Nichtpankowern Werte von 49 311 564 M.

Nun hört es sich gewiß ganz schön an, wenn argumentiert wird, der Ort Pankow hat den Vorteil davon, daß fremde Kapitalien hier angelegt werden. Dem ist nicht so; denn der mittelbare Vorteil durch eine emporgeschwungene Industrie kommt hier fast gänzlich in Fortfall. Das fremde Kapital ist hierher gekommen, weil es das Steigen der Bodenpreise früher erkannt hat als die rückständigen Gemeindeväter. Ueber welchen Reichtum würde der Ort verfügen, wenn vor Jahren, als die Bodenpreise noch niedrig standen, in der Gemeindevertretung vorwärts denkende Köpfe dominierten und nicht die priviligierten, engherzigen und konservativen Grundbesitzer.

Die der Gemeinde gehörigen unbebauten und zur Bebauung geeigneten Grundstücke repräsentieren zurzeit einen Grundwert von 618 840 M.; davon sind schon jetzt als Schulgrundstücke vorgesehen Werte von 592 640 M., welche in den nächsten Jahren bebaut werden müssen. Tritt neuer Mangel ein, oder sollen Volks-Badeanstalten und dergleichen gebaut werden, so müssen Anleihen aufgenommen werden unter dem Jammern der angesessenen Gemeindevertreter, es werde immer nur für die arbeitenden Klassen gesorgt.

Die bevorstehenden Gemeindewahlen im Januar geben der Arbeiterschaft abermals Gelegenheit, auf eine solche rückständige Politik die Antwort zu geben. Schon jetzt muß daher eine intensive Agitation für die Wahlen einsetzen.

### Wilhelmsruh.

**Ueber die Aufgaben der Gemeindevertreter** im Dorfparlament referierte in der letzten Mitgliederversammlung Genosse Pagels-Rixdorf. In der Diskussion über den Vortrag wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Gemeinde mit der Einführung der Wertzuwachssteuer eine reiche Einnahmequelle erwachsen würde. Ein Beweis dafür, daß der Weizen der Terrainspekulanten blühe, sei, daß diese 330 000 M. dafür hingegeben haben, um eine Bahnstation an der Nordbahn zwischen Reinickendorf-Rosenthal und Wittenau zu erhalten. Die Terrainspekulanten erkennen, daß durch den Bahnhof die Bodenpreise in die Höhe schnellen. Es sei daher Aufgabe der Gemeinde, die Wertzuwachssteuer einzuführen, um endlich den Gemeindesteuerzuschlag von 133⅓ auf 100 Prozent herabsetzen zu können. Ferner wurden die Genossen ersucht, zu der heute abend 6 Uhr im Amtsbureau, Hauptstr. 16, 1 Treppe, stattfindenden wichtigen Gemeindevertretersitzung als Zuhörer zu erscheinen.

### Tegel-Waidmannslust.

**Die Genossen von Tegel und Bezirk Waidmannslust** veranstalten gemeinsam eine Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften. Dieselbe wird am Sonntag, den 6. Dezember, eröffnet. Die Besichtigung ist kostenlos und zwar zu folgenden Zeiten: Sonntags von 3—8 Uhr nachmittags, wochentags von 7—9 Uhr abends bis einschließlich Sonntag, den 13. Dezember. Mit der Schriftenausstellung ist gleichzeitig eine Ausstellung von Wandschmuck verbunden. Während der Besichtigungsstunden sind Genossen und Genossinnen anwesend, welche bereitwilligst Auskunft erteilen; ebenso können die gewünschten Bücher im Ausstellungslokal bestellt werden. Die Ausstellung findet bei Kakies, Tegel, Berliner Straße 92, statt.

### Mühlenbeck.

**Die Wahlvereinsversammlung** am Sonntag nahm zunächst den Bericht des Genossen Bärsch aus der Gemeindevertretung entgegen. Der Redner kritisierte das Verhalten der hiesigen Verwaltung, welche noch immer nicht dem Antrage entgegengekommen sei, die Gemeindeabrechnungen jedem Vertreter schriftlich zugehen zu lassen. Es betrugen die Einnahmen 58 748,02 M., die Ausgaben 49 068,09 M. Nach dem neuen Schulunterhaltungsgesetz, wonach die Beihilfe zur Schule zur Hälfte der jeweiligen Steuern festgesetzt werde, büßt die Gemeinde bei einem sonst vom Schloß Damsmühle gezahlten Beitrag von 1700 M. 1400 M. ein, da Damsmühle forstfiskalisch ist und daher keine Steuerpflicht hat. Der Bau des Spritzenhauses nebst Freibank wurde mit 3022,50 M. an den Mindestfordernden vergeben; ebenso wurde der Gasanschluß an die Stadt Berlin zu Berliner Verbrauchspreisen auf 50 Jahre vertragsmäßig beschlossen. Im Verschiedenen wurde noch das lächerliche Verhalten eines Teiles der hiesigen Lehrer kritisiert, die im Bahnwagen das Parteilokal von Bärsch öffentlich als stinkender Judenunterschlupf bezeichnet haben.

### Nowawes.

**Der hiesige Konsumverein** hat auch im verflossenen Geschäftsjahre wieder einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen. Es sind 146 Genossen der Organisation beigetreten, so daß am 1. Oktober ein Bestand von 780 Mitgliedern zu verzeichnen war. Der Warenumsatz betrug 184 801 M. Der Bezug an Waren seitens der einzelnen Mitglieder stellte sich im Durchschnitt auf 262 M. Außer dem Rabattsparkonto von 10 015 M., welches an die Mitglieder je nach der Höhe ihres Umsatzes zur Verteilung gelangt, erzielte der Verein einen Reingewinn von 1701 M., wovon ebenfalls 1001,50 M. zur Rückvergütung an die Mitglieder bestimmt sind. Bei dem stetigen Wachstum des Vereins hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, ernstlich an den Erwerb eines Grundstücks zur Errichtung eines Zentrallagers und einer Verkaufsstelle im Neuendorfer Ortsteil zu denken, um so mehr als bei den steigenden Bodenpreisen und dem Mangel an passendem Bauland die Bedingungen für den Erwerb eines Grundstücks immer ungünstiger werden. Um das hierfür nötige Kapital aufzubringen, sollen in nächster Zeit von der Verwaltung an die Mitglieder des Vereins Grundstücks-Anteilscheine zu 10, 25 und 50 M. bei 4prozentiger Verzinsung ausgegeben werden. Von dem Interesse der Mitglieder an diesem Projekt wird es abhängen, ob auch der lebhafte Wunsch nach Errichtung einer Vereinsbäckerei in Bälde erfüllt werden kann.

### Potsdam.

**Eine mysteriöse Kindesaussetzung.** Eine offenbar den besseren Ständen angehörige Frau wandte sich vorgestern abend auf dem Alten Markt mit einem Paket an den Milchträger Willi Räder mit der Bitte, gegen eine Entlohnung von 10 Pf. das Paket für den Pastor Reichmut im Predigerhause der Nikolaigemeinde am Alten Markt abzugeben. Der Mann ging, um den Auftrag auszuführen, wurde aber wieder zurückgeschickt, da man sich in der Familie des genannten Geistlichen keiner Bestellung erinnerte und eine Verwechselung annahm. Als R. wieder auf dem Platze stand, wo er den Auftrag erhalten hatte, war die Frau verschwunden. Da er nicht wußte, wie er sich des Pakets entledigen sollte, sah er nach, was das Paket berge. Der Inhalt ergab ein neugeborenes Kind, das man dem städtischen Kinderheim in der Neuen Königstraße überwies. Die Mutter des Kindes ist bis jetzt nicht ermittelt.

## Vermischtes.

**Entgleist.** Amtlich wird aus Essen a. R. vom 8. Dezember gemeldet: Gestern, am 2. Dezember, abends 10 Uhr 42 Minuten, entgleiste auf der Strecke von Mülheim-Ruhr—Styrum nach Duisburg in der Nähe des ersteren Bahnhofes von dem Berlin—Kölner Schnellzug D 22 die zweite Lokomotive und der Packwagen aus bisher unbekannter Ursache. Die übrigen Fahrzeuge blieben auf dem Gleise. Personen sind nicht verletzt worden. Die Personen- und der Speisewagen wurden nach Bahnhof Styrum zurückgeholt und, da beide Gleise gesperrt waren, über Oberhausen nach Duisburg geleitet. Das Gleis Duisburg—Styrum ist von 6 Uhr früh fahrbar geworden, das andere wird im Laufe des Vormittags betriebsfähig werden.

### 350 Fischer ertrunken.

Aus Tokio kommt die Meldung, daß infolge eines Taifuns vorgestern in der Kawatsu-Bay 35 Fischerboote gestrandet sind. 350 Fischer sollen den Tod gefunden haben.

### Folgenschwerer Bergrutsch.

Nach einem Telegramm aus Belluno wurden durch einen Bergrutsch gestern vormittag dreißig Gebäude des Dorfes Pra bei bei San Lucano zerstört. 27 Personen sollen getötet, 9 verwundet worden sein.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit“** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 10. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Ein Stück Verfassung. — Die Reichskrisis und die Sozialdemokratie. Von Parvus. — Die Agrarpolitik der russischen Regierung. Von O. Morosoff (Petersburg). — Das Unglück auf Zeche Radbod. Von einem Bergmann. — Literarische Rundschau: G. W. Plechanow, Ossnownyje woprossy marxisma. Von N. Rjasanoff. Dr. med. Gustav Aschaffenburg, Gefängnis oder Irrenanstalt. Von Dr. Siegfried. M. Wintschewsky, Stories of the Struggle. Von M. Beer. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von **3,25 M.** pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet **25 Pf.**

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom **„Wahren Jacob“** gelangt in den nächsten Tagen die 25. Nummer des 25. Jahrganges zur Ausgabe. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Die Freuden der Reichsfinanzreform“ und „Die Dardanellenfrage“, sowie die weiteren Illustrationen „Radbod“, „Gruß aus Potsdam“, „Auf der Steuersuche“, „Standesdünkel“, „Wie der gescheite Hans um die Gunst der Grete warb“, „Deutsche Treue“, „Das Malheur“ und „Der Pessimist“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der Ernst der Zeit“, „Michels Wiegenlied“, „Helden“, „Die Abrechnung“, „Die erste Reform“, „Die Notstandsaktion“, „Kultur“, „Das Lied vom Schuster“, „Der große Tag“, „Abdul Aziz' Frauen“, „Türkische Reform“, „Bernhard“, „Wenn der Hahn kräht“, „Bobby“, „Nach Kanossa“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „An den Kaiser!“, „v. Below-Pleitenburg an v. Arnim-Schnodderheim“ und „Wir Wilden . . .“ von Rudolf Franz. Der Preis der 20 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

**Witterungsübersicht vom 3. Dezember 1908, morgens 8 Uhr.**

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. 0° C = | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. 0° C = |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Swinemde | 762 | WNW | 2 | Nebel | 6 | Haparanda | 759 | N | | 2 wolkig | —7 |
| Hamburg | 766 | WNW | 5 | Regen | 8 | Petersburg | 750 | NW | 1 | Schnee | —6 |
| Berlin | 765 | WNW | 3 | bedeckt | 6 | Scilly | 767 | SSO | 1 | bedeckt | 10 |
| Frankf. a. M. | 771 | Still | | Nebel | —3 | Aberdeen | 770 | Still | | bedeckt | 7 |
| München | 772 | SO | 3 | wolkig | 1 | Paris | 770 | O | 1 | Nebel | —2 |
| Wien | 767 | W | 5 | wolkig | 7 | | | | | | |

**Wetterprognose für Freitag, den 4. Dezember 1908.**

Etwas kühler, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand | am 2. 12. cm | seit 1. 12. cm [1]) | Wasserstand | am 2. 12. cm | seit 1. 12. cm [1]) |
|---|---|---|---|---|---|
| Memel, Tilsit | 284 [2]) | +5 | Saale, Grochlitz | 84 | —4 |
| Pregel, Insterburg | 30 [3]) | +7 | Havel, Spandau [3]) | 60 | 0 |
| Weichsel, Thorn | 76 [4]) | +14 | „ Rathenow [4]) | 26 | +2 |
| Oder, Ratibor | 86 | +1 | Spree, Soremberg [3]) | 74 | 0 |
| „ Krossen | 68 | +1 | „ Beeskow | 67 | +1 |
| „ Frankfurt | 85 | —2 | Weser, Münden | —76 | —2 |
| Warthe, Schrimm | 56 | +8 | „ Minden | —10 | —4 |
| „ Landsberg | 29 | +4 | Rhein, Maximiliansau | 320 | —2 |
| Netze, Nordamm | 15 | +11 | „ Kaub | 120 | —5 |
| Elbe, Leitmeritz | —54 | —6 | „ Köln | 126 | —11 |
| „ Dresden | -166 | 0 | Neckar, Heilbronn | 43 | —5 |
| „ Barby | 58 | —2 | Main, Wertheim | 119 | —5 |
| „ Magdeburg | 70 | 0 | Mosel, Trier | — | — |

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Eistreiben.

**Arkona-Bad** 34, Anklamerstr. 34, schrägüber Zionskirchstraße. Alle Arten Bäder täglich für Herren und Damen. Annahme sämtl. Krankenkassen. Neu! Elektrisch. Lichtbad. Neu!

**Charlottenburg** F. Kunstmann Wallstr. 1 Moderne Uhren u. Goldwaren

**Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!**
Größtes Lager in abgelagerten Zigarren
Größtes Lager in Weihnachtspackungen
5192L*
**Max Ziegenhals,** BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, ::: dicht am ::: Alexanderplatz.
Telephon: Amt VII, 3047.

46 eigene Dampfer.
**„Nordsee“**
Von frischen Fängen empfehlen wir:
Alle Arten
**Seefische**
zu billigsten
**Tagespreisen**
Seefische sind gesund, nahrhaft und bekömmlich, daher ärztlich empfohlen.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft
**„Nordsee“**
Größt. Hochseefischerei Deutschlands.
Hauptgeschäft:
Berlin C., Bahnhof Börse.
Verkaufsstellen:
Prinzenstraße 94.
Schlesisch. Bahnhof, Bog. 8/9.
Invalidenstraße 131.
Große Frankfurter Str. 85.
Potsdamer Str. 112a.
Müllnacker Str. 57.
Spandau, Breitestr. 54.
Seefisch-Kochbücher gratis.

**Vortrefflich angesprochen.**
Herrn Wilhelm Bramann, Dresden-N.
Ihr „Cacaol“ hat vortrefflich angesprochen. Unsere Sara, 4 Jahre alt, aber sehr schwächlich, mag fast nichts anderes, und bitte ich Sie höflichst um Zusendung von 20 Paketen Cacaol.
Hermersdorf b. Dorschemnitz, 28. Febr. 08.
Julius Groschopp, Musiker.
Cacaol ist in ½ Pfd.-Paketen zu M 1.—, in ¼ Pfd.-Paketen zu 50 Pfennig durch alle einschlägl. Handlungen zu beziehen.

**Reeller** und **billiger** wie **Monatsgarderoben** sind meine im Preise zurückgesetzten Herren-
**Anzüge, Paletots,**
sonstiger Maßpreis 40-60, jetzt 15—36 Mark.
**Adolf Raitzig,**
Grüner Weg 90,
Ecke Andreasplatz.
Christliches Geschäft

**Stolas,**
Kolliers, Krawatten, Muffen, Herren- u. Kinder-Garnituren, Pelzjacken, Pelze, garnierte Pelzhüte, Baretts, Pelzdecken, nur eigenes Fabrikat, in größt. Auswahl, aus bestem Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.
Kein Laden! Sonntags geöffnet.
**F. Kalman,** Kürschnermstr.
Kommandantenstr. 15, Tel.: I, 3917, gegenüber Beuthstr., vorn 1 Tr.

**Pianino,** Hoflieferant, um jeden Preis sofort zu verkaufen Französische Str. 15, I rechts.

Ein Buch für jeden Parteigenossen ist der soeben erschienene Band
**Der soziale Gedanke.**
Leitsätze aus den Schriften der Begründer des Sozialismus.
Für die heutige Zeit gesammelt von
Dr. jur. **Curt Barday** und Dr. phil. **Erich Max**
herausgegeben von
**Eduard Bernstein.**
306 S. 8°.
Preis in Ulogen geb. M. 1,80.
Dieser Band bringt in aphoristischer Form alles, was von den Schriften der Großmeister des Sozialismus einen bleibenden Wert hat, was für die heutige Zeit und für jeden Parteigenossen zu lesen notwendig ist. Vertreten sind im Buche mit ihren wichtigsten Aussprüchen Robert Owen, H. Claude St. Simon, Charles Fourier, P. J. Proudhon, Karl Marx, Friedr. Engels, Ferdinand Lassalle und Karl Rodbertus. 306*
Verlag Soziales Erkennen
Dresden-A. 16.

**Arbeiter-** Berufs-Kleidung
Aeltestes Spezial-Geschäft
3 Mühlendamm 3
2. Geschäft:
98 Kottbuserdamm 98.
**Adolf Wecker.**

**Hüte** in allen Preislagen.
**R. Weidner,** Hutmacher,
Dresdenerst. 100, an der Prinzenstr.

## 22. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 5. Dezember 1908, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

244 781 88 988 1181 824 415 75 503 24 [1000] 681 802 [1000] 88 2068 597 605 85 805 967 [500] 3135 329 476 [1000] 616 4109 83 249 504 18 85 630 739 50 5261 907 420 796 948 6230 782 884 7311 407 83 663 794 24 944 8043 424 33 65 585 741 90 945 9232 95 97 301 711 63 913 [3000]

10007 181 216 79 300 [500] 408 650 780 814 91 904 11925 399 758 12084 152 80 300 414 589 [1000] 909 55 13301 90 667 97 919 46 14007 102 266 [500] 284 94 422 54 49 508 652 809 [500] 900 15175 201 326 90 446 613 745 60 823 70 16083 203 88 748 51 [500] 17230 611 735 50 83 801 18008 114 38 83 358 447 61 [500] 606 609 19085 91 114 908 34 750 940 91

20304 36 439 519 75 80 735 830 21405 22075 367 98 773 810 99 [500] 23275 871 [500] 437 697 735 805 [1000] 951 [1000] 24104 225 96 [1000] 383 83 405 511 690 728 71 78 25079 [3000] 111 253 437 840 960 [500] 26359 144 307 734 [500] 949 [1000] 27013 153 [3000] 274 83 420 603 710 [1000] 63 28067 213 427 31 57 563 [1000] 753 818 23 916 29048 280 323 529 48 779 [1000] 619 930 88

30250 [1000] 347 432 682 824 80 [1000] 31003 113 275 [500] 304 [500] 86 405 89 97 572 799 [500] 844 930 32218 347 [1000] 417 56 639 94 738 85 895 [500] 33028 60 93 176 93 249 558 34131 232 71 331 430 62 727 85 882 970 35008 64 102 359 65 506 48 628 73 85 917 66 36001 328 400 33 64 750 81 37040 84 314 402 [500] 611 782 [500] 855 38035 141 740 70 947 39136 56 [500] 870

40005 86 187 227 [600] 581 707 [500] 928 51 41237 883 64 904 42371 314 48 674 702 985 43071 366 412 [3000] 527 416 980 24 44146 238 272 437 573 [1000] 95 842 708 801 53 45000 240 [500] 306 54 417 652 46218 [1000] 381 437 740 47163 78 311 39 412 851 48071 311 65 480 587 782 960 49022 597 607

50000 46 71 [5000] 437 67 [500] 544 88 91 813 [3000] 941 [3000] 51111 68 [1000] 259 313 762 52034 [1000] 56 75 351 [500] 74 227 76 637 838 53242 79 700 9 71 895 960 79 54098 64 123 354 78 544 687 977 55018 447 733 857 [1000] 934 [1000] 96 56024 99 [3000] 138 299 [2000] 350 475 517 [500] 45 655 783 57240 47 753 612 58156 [500] 66 779 87 947 59179 221 78 469 508 701 [500] 53 85 885 903

60103 47 271 337 81 889 60 750 988 61088 150 399 402 [1000] 697 [3000] 768 805 86 62072 355 708 960 63002 124 [500] 535 43 965 64081 230 382 639 704 35 97 045 60 65045 273 584 885 66023 251 [1000] 720 935 67328 676 786 68271 508 15 317 69003 [500] 68 127 50 80 [1000] 201 513 91

70084 179 236 811 704 87 856 71010 150 69 298 883 78 [500] 486 505 99 608 722 38 939 64 72071 108 377 95 228 873 54 73173 381 419 521 758 965 984 74347 975 [500] 406 877 716 827 46 75113 303 65 843 47 [500] 470 74 848 96 773 834 76007 535 616 43 710 956 77014 54 80 [500] 118 [1000] 443 [1000] 904 78041 800 [3000] 91 79267 314 496

80469 77 561 647 821 81068 108 962 73 69 430 545 96 924 97 82058 113 [1000] 384 [5000] 768 608 51 83213 504 560 708 11 821 975 [500] 84075 139 253 440 786 85010 [1000] 114 300 417 506 770 804 86050 84 307 815 456 523 750 62 76 612 88 87120 323 57 830 605 73 701 69 612 973 [500] 88435 867 77 930 89194 328 543 980 [3000]

90122 255 450 655 762 72 [500] 91074 407 38 43 623 69 566 975 92001 324 467 619 46 979 93010 366 810 484 692 751 971 21 47 90 94349 48 [1000] 722 87 46 50 65 907 10 17 85 95206 424 648 751 843 64 96348 [500] 681 934 97020 82 43 49 74 149 548 [1000] 612 733 [3000] 76 822 963 91 98057 123 836 658 720 44 926 99022 [3000] 90 819 [500] 443 630 917 45 [1000]

100095 391 463 506 50 [500] 930 101430 548 [1000] 57 621 718 288 [500] 102087 267 70 466 73 546 665 747 996 103097 159 [500] 325 506 75 609 889 104169 [500] 70 493 [500] 667 813 105077 252 581 854 106062 [10 000] 423 46 565 734 839 978 107065 188 694 108015 [500] 141 42 [1000] 70 379 84 840 13 109588 712 65 940

110011 508 610 728 918 39 111179 224 50 [1000] 648 738 112158 [3000] 202 78 834 608 616 707 915 113071 263 446 560 114211 15 63 861 43 74 658 816 115065 271 356 436 607 84 74 717 933 116048 869 406 [500] 29 47 75 [500] 367 627 917 21 63 117118 30 381 381 407 81 518 604 118131 68 377 517 703 97 119045 138 899 424 500 [3000] 98 741 808 907 74

120017 66 77 135 [1000] 491 833 [500] 926 121011 134 232 487 [1000] 746 856 82 122028 190 215 372 476 698 850 63 71 123104 441 654 124103 380 76 [1000] 508 75 685 991 125102 222 331 471 623 941 56 126197 306 803 407 666 70 127068 200 27 59 63 89 778 831 128120 50 800 129003 211 543 60 680 724

130131 [500] 216 828 62 656 734 930 131226 63 90 65 409 768 919 63 67 132060 307 68 612 792 878 971 133086 111 74 79 289 [3000] 748 53 72 981 134080 294 407 692 808 [500] 135042 [500] 91 120 69 240 897 409 [500] 82 528 31 600 706 840 940 136104 218 93 [500] 636 [500] 60 [1000] 704 881 943 137007 103 248 [1000] 63 631 69 138135 30 67 365 360 434 650 784 139051 155 946 [5000] 96 550 631 36 767 673

140110 270 [3000] 78 481 589 801 [1000] 911 21 88 141230 39 472 142033 56 343 [500] 410 43 67 696 955 143115 69 434 979 922 144058 58 174 276 855 425 914 54 145124 302 425 696 964 146824 748 842 147271 73 680 704 894 148114 53 204 49 475 [3000] 563 743 70 819 149111 [3000] 216 40 55 218 444 842

150028 [500] 57 160 366 675 748 55 151989 228 532 77 039 42 152156 227 89 153178 [500] 385 437 46 [3000] 545 [1000] 694 808 [500] 154180 210 337 [500] 480 518 605 [500] 755 155082 275 344 423 502 [1000] 911 53 156377 [500] 693 99 873 157174 286 478 558 761 908 158218 [500] 641 856 71 229 [1000] 159235 576 99 675 94 725 888

160193 250 374 408 651 883 87 161044 130 78 94 258 65 549 784 162144 294 320 445 78 86 519 807 163236 355 59 430 710 866 89 [1000] 909 164025 215 95 404 55 79 981 165129 411 40 574 793 [1000] 867 166261 88 407 14 51 82 780 819 911 31 77 167102 [3000] 32 508 602 729 [1000] 92 825 168165 328 51 489 789 800 14 169061 281 457 514 987

170025 57 259 451 588 659 54 66 [500] 972 171018 69 183 69 96 398 951 [1000] 172001 127 64 66 385 503 173081 40 149 649 61 [1000] 901 47 75 174005 126 243 419 59 545 97 644 70 672 84 955 175071 157 260 330 87 [3000] 176039 78 87 300 304 937 177014 434 54 644 713 919 178012 98 [1000] 101 [1000] 12 646 704 90 823 179090 358 [500] 491 540 724

180169 [500] 221 352 468 725 67 987 181012 [500] 77 264 [500] 61 [3000] 321 403 67 624 745 [500] 803 51 [500] 182072 157 350 65 582 731 [1000] 815 183213 61 330 62 506 692 881 184247 49 88 597 640 [1000] 62 784 94 185027 [1000] 156 293 531 55 778 [3000] 941 186163 311 30 [3000] 669 [1000] 745 187008 521 719 856 78 188314 [500] 48 475 86 518 49 613 714 63 893 189038 121 265 80 85 489 [500] 41 64 748 98

190140 207 73 503 875 97 985 [3000] 191002 49 177 549 [1000] 80 481 682 192035 104 24 464 [3000] 883 918 193623 984 194072 116 210 350 536 624 795 195119 263 409 71 573 928 196156 489 578 610 45 [3000] 884 197305 26 670 [1000] 769 812 917 198310 21 785 368 402 34 578 748 923 28 199165 [500] 88 358 440 45 48 534 63 87 816 954 79

200124 32 [500] 36 674 877 78 201000 [100 000] 15 89 131 96 87 97 449 668 202180 269 428 [500] 39 769 [500] 813 88 987 203008 127 212 331 [1000] 78 418 [1000] 810 55 701 15 960 64 204091 639 43 57 761 80 869 205077 [1000] 111 273 [500] 305 504 665 82 784 206127 344 409 10 17 612 86 890 207061 241 71 370 93 452 630 875 208104 34 30 34 459 921 [500] 209096 106 321 587 715 841 947 88

210118 80 258 [500] 96 [500] 508 988 211092 66 116 207 [500] 308 80 547 607 681 964 212497 [3000] 534 64 794 081 213080 308 777 214068 [3000] 401 7 359 605 44 729 [1000] 46 [3000] 917 215069 181 256 514 216776 31 217210 326 91 492 613 64 917 [10 000] 64 76 218131 271 [500] 417 [500] 90 650 70 787 909 53 219055 102 433 84 626 80 82

220103 80 96 305 407 74 566 628 75 750 221004 811 948 [1000] 222188 300 [500] 45 476 661 73 923 223007 10 101 4 72 86 88 212 88 371 590 652 98 788 968 224404 683 873 225005 199 345 84 808 [1000] 419 52 729 45 860 968 226080 68 185 91 437 558 787 860 921 [600] 227350 509 68 786 968 228530 74 447 504 [500] 606 11 [1000] 66 788 [500] 841 229227 53 644 746 [500] 93 801 56 81 89

230103 245 444 818 [500] 87 642 988 [500] 231116 27 887 961 232039 47 497 510 665 780 843 233004 222 [1000] 512 604 234033 71 378 519 34 745 235063 300 210 489 [3000] 236106 808 890 988 237201 11 807 [500] 95 446 55 731 45 907 34 238028 341 [500] 52 73 313 484 690 239064 176 435 36 72 585 617 71 [500] 68 820 919 60 78 [500]

240015 54 41 [500] 103 25 212 564 73 954 87 241066 [500] 188 [500] 858 [500] 98 456 64 535 [500] 725 959 242318 [1000] 79 [1000] 588 [500] 799 243153 869 473 87 574 [500] 802 [500] 69 950 58 244122 294 [3000] 747 810 43 71 245160 449 81 510 734 806 939 [500] 246300 54 [500] 675 815 95 247082 707 817 44 248090 94 251 371 667 88 854 249175 315 548 78 880 [500] 748 [1000] 860 932 [500]

250086 124 46 889 71 980 90 251033 143 54 237 524 656 309 78 [1000] 252109 329 489 557 98 706 253008 253 36 381 [1000] 436 57 [3000] 543 663 [500] 90 832 70 91 254180 341 301 75 676 755 897 99 915 255104 34 [500] 193 94 398 480 583 [500] 822 44 [500] 74 985 41 96 256009 92 184 [500] 63 315 [500] 83 97 803 9 42 738 861 949 58 257018 [3000] 37 529 646 708 817 56 258318 68 70 548 843 980 259855 36 698 787 89 874 971

260224 364 [1000] 580 717 822 981 261030 79 88 138 400 [3000] 367 43 262219 960 96 263155 364 [1000] 735 90 264214 713 67 905 81 [500] 265152 301 [1000] 31 445 849 915 18 266279 609 69 840 63 954 267208 12 [1000] 317 82 569 30 88 654 715 90 268021 26 66 837 779 269065 145 296 495 [500] 701 [1000] 23 78

270031 63 75 449 514 [1000] 658 [1000] 729 68 885 271414 656 80 733 830 272259 963 [500] 928 56 273133 [1000] 150 92 212 76 614 61 792 274044 54 99 143 428 275037 344 432 64 648 974 276101 74 246 [500] 85 943 277072 156 99 584 278000 191 359 89 286 668 827 69 [1000] 279209 792 [1000] 866 975

280092 183 344 [1000] 363 505 96 936 281056 70 279 616 34 979 282078 390 [500] 433 [500] 509 283117 47 90 624 57 84 804 [3000] 284110 572 469 971 285021 [500] 538 44 688 286078 [1000] 355 [500] 91 833 68 287267 813 416 [500]

Im Gewinnrade verblieben: 1 Prämie zu 300 000 M., 1 Gewinn à 50 000, 5 à 30 000, 4 à 15 000, 10 à 10 000, 13 à 5000, 325 à 3000, 538 à 1000, 548 à 500.

## 22. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 5. Dezember 1908, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

206 417 512 647 71 796 821 959 1030 26 [3000] 62 63 132 [1000] 93 263 71 [1000] 540 686 747 71 881 2043 96 227 74 523 90 695 978 3180 271 496 4003 436 786 17 87 824 88 5048 91 267 718 95 907 64 6067 [500] 382 64 421 80 502 7027 54 278 418 608 759 [500] 8119 284 820 45 544 743 884 59 9180 879 621 751 72 930 43

10658 167 344 567 67 11018 200 313 595 835 12072 963 13148 223 413 [1000] 40 42 82 916 80 14600 68 961 984 15224 41 [3000] 62 67 633 728 855 16112 470 [1000] 521 757 [1000] 17087 180 209 314 584 63 92 771 805 18087 29 645 767 887 19018 89 [500] 247 873 50 [1000] 648

20063 297 433 21 [1000] 511 65 671 769 809 [500] 29 908 22 [500] 21088 207 68 321 462 641 979 22119 64 278 322 73 74 427 864 751 946 23129 92 [1000] 285 315 492 886 853 24014 256 [500] 86 491 851 687 43 25246 54 439 500 16 32 669 79 816 931 71 92 26297 834 27159 255 337 68 658 97 847 854 28043 64 382 503 29157 294 441 580 63 837 70 903 15

30171 331 44 91 531 601 65 858 31034 224 246 51 68 519 628 742 88 929 32403 [3000] 51 550 33000 121 293 368 481 34006 93 194 [1000] 261 [500] 535 728 35044 214 64 300 858 913 36258 72 [500] 365 667 865 [500] 987 94 37086 [500] 217 86 [500] 569 [500] 650 727 821 38276 908 71 651 757 [1000] 846 [30 000] 910 39102 202 213 489 501 676

40197 602 [1000] 423 965 41010 58 121 428 62 522 628 42004 255 96 278 [500] 322 89 590 675 43149 358 94 400 668 748 831 940 44000 561 43 45153 53 323 24 453 511 58 847 [1000] 46100 215 434 967 47007 813 16 973 [500] 48030 168 [1000] 663 736 919 49010 15 133 96 233 471 638 92 751 880 [500] 975

50059 143 271 [500] 327 411 515 643 727 900 51809 611 [1000] 835 43 50 922 52242 66 272 400 [1000] 786 53415 716 54001 8 18 80 445 66 582 792 880 55028 266 85 291 405 53 500 [1000] 503 745 [500] 947 56045 138 98 536 629 73 892 931 [1000] 87 57344 561 67 703 817 [3000] 946 68 58384 406 32 72 612 781 952 59046 [1000] 90 131 308 29 383 551 675 [500] 843

60163 349 314 558 889 61005 218 [1000] 418 528 [1000] 59 839 947 62058 76 206 65 858 724 967 63058 277 292 47 68 409 597 601 64374 508 25 [3000] 87 [500] 517 27 910 65030 326 468 595 734 963 914 89 66004 188 201 988 67001 301 495 568 808 947 52 68048 59 127 567 601 21 69006 170 327 46 425 833 84 704 862 984

70086 185 793 917 22 05 71091 143 53 [3000] 66 270 807 497 [1000] 840 41 61 91 925 72044 [500] 139 415 660 731 [500] 73208 32 45 580 858 931 74087 849 66 443 62 82 517 91 96 903 5 30 90 858 928 75332 482 [1000] 582 836 76124 69 589 647 [500] 731 [3000] 841 965 77065 277 350 71 487 [500] 516 55 89 768 [1000] 944 92 78085 44 91 [500] 195 522 38 401 509 43 635 79234 349 58 89 484 521 634 97 986 [500]

80165 [500] 254 350 941 81125 69 76 84 424 [500] 815 97 82050 291 391 424 63 630 754 77 82 849 83020 57 134 51 57 96 221 43 94 542 668 826 958 76 [500] 94 84142 [500] 56 293 449 71 627 45 [1000] 85047 352 357 968 86289 514 34 487 [1000] 571 96 975 [3000] 87175 384 [1000] 788 88153 66 348 [1000] 69 430 63 800 604 64 96 701 89162 316 33 316 434 521 62 689 751 812 [500] 967

90082 122 493 [1000] 667 760 835 994 91027 145 296 289 410 940 [3000] 92249 308 862 907 11 [3000] 926 93064 164 387 800 94158 605 627 964 95149 99 496 523 638 706 14 54 86 862 96141 493 95 743 64 87 900 97119 219 565 64 610 628 [1000] 98107 339 569 658 708 99018 87 43 68 86 [3000] 138 53 [1000] 271 281 59 674 738

100482 527 [500] 635 [500] 79 714 896 101064 119 67 86 423 [3000] 626 710 [500] 808 910 102033 66 78 [1000] 198 254 76 311 45 86 409 84 756 103002 341 56 693 763 802 104292 443 650 105180 370 818 773 804 964 106143 62 204 18 870 78 787 107061 100 58 837 108144 [500] 85 672 84 835 [500] 924 56 109135 603 94 [1000] 701 18 [3000] 886 [3000]

110173 75 60 96 209 28 785 842 948 55 111035 74 283 535 02 [3000] 75 [500] 606 12 36 112046 267 466 07 583 854 60 113029 72 75 89 324 77 554 114251 406 [500] 625 49 748 30 854 [500] 115164 212 338 507 25 679 116065 [500] 187 354 83 442 [3000] 117063 308 548 08 617 [3000] 25 860 968 118023 688 119006 111 [3000] 300 11 318 [1000] 568

120206 362 [1000] 416 67 72 818 37 [1000] 58 609 61 719 121246 359 519 [500] 614 [60000] 70 739 843 917 18 122131 213 416 32 65 505 13 71 695 738 68 889 [1000] 958 123087 302 15 43 44 92 312 498 643 977 124415 [3000] 46 68 632 62 [3000] 754 125004 15 308 739 910 126188 203 418 [500] 564 834 [1000] 90 940 [500] 127082 51 561 644 722 [500] 70 84 128086 132 [500] 749 58 439 89 609 947 [3000] 129060 99 219 354 85 [1000] 413 36 630 76 849

130085 136 61 95 472 675 778 890 131032 52 101 251 56 888 942 132151 589 620 44 133064 127 306 490 [500] 92 95 501 682 706 91 867 980 134055 113 89 595 [500] 521 608 724 [3000] 87 90 814 62 79 135085 [1000] 135 80 237 414 685 821 927 [3000] 136018 22 793 [500] 489 940 137024 68 136 420 91 [500] 508 759 869

138063 547 49 498 611 87 773 139127 [1000] 907 18 [3000] 54 [1000] 422 955

140031 838 959 141052 251 311 525 633 [3000] 87 997 [3000] 60 142001 89 240 665 707 80 873 924 30 143314 91 468 591 943 [1000] 144088 253 65 351 421 [3000] 21 806 [500] 905 145130 [500] 215 835 539 50 709 19 50 855 146000 436 610 755 883 147304 463 [500] 589 [500] 620 959 148310 683 [500] 724 835 [1000] 149055 739 853 67 443 598 802 9

150255 338 79 506 787 [500] 865 [500] 151144 444 530 695 152063 305 45 797 58 153117 205 485 681 701 3 97 887 [500] 76 92 154016 [500] 157 868 441 87 810 71 155053 484 567 96 156000 508 685 704 922 65 157028 165 431 549 600 7 835 158051 91 100 12 223 68 73 318 535 779 83 806 907 159082 905 71

160000 492 [500] 590 [500] 636 [500] 59 161333 [1000] 426 [1000] 64 [500] 745 58 805 65 162168 [1000] 496 508 84 [500] 808 825 885 163077 159 71 245 85 225 [1000] 663 749 67 863 942 [1000] 164424 63 300 [5000] 648 939 165014 156 263 553 624 26 809 889 166087 172 276 558 167120 423 512 644 844 56 168015 58 139 420 89 558 [500] 818 79 169008 265 325 548 53 [1000]

170001 115 233 891 [500] 955 171144 94 219 516 172171 29 50 219 858 95 965 173111 335 [500] 73 [1000] 621 22 789 883 962 174426 719 815 16 175001 139 434 583 [500] 639 798 927 176198 [500] 301 177050 [500] 75 162 206 64 [1000] 370 408 79 [1000] 530 663 88 802 81 954 178045 137 213 509 685 905 10 [3000] 51 179139 868 885

180034 135 230 822 687 964 181111 221 350 615 815 [1000] 957 [1000] 182152 99 348 658 [3000] 750 [3000] 975 [500] 183136 [1000] 312 31 57 327 26 70 822 184486 87 846 853 185080 260 606 70 87 99 186153 308 417 [3000] 511 647 721 36 834 67 187108 61 749 810 22 972 188045 [1000] 139 189148 248 844 56 851 52

190063 181 819 560 749 878 191364 565 717 882 [500] 856 89 192062 268 94 [3000] 330 65 602 752 830 62 903 193414 54 622 992 97 194003 32 [500] 267 56 490 663 91 [500] 951 195180 90 216 32 336 [3000] 868 69 944 90 196000 78 103 28 52 74 443 608 751 853 917 197079 215 499 [1000] 517 912 198107 58 245 65 65 407 19 542 691 199018 308 57 808 523 692 [500]

200084 135 50 224 337 46 400 [1000] 636 809 53 67 968 201011 87 155 222 [3000] 332 478 500 7 14 [500] 28 [1000] 644 [1000] 721 50 76 823 [500] 56 982 [1000] 202114 271 356 559 [500] 72 89 634 42 963 203059 159 335 537 [1000] 765 [500] 96 803 204255 [500] 67 380 445 [500] 795 987 205309 633 730 206299 735 847 207038 211 24 64 491 551 626 85 742 858 208032 53 152 [500] 05 728 626 782 98 905 40 [1000] 946 209143 383 538 29 655 709 [1000] 19 49 80

210066 409 620 814 85 989 [1000] 211198 271 442 88 89 576 636 906 89 212008 373 479 858 213206 533 94 568 680 544 68 214042 344 318 735 58 215007 [500] 138 271 85 93 359 54 [3000] 483 533 56 630 71 758 89 808 37 216235 46 510 557 64 682 788 972 89 217141 274 430 510 [1000] 44 602 871 [1000] 218000 63 418 871 783 905 219054 403 555 666 919 69

220228 93 374 444 573 669 769 801 9 50 87 941 221033 351 463 [1000] 508 895 222291 [500] 569 870 984 [3000] 223219 [500] 58 310 83 475 984 [1000] 224119 256 380 845 79 225316 556 658 711 804 940 226011 158 311 [500] 58 454 603 835 934 227242 413 [3000] 514 660 858 228000 235 332 [500] 418 564 98 899 229049 189 [3000] 215 53 [500] 91 330 [3000] 463 508 16 63

230336 525 630 87 711 88 [1000] 888 985 231253 418 37 42 712 [500] 69 878 929 70 232083 92 144 [1000] 408 801 48 233307 409 558 607 742 806 919 234002 65 72 181 308 344 [500] 474 704 93 235479 858 236080 970 314 476 772 237412 538 [500] 612 843 905 30 238119 435 [1000] 539 77 707 [1000] 239136 53 339 72 [500] 370 580 86 685

240475 720 858 87 241144 841 84 490 589 923 85 84 242024 41 56 67 112 331 525 639 721 901 243138 227 542 714 244085 641 [500] 771 918 245085 169 361 891 95 779 824 246250 56 89 303 81 96 719 82 247063 230 635 [1000] 672 248049 60 729 863 726 [500] 382 97 968 249015 134 45 216 63 421 614 [1000] 735 869 [500] 92

250028 393 600 802 901 251090 258 792 887 81 90 252172 [500] 206 [1000] 388 500 606 85 966 64 253001 538 612 810 254242 302 728 46 63 919 255265 433 608 18 721 902 66 256483 741 257018 150 516 808 258224 441 500 675 73 816 259419 21 856

260220 54 56 363 477 519 616 261014 458 518 600 728 99 906 262184 264 388 [1000] 460 637 263065 240 50 617 897 916 56 264031 149 63 94 [3000] 306 415 673 37 743 39 97 902 265067 121 84 243 479 515 61 648 779 [3000] 811 94 [500] 266001 87 114 352 84 336 71 313 707 80 879 509 29 [3000] 47 267091 180 21 305 465 911 268179 86 430 660 706 269061 439 874 981

270034 39 215 271307 446 81 [1000] 82 669 805 272012 103 243 714 819 960 273026 143 54 640 714 41 891 962 274121 38 95 284 763 819 275010 436 [1000] 787 971 [500] 276253 570 635 76 727 277309 462 921 70 278069 [1000] 121 369 540 [500] 618 [1000] 706 [500] 13 549 71 279002 354 [500] 318 562 737

280349 491 580 773 84 862 884 281243 60 410 875 [500] 618 22 813 [500] 282171 56 [3000] 328 94 743 985 283131 [500] 69 337 448 80 [500] 514 83 763 284156 370 [500] 562 58 772 913 95 285065 [500] 340 763 66 69 860 914 286152 206 14 679 703 [3000] 48 94 873 835 [1000] 37 72 287196 92 850 609 823 913


## Verkäufe.

**Teppiche** (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabrikniederlage Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9. Flureingang. 1386K*

**Verbrechen und Prostitution** als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Gaskronen,** Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße). Potsdamerstraße 81. Schönhauser Allee 79. Badstraße 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.

**Ohne** Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaskronen, Herrengarderobe. Weber, Prenzlauerstr. 49. Besuch, eventuell Postkarte. 1387K*

**Teppiche!** (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

**Herrenanzüge,** Herrenpaletots, zurückgesetzt, aus feinsten Maßstoffen 18 bis 38,00 täglich. Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Treppe. 1375K*

**Teppiche,** farbfehlerhaft, für halben Wert. Vorwärtsleser 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1501K*

**Plüschportieren,** Musterexemplare für halben Wert. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

**Steppdecken,** spottbillig. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

**Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?** Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit, von H. Beims. Preis 25 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

**Zentral-Pfandleihe** Prinzenstraße 88, I. Täglich Verkauf von verfallenen Pfändern. Weltbekannte Pfandleihe! 50 Prozent billiger wie im Laden. Goldsachen, passend zum Weihnachtsgeschenk. Winterpaletots, Anzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Knabenanzüge von 3,50 Mark an, Monatsgarderobe, für jede Figur passend, aus den feinsten Werkstätten Berlins, Betten, Tischdecken, Steppdecken. Fahrgeld wird vergütet. Bitte sich zu überzeugen. †19/13*

**Pfänderverkauf!** Hermannplatz 6. Pfandleihhaus Staunendbillige Winterpaletots! Riesenauswahl! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Pelzstolas! Allerbilligster Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Brautgeschenke! Teppichauswahl! Wäscheauswahl! Plüschtischdecken! Bettsteppdecken! Nähmaschinen! Praktische Festgeschenke! Wanduhren! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Schmucksachen! Anerkannt: „Großberlins Einkaufsvorteil!“ Bequemste Fahrverbindung! Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet.

**Klassiker-Ausgaben,** Goethe, Heine, Reuter, Schiller, Shakespeare, je vier Bände 6,— Mark. Eichendorff, Hauff, je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger, Kleist, Lenau, Uhland, Wieland und andere, je ein Band 1,75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

**Monatsanzüge** und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Kaß, Mulackstraße 14.

**Federbetten,** Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Kleidungsstücke, verfallene Pfänder spottbillig. Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7. 1447K*

**Winterpaletots,** Uhren, Schmucksachen, Decken spottbillig. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 1448K*

**Pfandleihhaus** Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

**Milch** hat satzweise abzugeben Reinhold Blankenburg, Gleimstraße 34. †70

**Monatsgarderobenhaus** Andreasstraße 54. Elegante Monatsanzüge, Monatspaletots, einzelne Beinkleider zu sehr billigen Preisen. Nur Andreasstraße 54 an der Markthalle. 1388K*

**Riesenposten Teppiche,** Sofa- und Salongröße, 4,35, 6,75, 10 bis 800 M. Eine Partie mit kleinen Webfehlern spottbillig. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1155K*

— — — Wo — — kommt der — beste Anzug her — — — Er kommt von Hermann Schlesinger — — Reinickendorferstraße 48 und — — — Turmstraße 58. 1484K*

**Bücher des deutschen Hauses.** Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 75 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

**Damenhemden** mit gestickter Passe 1,20, Herrenhemden 1,15, Bettlaken 1,20, Normalwäsche, Arbeiterhemden, sowie elegante Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. Sonntags geöffnet. 192/5

**Gardinen** spottbillig Chausseestraße 88, Spezial-Haus, dergleichen Stores, Bettdecken, Uebergardinen, Zugrouleaus usw. usw. Apparat zur Selbstbedienung. 283/12*

**Kronleuchter,** Singer-Bobbin-Maschine verkauft billig Rüdersdorferstraße 28, Philipp. †138

**Kohlen** billig von 10 Zentnern und mehr 0,95, 1 Zentner 1,00, Bäcker, Schlächter von 30 Zentnern bis 200 Zentner, ab Werk 130,00, selbst abholen. Wagen geliehen, Koks Anstaltspreis 1,60. Platz Bandelstraße 15. Doerksen. †56

### Geschäftsverkäufe.

**Schnell,** diskret verkaufen Geschäfte, Grundstücke Gornikiewicz & Co., Oranienstraße 149. Telephon 4, 11611.

**Schankgeschäft,** Pianino, Billard vom Hauswirt, 400,00 erforderlich, Miete 1200. Lüschke, Wadaistraße 9.

### Möbel.

**Auf Teilzahlung,** Möbeleinrichtung, Stube, Küche. Anzahlung 15 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina“, Kastanienallee 49.

**Möbel!** alt, neu, einfachste, eleganteste, verkauft spottbillig Lombardspeicher, Neue Königstraße 5, Fabrikgebäude; auch Sonntag geöffnet. Teilzahlung gestattet. 266/10*

**Kinderdrahtbett,** billig, Grüner Weg 50/51, Hof I rechts. †138

**Wichtig für Verlobte!** Schnelle Auflösung einer Wohnung, dieselbe ist sofort vermietbar! Es stehen von der Firma Hasemanns Möbelspeicher fünf Zimmer gute Möbel in der Wohnung Chausseestraße 52, vorn II, Flureingang, welche schleunigst spottbilligst verkauft werden an Ort und Stelle! Modernes eichenes Speisezimmer mit Lederstühlen, gekostet 950, jetzt 700, eichenes Schlafzimmer, Nußbaummöbel: Kleiderschrank, Vertiko, Plüschsofa, zwei englische Bettstellen, Säulentrumeau, Stühle, Ausziehtisch, moderne Küche, Teppich, Portieren, Gaskronen, Kanarienvogel, Chausseestraße 52, vorn II. 285

## Musik.

**Konzertplatten, Walzen,** staunend billig, Lothringerstraße 40. 1469K*

**Sprechmaschinen,** Phonographen, Teilzahlungen ohne Preisaufschlag. Lothringerstraße 40. 1468K*

**Grammophone,** Phonographen, Platten und Walzen, besonders preiswerte Weihnachtsangebote, auch gegen Teilzahlung. Neanderstraße 8. *

**Violinunterricht** (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion à 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“. f*

## Verschiedenes.

**Elsholz,** Komiker-Gesellschaft, Gropiusstraße 6. 196*

**Patentanwalt Bessel,** Gitschinerstraße 94a. 255K*

**Teilnehmer** an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003K*

**Lernt die Muttersprache beherrschen!** Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

**Kunststopferei von Frau Kokoska,** Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

**Einrahmungen,** Vergolderei, Glaserei. Urban, Schöneberg, Bahnstraße 44. †125*

**„Leihhaus Merkur“,** Große Frankfurterstraße 116, kauft, beleiht Herren-Garderobe, Goldwaren, Silbersachen, Uhren, Wäsche, Pelzwaren, Stoffe, Zigarren, Fahrräder sowie jeden Wertgegenstand. 1300K*

**Erklärung.** Hierdurch nehme ich die am 28. November früh gegen Herrn Dr. Goldschmidt ausgestoßenen Beleidigungen mit Bedauern zurück und erkläre selbst, daß mein Betragen ungehörig und unberechtigt war. Berlin O., Warschauer Straße 15. Frau Schlächtermeister Martha Büttner. 19/17

## Vermietungen.

### Zimmer.

**Möbliertes** zweifenstriges Vorderzimmer (ungeniert) an einen oder zwei Herren sofort vermietbar. Panse, Ruppinerstraße 4. †133

### Schlafstellen.

**Alleinige** möblierte Schlafstelle (Bahnhof Wedding), Köslinerstraße 4, vorn II rechts, Szepaniak.

## Arbeitsmarkt.

### Stellengesuche.

**Parteigenosse!** Langjähriger Gewerkschaftsbeamter sucht seine bisherige Tätigkeit mit der journalistischen zu vertauschen. Bis 1. März oder 1. April. Journalistische Beschäftigung kann nachgewiesen werden. Offerten O. 4 befördert die Hauptexpedition des „Vorwärts“. 1505K

**Mann,** 40 Jahre, schriftgewandt, sucht von 3 Uhr nachmittags ab Beschäftigung als Kassierer, Schreiber usw. Offerten S. O. 26 erbeten. †111

**Mädchen,** junges, 5½ Jahre in einem Herren-Knabenkleidergeschäft als Näherin tätig, sucht Stellung als Zuarbeiterin oder als Lehrmädchen in guter Damenschneiderei. Offerten unter R. 4 an die Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, erbeten. 1518K*

### Stellenangebote.

**Klavierspieler** Sonnabends, Sonntags verlangt Miz, Stalitzerstraße 50. 296

**Tüchtige** Farbigmacherin verlangt Goldleistenfabrik Reichenbergerstr. 68.

**Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.**

## Orts-Krankenkasse für Ober-Schöneweide.

Zum 1. Januar 1909 wird für obige Kasse eine Aushilfe gegen einen Wochenlohn von 30,00 Mark gesucht. Spätere Anstellung nicht ausgeschlossen. Bewerbungen sind nur schriftlich an den Vorsitzenden, Herrn Rudolf Schwarzburger, Berlin, Hausburgstraße 3, bis einschließlich den 10. Dezember 1908 einzureichen.

Offerten, die bis 22. Dezember 1908 unbeantwortet, gelten als abgelehnt. 280/16



Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.